

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonabend, den 22. Mai 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Zolltarifkampf in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Amerika steuert einer ziellosen Ueberzöllneri entgegen, die selbst den Dingley-Tarif weit hinter sich läßt. Senator Bacon aus Georgia meinte vor kurzem, das neue Tarifgesetz werde nur „der selbe alte Dingley-Tarif sein“. Das wäre schon genug zur Kennzeichnung des pyramidalen Wahlschwinds der Republikaner, die bei der Präsidentenwahl dem über die Verteuerung seines Frühstückstisches seufzenden „kleinen Manne“ lebhaft beigespielt haben, daß in der Tariffrage etwas geschehen müsse. — Was nun aber geschehen ist, bezeichnet ein Sears'sches Blatt als den alten Dingley-Tarif, mit einem daraufgesetzten neuen Stockwerk. Das steht heute, nachdem die Tarifmacher des Senats ihre Arbeit beendigt haben, schon unzweifelhaft fest, wenn auch die Verabschiedung des Tarifs noch einige Monate auf sich warten lassen wird. Es heißt jetzt, daß die beiderseitigen Führer den 1. Juli für die Schlussabstimmung festgesetzt hätten. Aus der Payne-Vorlage des „Hauses“ ist die Aldrich-Bill des Senats geworden, so genannt nach dem mit allen großkapitalistischen Interessen innig verknüpften Vorsitzenden und absoluten Beherrscher des Senatsausschusses für die Finanzen. Und das amerikanische Oberhaus, versammlungsmäßig die Delegiertenversammlung der einzelstaatlichen Legislaturen, mühte in Wahrheit nicht die Vertretung der „reichen Räuber“ sein, die es ist, wenn es die Payne-Vorlage nicht, eine liebe Tradition ehrend, kräftig hinauf revidiert hätte.

Zu den wesentlichen Änderungen gehört eine Kampfbestimmung gegen Deutschland, in Gestalt einer „Retaliation-Klausel“ für Fleisch und Mehl, die die sanitären Einfuhrverbote und Einfuhrschranken Deutschlands mit den Maximalzöllen beantwortet. Nach der Sektion 4 der Payne-Vorlage sollen die Maximalzölle eintreten, „wenn ein Land, eine Provinz oder Kolonie Zölle, Akzisensteuern oder Einfuhrgebühren von Artikeln, die aus den Vereinigten Staaten eingeführt sind, erhebt, höher als die Zölle usw., die auf die gleichen Artikel, wenn aus andern Ländern eingeführt, erhoben werden. Nach der Retaliation- (Wiedervergeltungs-) Klausel der Aldrich-Bill sollen nun die Maximalzölle auch dann in Kraft treten, wenn amerikanische Waren durch Maßregeln irgendwelcher Art „diskriminiert“ (vorteilhaft, feindselig behandelt) werden. Die amerikanischen Viehzüchter, Großmüller und Großschlächter beschuldigen nun Deutschland einer „Diskrimination“ ihrer Ware, die sie als die „krasseste Ungerechtigkeit“ empfinden, die jemals gegen einen amerikanischen Ausführartikel verübt sei. England, wie auch Belgien, die jährlich auf dem Chicagoer Markte für 33 Millionen Dollar lebendes Vieh kaufen, kämen ohne sanitäre Prohibitivmaßregeln aus und legten den Importeuren nur die Bedingung auf, eingeführtes Fleisch innerhalb 10 Tagen nach der Ausschiffung unter Regierungskontrolle schlachten zu lassen. Das französisch-amerikanische Handelsabkommen, das erst jüngst vom französischen Senat ratifiziert worden ist, hat den amerikanischen Interessenten den Beweis erbracht, daß es wohl möglich ist, Feindseligkeiten gegen die amerikanische Einfuhr auf dem Wege der Wiedervergeltung zu überwinden.

Die Beschwerden der amerikanischen Großschlächter betreffen insbesondere die Maßnahmen Deutschlands gegen die Einfuhr frischen Fleisches. Es handelt sich hierbei um den berühmten § 12 des deutschen Fleischbeschau-Gesetzes, dessen Abänderung von der nichtagrarischen deutschen Bevölkerung aus demselben Grunde gefordert wird, der den Agrariern diesen Paragraphen so wert macht. Denn dieser Paragraph kommt mit der Vorschrift, daß frisches Fleisch nur in ganzen Tierkörpern — die bei Schweinen und Rindvieh, ausschließlich der Häuter, auch in Hälften zerlegt sein können — eingeführt werden darf, und daß mit den Tierkörpern Brust und Bauchfell, Lunge, Herz und Nieren in natürlichen Zusammenhang verbunden sein müssen, praktisch einem Verbot der Einfuhr amerikanischen Fleisches gleich, umso mehr, als für diese Tierkörper 2 Pf. Zoll pro Kilogramm zu entrichten sind — und zwar auch für Knochen und Abfall —, ferner die Einfuhr nur über bestimmte Zollämter zu erfolgen hat und schließlich nicht irgendwelche Mittel angewandt sein dürfen, um dem Verkauf des Fleisches vorzubeugen. Formell werden zwar durch diese Bestimmungen alle außerdeutschen Staaten gleichmäßig getroffen, aber nur amerikanisches Fleisch hat eine Ozeanfahrt zu überstehen, bevor es gesundheitsbehördlich untersucht, verzollt und weiterbefördert wird. Natürlich ist das Fleisch dann längst verdorben. Im Deutschen Reiche, dessen Bureaucratie nur von der eignen Unfehlbarkeit überzeugt ist, stellt man sich, als ob man der ausländischen Untersuchung nicht traut, anstatt zuzugeben, daß diese Veranstaltung nur den materiellen Interessen der Agrarier zuliebe inszeniert wird. Die von der amerikanischen Regierung vorgenommenen Untersuchungen werden einfach ignoriert und eingeführtes Fleisch noch einer dreifachen „Inspektion“ unterworfen, einer mikroskopischen, einer chemischen, einer „sanitären“.

In Deutschland hat man schon früher eine Änderung des famosen Paragraphen 12 befürwortet und gefordert, daß

einzuführendes Vieh und Fleisch bereits im Ursprungsland von deutschen tierärztlichen Beamten untersucht werde. Die deutsche Regierung machte dagegen aber schwerste „staatsrechtliche Bedenken“ geltend, um die sie, wenn es ihre zärtlich geliebten Agrarier zu „schützen“ gilt, so wenig verlegen ist, wie um „sanitäre“ Skrupel. Jene Bedenken sind jedoch um so deplazierter, als gerade zwischen Deutschland und Amerika lange Jahre ein ähnliches Arrangement bestanden hat, und zwar ließ sich die deutsche Regierung von der Unionsregierung besondere Ausweise über erfolgte Untersuchung auf Trichinen ausstellen. So weit man gehört hat, soll weder das Verlangen der deutschen Regierung, noch die Bereitwilligkeit ihrer amerikanischen Kollegen, dem zu willfahren, irgendwelche staatsrechtlichen Schwierigkeiten verursacht haben. Wenn also das deutsche Mißtrauen überhaupt sachlich und ernst genommen werden soll, so muß es ein leichtes sein, zu einem Uebereinkommen zwischen den beiden Ländern zu gelangen, das eine der „deutschen Gründlichkeit“ genügende sanitäre Untersuchung des amerikanischen Importfleisches im Ursprungslande gewährleistet. Nur weil der deutschen Regierung der § 12 des Fleischbeschau-Gesetzes aus ganz anderen als sachlichen Gründen ein sträuchiges Mißverständnis ist, war an ein solches Abkommen bisher, ohne die amerikanische Wiedervergeltungs-Bill nicht zu denken.

Ein weiterer Gegenstand amerikanischer Beschwerden ist das im Jahre 1900 erlassene allgemeine Verbot der Einfuhr von Fleischkonserven in Deutschland, dessen Arme- und Marineverwaltung bekanntlich nach wie vor amerikanische Fleischkonserven benutzt. Dann besaßen sich die amerikanischen Interessenten über allerhand Schikanierungen ihres Imports in Deutschland. Der amerikanische Einfuhrartikel möge den hohen Zoll samt den hohen Untersuchungsgebühren entrichtet haben, wenn es irgend einer untergeordneten Stelle einfallt, etwas zu finden, was ihr nicht gefalle, so werde das Fleisch, obwohl es eine frühere Untersuchung unbeanstandet passiert habe, doch noch zurückgewiesen und die „Inspektions“-Gebühren belieben sich übrigens auf ungefähr 4 1/2 Cents pro Pfund!

Daß die Wiedervergeltungsklausel den aus beiden Häusern des Kongresses zusammengesetzten „Konferenz-Ausschuß“ passieren wird, ist keine Frage. Ob dann die maßgebenden Kreise Deutschlands darüber ebenso schnell zur Tagesordnung übergehen werden, wie über alle Petitionen und Demonstrationen aus dem eignen Volke?

Mit alledem soll natürlich nichts zugunsten der Zoll-„Grafen“ gesagt sein, die dem amerikanischen Volke selber die Aldrich, indem er dem Volke sogar einen Thee- und Kakaozoll beschern will, durch den angeblich — China und Brasilien bestraft werden sollen. Die Hochschutzzollinteressen haben im senatoriellen Millionärsklub schamlose Orgien der Bereicherung gefeiert. In den Audienzen vor den Kongresskomitees haben von Anfang an nur die großen Produzenten das Wort geführt, und wie Mr. Aldrich von den wahlverwandten Grafen seelen umschwärmt wurde, wird höchst erbaulich in einem bürgerlichen Bericht geschildert, den die New Yorker Volkszeitung wiedergibt:

Während der ganzen Zeit, daß die Senatsbill vom Finanzkomitee ausgearbeitet wurde, waren die Aldrichs vor den Finanzkomitees überfüllt. Groß- und Kleinfabrikanten aller Art kamen in Schwärmen angezogen. Alles kam, um Aldrich zu „sehen“. Sie kamen so zahlreich, daß die Wartezimmer überfüllt waren und man genötigt war, in den Korridoren Reihen von Stühlen aufzustellen. Alle, die da kamen, wußten, wie es zu machen sei. Sie kümmerten sich absolut nicht darum, was im Repräsentantenhause, wo die Tarifbill zur Beratung stand, vor sich ging. Alles, was sie wünschten, war, Aldrich zu „sehen“. Und sie sahen ihn, und kaum einer unter all den Besuchern, der den Vorsitzenden des Finanzkomitees ersucht hätte, die Zölle auf irgendeinen Gegenstand herabzusetzen. Alles hat um Erhöhung des Zolles, der ihn besonders interessierte.

Der Senatstarif ist denn auch danach geraten. Die Senatszölle auf so häufige Bedarfsartikel, wie Holz, Kohle, Zucker, besonders aber die Wollzölle, sind so maßlos hoch, daß sie sogar die Infurrektion eines Teiles der republikanischen Senatoren des Westens zur Folge gehabt haben, auf die jedoch der europäische Import keine goldenen Hoffnungen heuen darf. Denn die Wortführer dieser republikanischen Dissidenten sind selber sehr reiche Leute und stecken ebenfalls ihre Beine gern unter die goldene Decke des Trusts, nur müssen sie der im Westen besonders populären Strömung auf Zollreduktion äußerlich einige Rechnung tragen. Immerhin lassen die von der republikanischen Opposition herbeigeführten Debatten manchen interessanten Blick hinter die Kulissen des riesigen Protektionshumbugs tun, bei dem ellihe Male sogar die berühmte senatorielle Höflichkeit zu kurz kam. Es war zwar nichts unerhört Neues, in der Senatsitzung vom 4. Mai von dem Republikaner Dolliver von Iowa zu hören, daß „weder der große Mr. Kink, noch Dingley, noch der weiseste aller Tarifsenatoren, Nelson W. Aldrich, die Wollzölle selber gemacht hätte, sondern daß alle diese Tarifskorruptionen einfach die Zollpositionen, die die Wollzüchter auf der einen, die Wollfabrikanten auf der anderen Seite für angemessen gehalten, akzeptiert und dann die technischen Begründungen von den Apptajren in New York hätten zurecht machen lassen.“ Von der Aldrich-Bill sagte Dolliver im besonderen, daß ihre Zollsätze für Textilwaren von den Expor-

ten einer großen New Yorker Firma ausgearbeitet und dem Tarif unberändert einverleibt worden waren. Tarifhauptidee Aldrich hatte eigentlich kein Recht, über diese Darstellung gar so weitend zu werden; dafür ist der Protektionismus durch die Akten der früheren Hochtarife schon zu stark belastet. Dolliver selbst konnte aus Sherman's Memoiren nachweisen, daß bereits 1867 die Wollzüchter und Wollfabrikanten zusammengekommen seien, um ihre Zölle zu arrangieren. Die Vater-schaft der Wollzölle des jetzigen Tarifs sprach er dem Bostoner Whitman zu, dem „Boß“ des Wolltrustes.

Im Repräsentantenhause wurden schon einige Tage vorher Stellen aus den Akten des Prozesses um die Auflösung des Tabaktrustes verlesen, wonach Angestellte des Trustes ausgingen, dieser habe damals an Senator Aldrich Depeschen geschickt, mit der Bittung, das Gesetz zur Aufhebung der Binnensteuer auf unverarbeitunge Blätter umzubringen. Eine Anweisung, der Aldrich prompt Folge leistete. Es handelt sich hierbei um eine Steuer von 6 Cents auf das Pfund unverarbeitunge Blättertabak, die dem von der Standard-Tobacco Comp. „kontrollierten“ Tabaktrust sein Einkaufsmonopol garantiert. Auch diesmal hat Mr. Aldrich ein Amendement des Repräsentantenhauses, das diese Steuer abschafft, wieder gestrichen. Diese Konsolidierung der Macht des Tabaktrusts ist nicht nur für die Tabakbauern des Südens von verhängnisvoller Bedeutung, sondern auch für das A.S.-Land. Das Inland-Steuergesetz auf Blättertabak schreibt eine Mindestquantität für den Handel vor, die der kleine ländliche Abnehmer weder bezahlen, noch unterbringen kann. Dadurch wird dem Tabakbauer des Südens der heimische Markt gesperrt. Er wird gezwungen, für den Trust als einzigen Konsumenten zu scharwerken. Die Amerikanische Tobacco Co. kauft jetzt den Tabak, für den der Bauer früher 10 Cents das Pfund bekam, zu 3 Cents das Pfund auf und verkauft ihn wieder zu dem 15- und 20fachen dieses Preises! Dieser Steuertritt sichert dem Tabakgeschäft „Standard-Tobacco“ auf den Märkten des Auslandes natürlich ein gewaltiges Uebergewicht. Den Nutzen davon haben aber die „reichen Räuber“ ganz allein.

Nirgends ist die Phrasologie vom „Schutze“ der nationalen Industrie lächerlicher, als in dem großen Trustlande der „Streifen und Sterne“. Es ist lediglich der in diesem Lande schrankenlos herrschende Profit-Moloch, dem die Kapitalistenklasse den gepriesenen Wohlstand der amerikanischen Massen, die volkstümliche Kultur der neuen Welt, aufopfert. Immerhin würde die Ueberzöllneri in der amerikanischen Republik als politischer Faktor unmöglich sein ohne die provokatorische Bollgieier der herrschenden Klassen der alten Welt.

Aus Hans Naivus kritischem Tagebuch.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der „All“, das dem „V. Z.“ allwöchentlich beigelegte Wochenschrift, von Zeit zu Zeit höchst lustige Notizen, die den Anschein erwecken sollen, als seien sie von jemand verfaßt, der von den öffentlichen Vorgängen wie von der Literatur nie etwas gehört hat und infolge dessen die einfachsten Dinge mißversteht. Mit diesem Hans Naivus einen Politiker auf eine Stufe zu stellen, der den Anspruch erhebt, ernst genommen zu werden, ist zwar nicht höflich; aber es bleibt einem in der Tat nichts anderes übrig angefügt der neuesten Leistung des Reichstagsabgeordneten Raumann.

In der letzten Nummer seiner Wochenschrift „Die Hülse“ stellt Herr Raumann eine an sich ganz interessante Betrachtung über das Anwachsen der Großbetriebe. Aus den vorläufigen Ergebnissen der Veruzszählung von 1907 hat er eine ganze Reihe von Zahlen ausgezogen, die schlagend beweisen, daß — und zwar gerade in den wichtigsten Branchen — die kleineren Betriebe von den größeren aufgefressen worden sind. So z. B. hat in der Stein- und Zementindustrie in der Zeit von 1887 bis 1908 die Zahl der Betriebe von 481 bis auf 322 abgenommen, die Zahl der Arbeiter ist dagegen von 217 000 auf 511 000 gewachsen. Dazu bemerkt aber Herr Raumann mit Recht: „Die Statistik sagt nicht, wie viele von den übrig gebliebenen 322 Stein- und Zementbetrieben unter sich geschäftlich verbunden sind. Eine Aktiengesellschaft mit mehreren Kohlengruben ist tatsächlich eine Einheit, nur werden ihre Gruben einzeln gezählt.“ Ähnliche Ergebnisse führt Herr Raumann aus der Brauereiwirtschaft, der Eisen- und Stahlindustrie an. Dergleichen weist er hin auf die Abnahme der Selbständigen unter gleichzeitiger kolossaler Zunahme der Abhängigen. Auch über die Bedeutung dieser Vorgänge ist er sich keineswegs im unklaren. Er schreibt z. B.:

„Der Großbetrieb schreitet voran. . . . Man kann die Sache allgemein so ausdrücken: Der gesamte Zuwachs der Industriebelöpfung dient nicht zur Vermehrung der Betriebe, sondern nur zur Vergrößerung der Betriebe. Sobald wir aber die Einzelbetriebe der Veruzszählung besitzen werden, werden wir sehen, daß es sich bei vielen Industrien um direkte Aufsaugung vorhandener kleinerer Betriebe handelt. Dafür spricht das, was wir schon jetzt aus einigen Haupterwerbszweigen wissen.“

Und weiterhin:

„Alles drängt zur Konzentration der Herrschaft. Im nächsten Jahrzehnt werden vermutlich weitere 200 000 Arbeiter eingestellt werden. Aber diese sind von jetzt an nur noch Zuwachs zu bestehenden Betrieben. . . . Die industrielle Volkserzeugung dient einer geschlossenen Gesellschaft von Betriebsleitungen.“

Und Sozialdemokraten waren alle diese Dinge, wie man weiß, längst bekannt. Wir haben sie aus jahrzehntelanger Beobachtung der volkswirtschaftlichen Tatsachen schon viel früher herausgesehen, und wenn Herr Raumann durch neuere Beobachtungen sie bestätigt,

so kann und das selbstverständlich nur freuen. Auch nehmen wir ihm nicht übel, daß er nicht ohne weiteres einfließt, wie hierdurch all das über den Haufen geworfen wird, was er so lange uns gegenüber behauptet hat. Worin besteht denn der wissenschaftliche Streitpunkt zwischen uns und dem ehrlichen Liberalismus, wie ihn Herr Raumann früher vertreten hat? Die christlichen Liberalen bekämpfen uns, weil wir noch ihrer Meinung die Freiheit der Persönlichkeit beseitigen wollen. Auch ihrer Ansicht strebt der Sozialismus nach Beseitigung der Kleinbetriebe, nach einem alles umfassenden Großbetrieb, in dem der einzelne Mensch nur noch ein Glied in einer unabsehbaren Kette ist, während alle persönliche Eigenart — wenigstens in wirtschaftlichen Dingen — ausgelöscht ist. Das wollen die Liberalen nicht, und deshalb bekämpfen sie uns. Immer und immer wieder haben wir demgegenüber hervorgehoben, daß hier ein kleines Mißverständnis vorliegt. Nicht als unser Streben haben wir diesen Vorgang bezeichnet, sondern als Resultat der wirtschaftlichen Entwicklung. Nicht darauf kommt es an, was wir oder andere Leute wollen, sondern wozu die Entwicklung treibt. Nicht die freie Persönlichkeit vernichten wollen wir, sondern im Gegenteil die neu entstehenden Zustände klar erkennen, um in der hierdurch geschaffenen neuen Situation der freien Persönlichkeit die Existenz zu ermöglichen.

Unsere Behauptungen über den Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung werden, wie gesagt, durch Herrn Raumanns Beobachtungen bestätigt. Ja, mehr als das, er hat auch die Triebfeder herausgefunden, die zu diesem Anwachsen der Großbetriebe führt: Die steigende Produktivität der Arbeit:

„Um mehr herstellen zu können, vergrößert man die Anlagen. Vergrößerung ist billiger als Neugründung. ... Die Parole lautet: große Quantitäten mit möglichst geringem Aufwand von Dotation herstellen. Überall steigern sich die Massen der hergestellten Waren oder sonstigen Erzeugnisse noch stärker als die Zahl der Arbeitskräfte.“

Auch dies belegt er mit Zahlen. So haben die 431 Kohlengruben des Jahres 1887 insgesamt 60 Millionen Tonnen produziert, die 322 Gruben des Jahres 1900 jedoch 187 Millionen Tonnen; 110 Hochofenbetriebe erzeugten im Jahre 1887 nur 4 Mill. Tonnen, 104 Betriebe im Jahre 1900 dagegen 12 Millionen Tonnen.

Was soll man nun aber dazu sagen, daß Herr Raumann in grenzenloser Naivität in diesen Tatsachen eine Widerlegung des Sozialismus zu finden meint? Nichts scheint er davon zu wissen, daß schon vor reichlich 40 Jahren ein gewisser Karl Marx die Vereinigung, die Zusammenfassung der Arbeit als wichtigstes Mittel zur Steigerung ihrer Produktivität festgestellt und dies als ein entscheidendes Bewegungsgesetz wie auch geradezu als ökonomische Entstehungsbasis der kapitalistischen Produktion nachgewiesen hat. Nichts scheint ihm bekannt von der klassischen Literatur des Sozialismus wie der Rationalökonomie überhaupt. Er bildet sich vielmehr ein, wie Sozialdemokraten hätten es uns aus wütendem Haß gegen die Kapitalisten in den Kopf gesetzt, diese zu enteignen, und freut sich nun wie ein Kind, daß es damit nichts werden kann, weil — die Enteignung schon durch die bürgerliche Gesellschaft selbst besorgt wird! Er schreibt:

„Die Regelung der Produktion macht Fortschritte. Es sind nicht die Sozialisten, welche die selbständigen Unternehmer zurückdrängen, sondern es ist die bürgerliche Gesellschaft selbst, die zur Vereinfachung aller Herrschaftsverhältnisse treibt.“

Indem also genau das eintritt, was die sozialdemokratische Wissenschaft auf Grund ihrer Kenntnis der Tatsachen von jeher vorausgesagt hat, freut sich Herr Raumann, daß sie nun widerlegt sei!

Genau wie Hans Raibus, der von Schiller keine Ahnung hat und deshalb „Die Frau von Messina“ für ein Hochzeitsgedicht hält.

Ein zweckloses Abenteuer.

Paris, 19. Mai. (Fig. Ver.)

Wenn man den „Generalstreik“ betrachtet, den die anarcho-syndikalistische Mehrheit des Vorstandes der Konföderationsmehrheit — die tatsächlich die Minorität der organisierten Arbeiterschaft und mit Ausnahme der Bauarbeiter und Elektriker die weniger bedeutenden Gewerkschaften repräsentiert — unmittelbar zu eröffnen beschlossen hat, kann man sich der Erinnerung an den unglückseligen, planlosen und unorganisierten Kampf gegen Versailles nicht erwehren, womit die Pariser Kommune ihre militärische Niederlage eingeleitet hat. Nur daß jener Ausfall noch mit der Zuversicht der erfolgreichen Revolutionäre unternommen wurde, während der jetzige Angriff unter der Depression versucht werden soll, die der zusammengebrochene Poststreik im Proletariat zurückgelassen hat. Es hätte keinen Sinn, heute darüber zu streiten, ob eine Massenaktion des Proletariats den Beamten hätte helfen können, so lange der Zustand seine ursprüngliche Kraft hatte und ob nicht das Versagen wichtiger Kategorien der Beamtenschaft selbst, namentlich des Zentraltelegraphenamts dem Ausstand schon das Los bestimmt hat. Aber welches Ziel sollte einer allgemeinen Streikbewegung jetzt gesetzt sein, da die Beamten entnützt und erschöpft ins alte Joch zurückgekehrt sind und weiterer Nachhaken harren, die den Hunderten von Opfern neu zugefügt werden! Heute noch mit einem Wiederaufstehen ihrer Kampfernergie zu rechnen, heißt in der Tat alle Erfahrungen gewerkschaftlicher Aktion in den Wind schlagen. Und welcher Erfolg soll dem Aufruf zu einer allgemeinen Arbeitseinstellung beschieden sein, von der man weiß, daß sie gegen die Stimmen der stärksten Organisationen beschlossen wurde und nicht von dem Glauben an den Sieg beflügelt wird. „Das Proletariat ist für den Generalstreik nicht vorbereitet.“ Dies hat der Konföderationssekretär Niel vor den Bergarbeitern in Lens offen erklärt, und man weiß schon, daß nicht nur diese, sondern auch die Eisenbahner, die Gasarbeiter u. a. in ihrer Mehrheit diese Meinung teilen. Wilden sich die insurrektionellen Gewerkschaftsführer ein, nunmehr die Vorzüglichkeit der Theorie von den „handelnden Minoritäten“ erweisen und mit isolierten Ausstandsversuchen der Bauarbeiter, der schlechtorganisierten Holzarbeiter, Bäcker usw. und selbst der Elektriker das ganze Proletariat in den Kampf mitreißen zu können? Welche Taktik aber wäre es dann, diese Aktion mit Anlagen und Geschrei über Verrat zu eröffnen und noch ehe der erste Stoß gegen den kapitalistischen Staat geführt ist, die Gegensätze in der Arbeiterschaft noch zu verschärfen und die Desorganisierung vollenden? Oder sollte es sich jetzt vielleicht darum handeln, aus der Katastrophe kleine Vorteile zu gewinnen und die Verantwortung für die unheilbare Niederlage der Arbeiterschaft und speziell der insurrektionellen Minorität den Gegnern der putschistischen Abenteuer und des Generalstreiks mit allen seinen Konsequenzen zuzuschreiben?

Man darf hoffen, daß die Mehrheit der Arbeiterschaft solcherlei demagogischen Künsten nach den bitteren Erfahrungen, deren Maß nun wirklich voll ist, keinen Glauben schenken werden. Umso notwendiger aber wäre es, die wahren Gründe zu

suchen, warum jede Massenbewegung jetzt ausichtslos gewesen wäre, auch wenn die ausständigen Beamten selbst besser zusammengehalten hätten. Neben der Zerfahrenheit der Gewerkschaftsbewegung finde man da wohl das seltsame Verhältnis der Gewerkschaftsbewegung zur sozialistischen Partei und die Taktik dieser Partei selbst, die in einer das ganze Land ergreifenden Krise und in einem Kampfe um politische Grundrechte ihre Tätigkeit auf parlamentarische Interventionen und Erlaß eines Manifestes beschränkt hat und ihre erste und in ganz Paris einzige Versammlung für heute — als Kostspiel zum Nachhaken — angemeldet hat.

Streikbeschlüsse.

Paris, 19. Mai. Der heute in Paris zusammengetretene Kongress der in das Marineregister eingeschriebenen Seeleute nahm eine Tagesordnung an, in welcher die eingeschriebenen Seeleute der großen und kleinen Häfen aufgefordert werden, die Arbeit aus Solidarität mit den Postbeamten und den eingeschriebenen Seeleuten von St. Nazaire und Dünkirchen, die gegenwärtig sich im Auslande befinden, unverzüglich einzustellen.

Paris, 20. Mai. In einer gestern abend abgehaltenen Versammlung beschlossen 300 Dekorations in den Solidaritätsstreik zu treten. Die Dumacher haben einen ähnlichen Beschluß gefaßt. — Der Allgemeine Arbeiterverband hat an die Provinzialorganisationen ein Manifest gerichtet, in dem erklärt wird, zahlreiche Pariser Arbeiter seien in den Ausland getreten und weitere würden ihnen folgen. Alle provinziellen Verbände würden deshalb aufgefordert, in ganz Frankreich den Generalstreik zugunsten der Postbeamten zu organisieren.

Marseille, 20. Mai. Der Verwaltungsrat der Vereinigung der Arbeiterkammern hat die Korporationen aufgefordert, unverzüglich ihre Maßnahmen für den Generalstreik zu treffen.

Gegen den Streik.

Paris, 20. Mai. Eine unter den Gasarbeitern veranstaltete Umfrage ergab, daß die überwiegende Mehrheit gegen den Ausstand ist. Trotzdem wird von der Gewerkschaft der Elektriker die Agitation für den Generalstreik eifrig fortgesetzt.

Ein Appell an die Beamten.

Paris, 20. Mai. Ein Aufruf des Allgemeinen Arbeiterbundes bringt den Postbeamten in Erinnerung, was er für sie getan habe, und läßt sie alle, ob sie streiken oder nicht, auf Freitag nachmittag zu einer großen Versammlung ein. — Der nationale Verband der Leder- und Zellarbeiter fordert seine Mitglieder auf, die Arbeit einzustellen.

Ein Zusammenstoß.

Paris, 20. Mai. Am Schluß einer Bauarbeiterversammlung kam es heute nachmittag zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Polizei und Erdarbeitern, die Schmährufe gegen Clemenceau ausstießen und die Internationale sangen. Mehrere Polizeibeamte wurden durch Würfe mit Steinen, Gläsern und Stühlen verletzt. Herbeigeholte Verstärkungen zerstreuten die Streikenden.

Berichtungsmaßregeln.

Paris, 21. Mai. Der Präfeld des Militär-Departements hat beschlossen, die Eisenbahnen militärisch bewachen zu lassen, um eine Zerstörung der Telegraphenlinien zu verhindern. In der Gegend von Meaux wurde der Orleansbahngesellschaft eine Infanterieabteilung beauftragt, die Ueberwachung der Strecke zur Verfügung gestellt.

Aufforderungen zur Ausnahme der Arbeit.

Paris, 21. Mai. In einer von 300 Postbeamten besuchten Versammlung rieten alle Redner zur Wiederaufnahme der Arbeit. Es wurde ein Antrag angenommen, der den Arbeitern, die aus Solidarität in den Streik getreten sind, den Dank der Postbeamten ausspricht. Dieser Beschluß der Postbeamten bedeutet das Ende des Streiks. Wenn gleich die angenommene Tagesordnung dies nicht ausdrücklich besagt, werden dennoch die nicht gemahrgangenen Postbeamten sämtlich morgen die Arbeit wieder aufnehmen. Eine Arbeiterversammlung im Livollgebäude, in der die Redner ebenfalls die Beendigung des Streiks anrieten, nahm eine Tagesordnung an, in der der Zentralverband der Arbeitervereinigungen aufgefordert wird, die Wiederaufnahme der Arbeit zu beschließen. Der Zentralverband wird heute abend eine Kundmachung betreffend die Wiederaufnahme der Arbeit erlassen. Nach Schluß der Versammlung im „Livoll“ kam es zu Lärmereien; einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Mai 1900.

Arbeiterschutz im Dreiklassenparlament.

Wie gleichgültig den Dreiklassenmännern die wichtigsten Gesetze zum Schutze der Arbeiter sind, das bewies die Art, wie am Freitag die zweite Lesung des Vergesetzes zu Ende gebracht wurde. Das Haus war geradezu jämmerlich besetzt. Die Konservativen und Nationalliberalen, die geschlossen gegen jede Verbesserung des in der Kommission erheblich verschlechterten Gesetzes eintraten, hielten es bald der Mühe nicht mehr wert, gegen die von ultramontaner, polnischer und sozialdemokratischer Seite stammenden Verbesserungsanträge zu reden, sondern sie stimmten sie einfach kaltblütig nieder. Ein paarmal schien es freilich, als ob durch die geringe Zahl der anwesenden Konservativen und Nationalliberalen ihre Mehrheit gefährdet wäre. Und wäre nur ein Duzend Zentrums-Abgeordneter mehr zur Stelle gewesen, so wären die Verbesserungsanträge auch unfehlbar zur Annahme gelangt! Aber die Reihen des Zentrums waren eben so miserabel besetzt, wie die Bänke der Rechten. Es waren fast nur die Arbeiterabgeordneten des Zentrums und eine Handvoll der bekannteren Sozialpolitiker dieser Partei, die es für nötig erachteten, zur Stelle zu sein, um die Vorlage wenigstens so zu gestalten, daß sie nicht vollends einen Hohn auf die Wünsche der Arbeiter darstellte. Und die Herren Konservativen und Nationalliberalen mußten genau wissen, was sie von der Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums erwarten durften, sonst hätten sie schwerlich die Fahrlässigkeit begangen, sich durch schwache Vertretung der Gefahr einer Ueberstimmung auszulassen!

Zeigte sich so die gepriesene Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums in einem mehr als zweideutigen Lichte, so boten die paar freisinnigen Rämlein, die überhaupt anwesend waren, vollends ein lässliches Schauspiel. Bei ihnen fehlte es an jeder Duzend; die Herren wußten meistens

gar nicht, wie sie abstimmen sollten. Der alle Herr Traeger hörte den Ausführungen der Redner allerdings aufmerksam zu und stimmte fast jedesmal für die sozialdemokratischen und Zentrumsanträge, auch der freisinnige Hospitant Dr. Hiesch war bei der Sache; die meisten anderen Herren jedoch hielten es nicht der Mühe wert, der Debatte und dem Gang der Abstimmung überhaupt zu folgen. So halfen sie wacker mit, durch Stimmen mit der Bergherrens-Schutztruppe oder durch Stimmenthaltung die nationalliberale und konservative Majorität der offenen Gegner eines wirklichen Vergarbeitsgesetzes zu sichern! —

Von sozialdemokratischer Seite griff Genosse Peinert des Bitteren nachdrücklich und mit einer eindringenden Sachkunde in die Debatte ein, der sich auch das Zentrum nicht verschließen konnte, dessen anwesende Vertreter sich bei der Abstimmung für fast alle sozialdemokratischen Anträge erklären mußten.

Die Stellung des Freisinn zum „Mantelgesetz“.

Wie die „Münchener N. Nachr.“ erfahren haben wollen, sind die Freisinnigen jetzt bereit, zunächst die geforderten 400 Millionen Mark indirekter Steuern zu bewilligen, wenn ihnen durch das geplante „Mantelgesetz“ die Garantie geboten wird, daß die konservativen Parteien später für 100 Millionen Mark sogenannter Besitzsteuer stimmen. Das Münchener Blatt erzählt:

„Bereits im vorigen Herbst ist dem Kanzler von freisinniger Seite der Vorschlag gemacht worden, die Finanzreform durch ein solches Mantelgesetz zu fördern. Damals hat der Kanzler entgegnet, dieser Weg werde in Erwägung gezogen werden. Man dürfte diesen Ausweg gegenwärtig von verschiedenen Seiten gleich sehr begrüßen, da er manchem, der die Reform als Ganzes für einen Fortschritt hält, die Möglichkeit bieten würde, sie anzunehmen, ohne sich mit ihren einzelnen Teilen voll einverstanden zu erklären. Die Befürchtung des „Berliner Tageblatts“, daß den Liberalen eine „Falle“ gelegt werden solle, wird in freisinnigen Abgeordnetenkreisen für nicht stichhaltig erachtet. „Mindestens 100 Millionen Besitzsteuer“ lautet die unveränderliche freisinnige Forderung, und wenn durch eine geeignete Form die Sicherheit geboten ist, daß dieses Verlangen erfüllt wird, so kann man wohl an die Bewilligung der notwendigen indirekten Steuern gehen, ohne sich vor einer „Falle“ fürchten zu müssen.“

Danach zu urteilen, halten die Freisinnigen nicht mehr an der Forderung an einer Erbschaftsteuer fest, die den größten Teil des als „Opfergabe“ des Vermögens festgesetzten einen Fünftel der neuen Steuern aufbringt. Sie wollen jetzt auch eine Erbschaftsteuer im Ertrage von dreißig oder vierzig Millionen Mark akzeptieren, falls ihnen nur in irgend einer Form Gewähr geleistet wird, daß im ganzen 100 Millionen Mark den Besitzenden aufgeladen werden und den Unbemittelten nicht mehr als 400 Millionen Mark. Vier Fünftel der neuen Lasten den Armen, ein Fünftel den Wohlhabenden erscheint ihnen also als ein ganz richtiges Verhältnis. Wird dafür gesorgt, daß die Wohlhabenden wirklich ein ganzes Fünftel der neuen Steuern übernehmen, dann bleiben die großen freisinnigen Grundprinzipien gewahrt!

Weitere Abbröckelungen.

Die Stimmen in den Reihen der Agrarier mehren sich, die der konservativen Reichstagsfraktion empfehlen, in der Frage der Erbschaftsteuer ihren Dispositionspunkt aufzugeben. Den Konservativen des Königreichs Sachsen folgen die der Provinz Sachsen. Der Parteiausschuß der konservativen Partei für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt veröffentlicht im „Anhaltischen Staatsanzeiger“ einen Artikel, in dem es heißt:

„Sollten die Parteien der Linken ihre ablehnende Haltung aufgeben und 400 Millionen indirekter Steuern bewilligen, und sollte dann das Zustandekommen der ganzen Finanzreform davon abhängen, daß die Erbschaftsteuer in irgendeiner Form angenommen wird, so ist der Zeitpunkt gekommen, wo die Konservativen zu erwägen haben werden, ob es möglich ist, die gegen diese Steuer bestehenden Bedenken so abzuschwächen, daß deren Annahme als ein geringeres Uebel erscheint als das Scheitern der für das Fortbestehen des Reiches unerlässlichen Finanzreform.“

Den Häuptlingen des Bundes der Landwirte kommt diese Erklärung natürlich in der jetzigen Situation höchst unangelegen, und sie leisten sich deshalb folgende Gröbersche Abfertigung des konservativen sächsischen Parteiausschusses:

„Diese Veröffentlichung ist so unzeitig und so unzuverlässig wie nur möglich. Die Erwägungen, die von der konservativen Fraktion erwartet werden, haben längst stattgefunden. Sie haben zu dem Ergebnisse geführt, daß die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten unbedingt und endgültig abgelehnt worden ist. Der konservativen Parteiausschuß der Provinz Sachsen hätte sich sagen müssen, daß er durch eine solche Veröffentlichung lediglich den Gegnern der konservativen Partei Wasser auf die Mühle treibt und dadurch nichts nützt.“

Nationalliberale Steuerpolitik.

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei hat gestern, am Himmelfahrtstage, in Berlin eine Sitzung abgehalten, in der die Abgeordneten Bassermann und Weber über den Stand der Reichsfinanzreform berichteten. Sie betonten, daß die nationalliberale Partei bei der Lösung der gegenwärtigen Krise auf dem von ihr beschrittenen Wege fortzuschreiten müsse. Die 400 Millionen indirekter Steuern dürften nur bewilligt werden, wenn Garantien für eine Belastung der besitzenden Klassen mit 100 Millionen gegeben seien. Diese 100 Millionen erwartet man in erster Linie aus der Erbschaftsteuer, ist jedoch geneigt, falls durch letztere die vorgesehene Summe nicht aufgebracht würde, auch andere Steuern auf den Besitz heranzuziehen. Zu diesen gehörte unter anderen die Wertzuwachssteuer, welche allerdings, wie dabei hervorgehoben wurde, für die Kommunen prädestiniert erscheint, da sie hauptsächlich das immobile Kapital in ihnen treffe. Der Begriff „Besitzsteuer“ schließlich wurde dahin definiert, daß darunter nur Steuern auf ständiges Aktivvermögen zu betrachten seien.

Schließlich wurde mit 71 gegen 2 Stimmen eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Der Zentralvorstand stellt einmütig auf dem Boden der Anschauungen der Fraktion, daß angesichts der die Machtstellung und das Ansehen des Reiches schwer schädigenden, nicht länger ertragbaren Finanznot eine Ueberbelastung der Massen durch 400 Millionen Mark unumgänglich und auch erträglich ist, unter der Voraussetzung, daß weitere 100 Millionen Mark an Steuern auf den Besitz gelegt werden. Er hält hierbei in Uebereinstimmung mit der Reichstagsfraktion eine allgemeine Besitzsteuer für die notwendige Vorbedingung des Zustandekommens der Reform und betrachtet nach Ablehnung der Reichsvermögenssteuer die erweiterte Erbschaftsteuer unter Heranziehung der Kinder- und Ehegatten in kinderloser Ehe als die kurzzeit

allein mögliche und am wenigsten drückende, die Finanzhölle und das Finanzgebaren der einzelnen Bundesstaaten am meisten schonende Form einer solchen allgemeinen Besteuerung des Vermögens.

Der Reichsverband gegen den Freisinn.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie richtet, wie schon sein schöner Name besagt, sich zunächst gegen die „staatsgefährdende“ Sozialdemokratie, doch liegt es in seinem reaktionär-patriotischen Charakter, daß er auch dem Zentrum und dem entschiedenen Liberalismus feindlich gegenübersteht. Es ist deshalb durchaus erklärlich, daß er dort, wo die Sozialdemokratie noch keine Rolle im Wahlkampf spielt, auch gegen das Zentrum oder den demokratisch schillernden Freisinn arbeitet, natürlich nicht in offenem Kampfe, sondern, wie es seiner Eigenart entspricht, in verdeckter, hinterlistiger Weise. So stellt jetzt — auf Grund einwandfreier Mitteilungen — die „Deutsche Liberale Wochenchrift“ fest, daß der Reichsverband bei der letzten Reichswahl in Alzey-Bingen sich nicht nur in ausgiebiger Weise gegen die Linksliberalen betätigt hat, sondern daß sogar die eigentliche Leitung des Wahlkampfes gegen Pfarrer Korell in den Händen der Reichsverbändler lag. Die Wochenchrift schreibt:

„Der stellvertretende Hauptgeschäftsführer Dr. Ludwig und andere Beamte aus Berlin sowie der Bureauapparat aus Frankfurt waren dauernd in Alzey stationiert. Flugblätter und Wahlzetteln unter der Leitung Dr. Ludwigs hergestellt. Andere Beamte hatten die Aufgabe, hinter Pfarrer Korell herzuweilen und unbemerkt seine frei gehaltenen Reden stenographisch aufzunehmen. Nebenbei suchte man einzelne Mitglieder der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft gegen Korell aufzuheben, was natürlich nicht gelang. Trotz dieses Apparates ist bekanntlich Dr. Weder mit einem großen Stimmenverlust aus der Stichwahl herabgefallen. Der national-liberale Parteiführer Grewiner, der sich stolz als Leiter des Bureau's gerierte, hat bei allen diesen Dingen die Rolle des Strohmannes gespielt. Er mußte alles verantwortlich unterzeichnen, was die Reichsverbändler erfannen. So vervollständigt sich das Charakterbild dieses Mannes immer mehr. Wir hatten recht, als wir sagten, er sei moralisch nicht verantwortlich zu machen. Und der Reichsverband hat wieder einmal den Beweis geliefert, daß er nichts anderes ist als ein Instrument reaktionärer Kreise zur Bekämpfung aller linksstehenden Parteien.“

Der hier erwähnte Dr. Ludwig ist derselbe Politiker, der vor einiger Zeit in der „Deutschen Tageszeitung“ den Plan entwarf, wo nach 12 Wahlkreise, die jetzt in den Händen der Sozialdemokratie sich befinden, durch ein Zusammengehen von Zentrum und Nationalliberalen den bürgerlichen Parteien erhalten werden könnten. Auch als wissenschaftliche Zeitschrift und als große schriftstellerische Kraft ist dieser betriebene Dr. Franz Ludwig bekannt geworden, so hat er z. B. eine Schrift über die Reichstagswahlen 1907 und eine konfuse Schrift über Sozialismus und Kommunismus verbrochen, in der er sich fast als ein noch größeres Genie erweist als wie der Generalleutnant von Liebert.

Die Raddokolonie vor Gericht.

Dortmund, 21. Mai. Heute begann hier vor der Berufungskammer der Prozess gegen Genossen Kottebohm, der in der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ die Zustände in der Kolonie „Raddok“ einer scharfen Kritik unterzogen hatte und deswegen vom Schöffengericht zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden war.

Für die Verhandlung sind fünf Tage angesetzt. Es sind 103 Zeugen geladen, sowie als Sachverständige vom Angeklagten die Wohnungsgenossenschaft Professor Dr. Sommerfeld, Berlin und Dr. Diehlmer, Berlin, ferner Dr. Jacobs, Muna und der gerichtliche Bau-Sachverständige Schäfer, Dortmund. Von der Anklagebehörde sind 6 Gutachter geladen. Die Verhandlung nahm am Nachmittag mit einer Befestigung der Kolonie an Ort und Stelle ihren Anfang.

Schon in der ersten Verhandlung sind von mehr als 20 Zeugen geradezu haarsträubende Zustände bezeugt worden. 35 Zentimeter unter den Häusern stand das Sumpfwasser. Das ganze Terrain war früher ein Sumpflack. Das Gras wuchs durch die Dienen. Das Wasser lief an den Wänden förmlich herunter; infolge der Feuchtigkeit verfaulten Betten, Matrasen und Kleidungsstücke. Erwachsenen Männern war der Schnurrbart an der Bettdecke festgewachsen. Frauen und Kinder erkrankten.

Die Regenverwaltung behauptete allerdings, die Leute seien an der Missetat schuld, weil sie zu wenig lüfteten. Dagegen behaupteten Leute, die die Kolonie Raddok gesehen hatten und schon in anderen Kolonien wohnten, nie so schlechte Wohnungen gesehen zu haben wie in der Raddok-Kolonie.

Die neue Verhandlung wird noch manches enthüllen, was der Öffentlichkeit noch nicht bekannt geworden ist.

Witwenfürsorge auf Raddok.

Man schreibt uns aus Hamm: Unmittelbar vor der zweiten Auflage des Raddokprojektes gegen die Dortmunder „Arbeiterzeitung“, in der die vom Generaldirektor Hansen als „soziale Tat“ gepriesene Kolonie richtig beleuchtet werden soll, machen die Direktoren der Raddokzucht wieder durch eine neue soziale Tat von sich reden.

Kürzlich girkulierten in der bürgerlichen Presse des Ruhrbezirks eine wahrhaftlich von Jenseits inspirierte Notiz, in der mitgeteilt wurde, daß die Regenverwaltung den Witwen Dora und Krawanja wegen ihrer wüsten Agitation (!) auf Wunsch der meisten übrigen Witwen (!!) zum 16. Mai die Wohnungen gelündigt habe. Die beiden „Verbrecherinnen“ gehörten nämlich zu den sechs Witwen, die gegen das Hilfskomitee klagten, und befanden sich am 1. Mai unter den vier, die mit roten Schärpen zum Rastplatz nach Dortmund fahren wollten und denen die Polizei zu Hamm die Schärpen abnahm. Der Erstgenannten gelang es nicht, bis zum 16. Mai eine andere Wohnung zu finden und die Zweite hatte kein Geld, Umzug und Miets zu bestreiten. Die Regenverwaltung strengte daraufhin gegen die beiden Frauen die Näumungsklage an, aus der die Zucht als Siegerin hervorging. Die beiden Genossinnen befanden sich aber in dem guten Glauben, bis 1. Juni noch in der Kolonie wohnen zu können. Inzwischen ist die Genossin Krawanja schwer erkrankt und hatte hohes Fieber, als am Mittwoch plötzlich der Kolonieverwalter mit dem Gerichtsvollzieher und einem Arbeiter in ihrer Wohnung erschien und die Vermisste nötigte, das Bett mit der Straße zu vertauschen. Um diese Zeit befand sich Frau Dora in Dortmund, wo sie sich als Gebarmere eine neue Existenz zu gründen hoffte, um dort eine Wohnung zu mieten. Trotz der Abwesenheit der Frau wurden auch ihre Möbel auf die Straße gelegt, die Kinder aus dem Hause gejagt und dieses verpfändet. Die am Abend zurückgekehrte Mutter mußte nun, anstatt sich zu erwärmen, mit ihren Kindern, unter denen sich ein drei Monate alter Säugling befindet, die Nacht unter freiem Himmel verbringen, während ihre Leidensgefährtin im nahen Waisenhause eine Unterkunft fand. Am Donnerstagmorgen wurde die Witwe Dora plötzlich von einem Gendarm nach Ermelingshof zum Amtmann geführt. Dort ist sie wegen Verdachts des Meineides verhaftet worden. Sie hatte kürzlich den Offenbarungseid geleistet. Bei der Ermittlung am Mittwoch stellte nun der Gerichtsvollzieher fest, daß sie zwei Stühle und einige andere Sachen mehr beschlagnahmt, als sie angegeben hatte. Darum die Verhaftung! Man gab nun nicht etwa der Mutter Gelegenheit, von ihrem Kleinen Abschied zu nehmen, sondern man beschlagnahmte dem Gendarmen, die acht Kinder nach Hamm ins Waisenhause zu bringen. Ich war Zeuge, wie die laut schreienden Kinder vor dem Gendarm zu stehen suchten — er kniete trotz im Nachbarhause unter

das Sofa —, und wie dann eines nach dem anderen von dem Polizisten in einen bereitstehenden Wagen geführt wurde. Der Anblick war herzzerreißend. Einige an der Straße stehende Arbeiter schrien laut durch laute Juchse Luft. „Das ist die göttliche Weltordnung!“ Der Dora liegt noch unten in der Nordgrube. Er ging in der Unglücksnacht zur ersten Schicht auf Raddok von seiner Familie weg und heute schlief man die Frau ins Juchshaus und die Kinder in Fürsorgeerziehung a la Colander! Wer noch nicht gläubiger Christ ist, hier kann er's werden. „Ich erschieße mich und meine Kinder heute noch, wenn es ihnen einmal so gehen sollte.“ So und ähnlich lauteten die Enttäuschungsrufe. Ein Arbeiter weinte wie ein Kind.

Dann rollte der Wagen von dannen. Meinend stand die kranke Genossin Krawanja am Begrabe: „So macht man es mit uns Witwen von Raddok, weil wir unser Recht erstreiten wollten. Wir guten Partien, die keinen Pfennig Geld haben.“ Das war alles, was sie herbeibrachte. Verlassen und unbesorgt lag das Mobiliar der Familie Dora unter freiem Himmel, während in der Nähe ein Dutzend Häuser leer stehen. Auf's tiefste erschüttert ging ich meines Weges. So geschah am Himmelfahrtstage 1909 im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte. Wahrlich, die Herren von Raddok können auf ihre „sozialen Taten“ stolz sein!

Doch noch verurteilt.

Eine arge Mißstellung eines Aktes von amtlichem Territorium fand am Dienstag vor dem Landgericht Esleben statt. Angeklagt war der Genosse Trautwein, Stadtoberkämmerer zu Gernrode, wegen Beleidigung des Bürgermeisters Semple in Ernslieben. In dieser Stadt wurde einem seit mehr als 100 Jahren bestehenden Lokale die Schankkonzession entzogen, weil angeblich auf einmal kein Bedürfnis mehr vorhanden war. Unsere Genossen, die in diesem Lokale verkehrten, vermuteten, daß darin der Grund zur Entziehung der Konzession liege, eine Vermutung, die der Bürgermeister amtlich stets bestritt.

Eines Tages sah der Bürgermeister mit unserem Genossen Trautwein, dem Bürgermeister von Gernrode und anderen Stadtverordneten am Biertisch zufällig beisammen. Der Bürgermeister kannte unseren Genossen nicht und ergab sich in der Bierlaune, daß er dem Wirt die Schankkonzession entzogen habe, weil sich dort Sozialdemokraten versammelten. Genosse Trautwein erklärte darauf in einer öffentlichen Versammlung, der Bürgermeister sei unwürdig, das Amt eines Stadtoberhauptes zu bekleiden. Das Gericht rügte das Tun des Bürgermeisters und meinte, er habe sich wohl „verhauen“. Gleichwohl kam es zu einer Verurteilung unseres Genossen.

Er soll 75 M. zahlen, weil er den Bürgermeister beleidigt hat. Obgleich der Tatbestand, auf den er seine Vorwürfe gründete, zweifelsfrei erwiesen ist!

Die Masse muß es bringen.

Einen Rekord in Kaiserzeiten hat der Kölner Gardeverein aufgestellt, der diese Woche drei Tage lang sein fünfundsiebzigjähriges Bestehen feierte. Er hat nach dem „Kölner Tageblatt“ an einem einzigen Tage in folgender Weise alle Möglichkeiten der Kaiserhuldigung erschöpft: Zunächst brachte Oberst v. Jabobi bei der Morgenfeier in feierlichen Worten den Kaisergruß aus. Dann folgte ein stürmisch ausgenommenes Kaiserhoch, und darauf sang man die Nationalhymne, während man auf der Bühne ein lebendes Bild, Huldigung des Kaisers, zeigte. Bei dem gemeinschaftlichen Mittagmahl brachte Oberst v. Jabobi den Trinkspruch auf den Kaiser aus. Die Parade am Nachmittag begann mit einem Hurra auf den obersten Kriegsherrn. Bei der Verabschiedung am Abend sang man ein gemeinschaftliches Kaiserlied; nachher brachte Hauptmann Wankenhorn den Kaisergruß aus, worauf die Kaiserhymne gesungen wurde.

Frankreich.

Das Wetter.

Paris, 21. Mai. Der höhere Pariserat hat sich in seiner letzten Sitzung mit zwei Anträgen betreffend die Zusammensetzung der Kriegsflotte beschäftigt. Der erste, vom Marineminister eingebrachte Antrag sieht die Zahl der Panzerschiffe auf 28 fest, der zweite, welcher von der ständigen Sektion des Marineministeriums ausgegangen war, auf 38. Dem „Matin“ zufolge befürwortete der höhere Pariserat den letzten Antrag. Ferner befürwortete der höhere Pariserat, daß keine Panzerkreuzer mehr erbaut werden sollen, da er der Ansicht ist, daß nunmehr nur die Aufklärungs- und Zerstörer für jedes Geschwader, nötig sind. Heute und morgen wird der höhere Pariserat den Tages- und die Geschützbesetzung der neuen Panzerschiffe erörtern. Voraussichtlich wird eine Gesamtwindigkeit von 20 bis 21 Knoten und ein Displacement von 21000 Tonnen beantragt werden.

England.

Die Liberalen und die Arbeiterpartei.

London, 18. Mai. (Fig. Ver.) Die „Daily Mail“ bringt heute eine allem Anschein nach aus sicherer Quelle geschöpfte Nachricht, daß die Zentralorganisation der liberalen Partei alle Vorbereitungen zu den nächsten parlamentarischen Wahlen trifft. Es werden Maßregeln ergriffen, in jedem Wahlkreis von England, Wales und Schottland liberale Kandidaten aufzustellen. Auf keinen Fall wird die liberale Partei den Tarifreformer und den Arbeiterkandidaten das Feld überlassen. Zwischen den Liberalen und der Arbeiterpartei wird kein Einverständnis bestehen. „Und da die Arbeiterpartei finanziell schwach ist, so sind die Wahlaussichten für die Sozialisten nicht weniger als glänzend.“ so meint das bürgerliche Blatt. Das wollen wir erst noch abwarten.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

London, 10. Mai. Unterhaus. In der heutigen Abend-sitzung machte Handelsminister Churchill im Laufe der Debatte über den Bericht der Kommission für das Armengesetz Mitteilungen über einen Gesetzentwurf, den er morgen im Hause einbringen wird, und der die Einrichtung eines Arbeitsersehungssystems bezweckt. Der Minister wies darauf hin, daß nicht nur in England allgemeine Uebereinstimmung über die Zweckmäßigkeit eines solchen Systems bestehe, sondern daß auch Beweise vorlägen für seine erfolgreiche Durchführung in Deutschland, dem größten Industriestaate des Kontinents, und für seine fortschreitende Ausdehnung auf fast alle anderen Festlandsstaaten. Die Arbeitsbüros würden zwar nicht mehr Arbeitsgelegenheit schaffen, aber die Beschäftigung der Erwerbstätigen organisieren. Das vorgeschlagene System würde einheitlich und national sein, aber nicht obligatorisch. Das Land würde in zehn Bezirke eingeteilt und in London eine Zentralstelle eingerichtet werden. Er hoffe, daß die Arbeitsbüros in jeder Stadt das industrielle Zentrum bilden werde. Wenn das Gesetz durchgehe, würde mit der Organisation zu Anfang des nächsten Jahres begonnen werden. Die Kosten der Durchführung des Planes würden 200000 Pfund Sterling jährlich nicht überschreiten.

Der Handelsminister machte ferner Angaben über ein Arbeitslosenversicherungssystem, dessen Einführung die Regierung in Verbindung mit dem Arbeitsbürosystem für das nächste Jahr beabsichtigt. Eine allgemeine Versicherung sei nicht durchführbar; die Regierung dringe deshalb ein System der Zwangsversicherung für das Gewerbe

in Vorschlag, bei dem sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer Beiträge zu leisten und der Staat eine angemessene Beihilfe zu gewähren hätte. Unter den Gewerben, auf die das System zuerst Anwendung finden solle, seien das Maschinenbau- und Schiffsbaugewerbe. Das deutsche Beispiel der Versicherungsgesellschaften oder -kassen würde befolgt werden.

Das deutsche Vorbild.

London, 20. Mai. Unterhaus. In der heutigen Sitzung richtete Monev (liberal) an den Schatzkanzler Lloyd George die Anfrage, ob er darauf aufmerksam geworden sei, daß die zurzeit der Finanzkommission des deutschen Reichstages vorliegenden Entwürfe über eine Wertzuwachssteuer sich nicht nur auf unbewegliches Eigentum erstrecken, sondern die Einführung dieser Steuer auch für bewegliches Eigentum vorsehen, und ob der Schatzkanzler eine Erweiterung seiner eigenen Vorschläge bezüglich einer Wertzuwachssteuer erwägen werde, um eine gleichmäßige Besteuerung jeder Art von Vermögen herbeizuführen. Schatzkanzler Lloyd George erwiderte kurz, daß diese Anregung zur Kenntnis des Schatzkanzlers gebracht worden sei. — Daraufhin fragte Kapitän Craig (liberal), ob die ganze liberale Gesetzgebung dem deutschen Vorbild angepaßt werden solle. (Weiterleit.)

Türkei.

Eidesleistung und Thronrede.

Der Sultan hat heute in der Kammer vom Präsidentenstuhle herab den Eid auf die Verfassung geleistet. Dieser hat folgenden Wortlaut: „Ich habe geschworen, das Scheriat und die Verfassung voll zu beobachten und mich nicht von den Rechten der Nation und den Interessen des Vaterlandes zu entfernen.“ Darauf leisteten die Abgeordneten in Gegenwart des Sultans gleichfalls den Verfassungseid. Nach dem Eid des Sultans verlas der Großwesir die Thronrede. Es heißt darin unter anderem:

„Heute fühle ich mein Herz erzittern von dem Gefühl der Freude und des Stolzes, da ich mich inmitten der Senatoren und Abgeordneten sehe, die unsere große ottomanische Nation verkörpern. Ich bin gewiß, daß mein Volk mit mir die Ueberzeugung teilt, daß das Heil und Glück unseres teuren Vaterlandes und seine fortschreitende Entwicklung von der stetigen und ersten Anwendung des verfassungsmäßigen Regimes abhängen, von dem ich hier nicht auseinandersehen brauche, in wie hohem Maße es mit dem Scheriatgesetze und den Grundfahen der Zivilisation übereinstimmt... Die Nachricht von den Unruhen in Adana hat mich tief bewegt. Diese Unruhen sind schon unterdrückt, und es ist beschloffen worden, die Beteiligten zu bestrafen und mit ausreichenden Hilfsmitteln diejenigen zu unterstützen, die unter jenen Uebergriffen gelitten haben. Die Regierung wird alle Maßregeln ergreifen, die wirksam und geeignet sind, die Wiederkehr derartiger Vorfälle zu verhindern, überall Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen und das gute Einvernehmen zwischen den verschiedenen Teilen der Bevölkerung wieder zu befestigen. Höchst notwendig ist, die Reformen in der Verwaltung, im Gerichts- und Finanzwesen des Staates durchzuführen, das, was zur Verbesserung unserer Streitkräfte zu Wasser und zu Lande notwendig ist, aufs nachdrücklichste zu fördern, das Unterrichts- und Gesundheitswesen zu verbreiten und die öffentlichen Arbeiten zu vermehren und auszubehnen. Um dieses Ziel zu erlangen, nehme ich die Unterstützung und die Hilfe der beiden ehrenwerten geschätzten Körperlichkeiten in Anspruch.“

Bei der Eidesleistung der Senatoren und Abgeordneten kam es zu einigen Zwischenfällen. Zunächst legte der Senatspräsident Said den Eid nach der Formel ab: Ich schwöre, das Scheriat treu zu befolgen, solange er die Verfassung befreit. Von mehreren Seiten des Hauses wurde gegen diesen Wortlaut Widerspruch erhoben. Der Großwesir und die beiden Präsidenten hielten eine kurze Beratung ab; schließlich wurde der Eidesleistung folgende Formel zugrunde gelegt: Ich schwöre, daß ich dem Sultan, dem Vaterlande, der Nation, der Verfassung und den mir auferlegten Pflichten treu bleiben werde. Da einige Abgeordnete von dieser Schourformel abwichen, kam es wieder zu Zwischenfällen. Die Hochschah machten religiöse Zusätze und der Grieche Vossios weigerte sich, mehr zu sagen als: Ich schwöre. Zeitweise herrschte im Saale lebhafteste Erregung, während der Sultan in der Loge interessiert den Vorgängen folgte. Nachdem alle Senatoren und Abgeordneten den Eid geleistet hatten, übernahm Kammerpräsident Ahmed Riza das Präsidium und hat den Sultan, den Verhandlungen der Kammer beiwohnen. Das Haus verhandelte sodann über einen Artikel des Preßgesetzes, worauf der Sultan das Parlament verließ.

Abdul Hamids Schätze.

Konstantinopel, 21. Mai. „Tanin“ zufolge ergaben die Recherchen im Yıldiz, daß Abdul Hamid 1100000 Pfund in Banken deponiert habe. Sadaq will aus authentischer Quelle aus Saloniki erfahren haben, daß Abdul Hamid bereits als erste Zahlung an den Staat einen Scheck von einer Million Pfund auf eine fremde Bank gegeben hat.

Persien.

Die russische Intervention und die Parteien.

Die russische Bourgeoisie war vom Anfang der Einmischung der russischen Regierung in die persische Revolution für ein energisches Eingreifen. Die Eroberung Nordpersiens war für sie ein greifbarer Gewinn als das Hineinstürzen in die Wastannen, in denen man einem gefährlicheren Feind gegenüberstehen würde, als es die persischen Revolutionäre sind. Um die Unterwerfung des Bürgerturns für die Regierung in der persischen Angelegenheit zu gewinnen, stellte die „Rossija“ nach der Statistik der persischen Handelsbeziehungen, die alljährlich zu Teheran von der belgischen Zolladministration ausgegeben wird, fest, daß die Revolution, die Interessen des russischen Kapitals schädigt. Im Jahre 1906/07 betrug der persische Handel mit dem Ausland 166 883 822 Rubel. Der russische Import betrug 44 480 750 Rubel, der englische 26 246 702 Rubel; der russische Export 45 075 923 Rubel, der englische 7 323 819 Rubel. Nach einem Jahr der Wirren, vom März 1907 bis März 1908 betrug der persische Handel 145 102 980 Rubel. Der russische Import betrug 38 234 375 Rubel; er verminderte sich also um 6 246 375 Rubel, der englische betrug 8 818 070 Rubel, er wuchs also um 7 352 688 Rubel. Dieser Unterschied in den Verlusten des russischen und englischen Kapitals, der nicht ohne Einfluß ist auf die ruhiger Haltung Englands, läßt sich dadurch erklären, daß die englische Einflußsphäre, Südpersien, von der Revolution verschont war, deren Schauplatz zum größten Teil Nordpersien ist.

Die russische Bourgeoisie braucht nicht erst von der Regierung aufgemuntert zu werden. Ihr ist die Aktion der russischen Truppen in Persien zu langsam. Das Oktobristenblatt „Golos Moskwy“ ruft nach greifbaren Resultaten. Kühler ist die Haltung der Kadetten, der Partei der reichen Intelligenz. Die Bankrotte des Liberalismus, die die Hoffnung hegt, daß ein panslawistischer Rummel am Kasan, wobei die Regierung an das Vertrauen der „Gesellschaft“ appellieren werde müssen, sie wieder in den Sattel heben wird, können so etwas von der Intervention in Persien nicht erhoffen. Auch die Zurückhaltung Englands, von dem sie das Heil für den Leichnam des russischen Liberalismus

erwarteten, gebietet ihnen die Aktion der Regierung gegen die persische Freiheit und Unabhängigkeit zu bekämpfen. Sie tun es in ihrer Presse, aber haben nicht den Mut in der Duma, Stolypin zugurufen: Fort von Persien. Um so energischer tat dies der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion in der Duma, Genosse Pokrowski. In einer wichtigen Rede geißelte er die Regierung, die dem Genossen Bichow den General Snarski zur Hilfe schickt. Diefelbe Regierung, die so gebemüht ihre traditionelle Politik am Balkan aufgeben mußte, zeigt Courage gegenüber einem Kleinen, um die Freiheit kämpfenden Volk. Er schloß seine Rede mit den Worten: „Ich wende mich an die öffentliche Meinung des Reichs und der europäischen Demokratie mit einem Protest gegen die Politik Rußlands in Persien“.

Aus der Partei.

Klaas Peter Reinders.

Dreißig Jahre sind vergangen, seit ein Genosse aus dem Leben scheidet, dessen heute in weiteren Kreisen nur noch wenig gedacht wird, wiewohl er sich um die Bewegung, namentlich in seinem engeren Wirkungskreise die größten Verdienste erworben hat — Klaas Peter Reinders. Geboren in Emden in Friesland, wuchs er in dürftigen Verhältnissen auf und erhielt nur eine mangelhafte Schulbildung, ersehnte aber, was ihm auf diesem Gebiete abging, durch gesunden Menschenverstand, redlichen Willen, große Energie und populäre Redegabe und eifrige Arbeit an sich selbst. Er erlernte das Tischlerhandwerk und wurde bald, nachdem er die Lehre verlassen, eifriges Mitglied des allgemeinen deutschen Arbeitervereins. In Breslau, wo die Sozialdemokratie bisher nur sehr wenig Fortschritte gemacht hatte, ließ er sich bauernd nieder und entfaltete in der Werkstätte wie in Versammlungen eine gründliche agitatorische Wirksamkeit, hatte dabei nicht nur gegen den gemeinsamen Feind, sondern auch gegen die Eisenacher, die damals noch mit den Vassallanern in scharfer Fehde lagen, zu kämpfen. Die Vera Jessendorf mit ihren Gewaltstreichen gegen den allgemeinen deutschen Arbeiterverein brachte auch ihm viele Unlieblichkeiten. Da er als Tischler keine Arbeit mehr fand, lernte er das Photographierenhandwerk und stellte u. a. die Gedendtafel an den zehnjährigen Todestag Lassalles her. Auf der Generalversammlung des Arbeitervereins zu Hannover im Jahre 1874 und auf dem Einigungskongresse zu Gotha im Jahre 1875 trat er für die Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien ein. Als diese erfolgt war, wirkte er in Breslau weiter und war u. a. bei Schaffung des Parteiorgans „Die Wahrheit“, namentlich aber bei Organisation der Reichstagswahlen in ganz Schlefien hervorragend tätig. Nach Auflösung des Reichstages im Jahre 1878 schied er schon hochgradig schwindfrüchtige Mann alle Kraft an die Wahlagitation und wurde trotz aller Sozialistenhiebe im Breslauer Kreis in den Reichstag gewählt. Seine erste und letzte Reichstagsrede hielt er am 12. Oktober. Sie richtete sich gegen das Sozialistengesetz und speziell gegen den § 5, der das Verbot sozialistischer Vereine und Versammlungen brachte. Das Auftreten des bloßen mageren Mannes mit dem schwarzen krausen Haare und den leuchtenden dunklen Augen erregte von vornherein Aufsehen. Als er alle diejenigen, welche für das Gesetz stimmten, für Landesverräter erklärte, entstand großer Tumult und der Präsident erteilte ihm einen Ordnungsruf. Ein Verstoß, den Reinders gegen die Grammatik beging, rief Heiterkeit hervor, doch wußte er ihr durch eine treffende Bemerkung über die Schulbildung, die man dem Volke zuteil werden läßt, zu begegnen. Den größten Sturm aber erregte er durch seine Schlussäußerung: „Fürst Bismarck gehöre auf die Anklagebank. Nach Erlaß des Sozialistengesetzes hatte auch er wieder schwer unter den Verfolgungen zu leiden. Er suchte sich und seine Familie durch Errichtung eines kleinen Geschäftes mühsam durchzubringen. Am 22. Mai 1879 raffte ihn ein Blutsturz im Alter von noch nicht ganz 33 Jahren dahin. Sein riesenhafter Leichenzug nach dem Reformierten-Friedhofe in Breslau, wo jetzt ein schöner Denkstein sein Grab schmückt, war die erste große Demonstration, die Behauptung seines Wahlkreises, wo Hofenleber gewählt wurde, unser erster Wahlsieg unter dem Sozialistengesetz. Die Breslauer Genossen wissen das Andenken Reinders dauernd zu ehren.“

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der beleidigte Polizeikommissar.

Der Polizeikommissar Gube in Pr.-Stargard in Westpreußen beschlagnahmte im Januar eine Anzahl sozialdemokratischer Flugblätter und gab sie innerhalb der gesetzlichen Frist nicht zurück, obgleich die Berliner Staatsanwaltschaft eine Verfolgung abgelehnt hatte. Der Regierungspräsident mußte auf Grund einer Beschwerde erst den Herrn dazu zwingen. Ebenfalls im Januar sollte in Stargard eine Volksversammlung tagen. Der Wirt Grabowski hatte sein Lokal „Schweizergarten“ dazu vermietet. Zwei Tage vor der Versammlung erklärte er jedoch dem Pr.-Stargarder Genossen, der als Mieter fungierte, daß er die Versammlung auf Verreiben Gubes nicht abhalten lassen könne! Er ließ die Versammlung dann auch nicht stattfinden. Als der Parteisekretär Genosse Crispian ihn wegen des Vertragsbruchs zur Rede stellte, wiederholte er die Erklärung, daß er unter dem Druck der Polizei nicht anders könne. Crispian machte darauf dem Kommissar Gube in einem Privatraum des Wirtes wegen der Lokalabtreibung und der ungeschehenen Beschlagnahme Vorhaltungen. In Gegenwart der Polizei gab nun der Wirt an, daß er aus eigenem Antriebe das Lokal verweigert habe. Das Schöffengericht zu Pr.-Stargard verurteilte den Genossen Crispian darauf zu 100 Mark Geldstrafe, weil er den Gube durch die Äußerungen: „Es ist unerhört, wie man hier behandelt wird“ und „Wenn Sie die Gesetze nicht kennen, werde ich Sie durch die Beschwerde kennen lehren“, öffentlich beleidigt haben. Auch andere Zeugen hatten eiblich bestätigt, daß der Wirt die Schuld für die Lokalabtreibung auf Gube geschoben habe. Vor der Berufungsinstanz kam zu Danzig gab der einzige Zeuge Gube an, daß er am Tage vor der Versammlung dienstlich in der Gegend des Lokales war und dabei auf seine zufällige Frage von dem Wirt hörte, daß er die Versammlung nicht abhalten lassen werde! Einwirkung wollte er auf den Mann nicht haben. Das Gericht sprach dem Angeklagten den Schutz des § 193 zu. Trotzdem hielt es die 100 Mark Geldstrafe aufrecht. Zwar stellte es fest, daß Gube bei der Beschlagnahme der Flugblätter nicht ordnungsmäßig verfahren sei und daß Crispian auch glauben konnte, daß der Kommissar bei der Lokalabtreibung die Hand im Spiele hatte. Gube sei aber dadurch beleidigt, daß Crispian in Form und Umständen über den Schutz seiner berechtigten Interessen hingabging.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Maler.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Maler und verwandten Berufsgenossen von Berlin und Vororte nahm am Mittwoch in einer gut besuchten Versammlung in „Frieders Festhallen“, Rappenstraßen 29, Stellung zu dem kommenden neuen Tarifvertrag im Malergewerbe für das ganze Reich. Vorsitzender Reich erklärte in seinem einleitenden Referate, daß von der Organisation Forderungen an die Unternehmer gestellt werden müßten, was angesichts der außerordentlichen Steigerung der Lebensbedingungen nur zu begründet sei. Zwar wären die Arbeitgeber wie immer gegen jedwede Forderung seitens der Arbeitnehmer, doch dürften die letzteren sich dadurch in ihren nur allzu berechtigten Ansprüchen nicht beirren lassen. Redner ging in seinen Ausführungen auf den Normaltarif der Unternehmer nicht ein, ebenso sah er zunächst von einer näheren Spezialisierung der zu stellenden einzelnen Forderungen ab, sondern gab nur eine allgemeine übersichtliche Darstellung der eventuell in Betracht kommenden Punkte. In der nachfolgenden, sehr regen Diskussion waren sämtliche Redner sich dahin einig, daß mit Rücksicht auf die immer höher im Preise steigenden Lebensmittel und Wohnungsmieten eine wesentliche Lohnerhöhung dringend geboten ist, jedoch wurden die weiteren Schritte in den berührten Fragen dem Vorstande überlassen.

In der Damenschneidereiabteilung der Firma S. Hoffmann, Friedrichstr. 50, ist es dieser Tage zu Streitigkeiten gekommen, durch die die organisierten Schneider veranlaßt wurden, auf ihre Stellung bei der Firma zu verzichten. Ein Unorganisierter, der dort tätig ist, hatte darauf bestanden, Ueberzeitarbeit mit nach Hause zu nehmen, während die Organisierten die Auffassung vertraten, daß Ueberstunden nur in der Werkstätte gemacht werden sollten, was ja auch im Interesse des Berufs, um einer weiteren und unbegrenzten Ausdehnung der Heim- und Ueberzeitarbeit vorzubeugen, als selbstverständlich erscheinen mußte. Der Unorganisierte widersetzte sich nicht nur dem Wunsche seiner Kollegenschaft, sondern erging sich auch noch in Schimpereien und Bedrohungen und renommierte damit, daß er schon anderen Leuten gegenüber Gewalttätigkeiten verübt habe. Als nun die Organisierten dem Firmeninhaber erklärten, daß sie sich das Auftreten jenes Mannes nicht gefallen lassen wollten, erhielten sie von Herrn Hoffmann die Antwort: „Wenn's Ihnen nicht paßt, können Sie alle aufhören.“ Unter diesen Umständen war ein Weiterarbeiten bei der Firma natürlich nicht mehr zu denken. Der Fall zeigt, wie man die Arbeiter deswegen aus der Arbeit drängt, weil sie in der Werkstätte Wert legen auf Ordnung und anständige Umgangsformen und sich nicht Schimpfreden und Bedrohungen gefallen lassen wollen.

Achtung, Mähenmacher! In der Mähenfabrik der Firma S. Gärtner u. Co. wurden am Freitagnachmittag ganz plötzlich sämtliche 7 Zuschneider entlassen, weil dieselben sich weigerten, daß für jeden Zuschneider ein Kontrollbuch eingeführt wird. Die Werkstätte ist für Zuschneider gesperrt und jeder Zugang streng fernzuhalten.

Deutscher Kürschnerverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Schuhmacher! Die Schuhfabrik von J. Schuberz, Elisabethstr. 28/29, ist wegen Lohnzuzug und Maßregelung gesperrt.

Mit Einführung der Ständigen Bureauszeit wird sich der Berliner Anwaltverein in seiner nächsten Sitzung beschäftigen. Die Bureauangestellten haben an den Vorstand die Bitte gerichtet: „Der Anwaltverein wolle darauf hinwirken, einen Beschluß der Berliner Anwälte dahingehend herbeizuführen, daß die tägliche Arbeitszeit in den Bureaus auf 8 Stunden festgesetzt, die Sonntagsarbeit vollständig und Ueberstundenarbeit tunlichst beseitigt wird und zu diesem Zweck die Sprechstunden spätestens um 6 Uhr beendet werde.“ In dem Begleitschreiben wird ausgeführt, daß nach einer vom Verband der Bureauangestellten aufgenommenen Statistik bei den Berliner Rechtsanwältinnen in 23 Proz. der Bureaus eine Arbeitszeit von 8 Stunden und in 73 Proz. eine solche von neun Stunden besteht. Weiterhin ist aber statistisch ermittelt worden, daß in den meisten Fällen diese Bureauszeit überschritten wird. Um den Achtstundentag praktisch durchzuführen, soll der Schluß der Sprechstunde allgemein auf 6 Uhr abends festgesetzt werden.

Deutsches Reich.

Bauarbeiterschutts-Kommission.

Berlin, den 15. Mai 1908.

An die baugewerblichen Arbeiter von Preußen, Pommern, Brandenburg.

Hiermit berufen wir im Einverständnis mit den Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiterorganisationen Berlins (Zentralverbände) eine Konferenz zum Sonntag, den 13. Juni dieses Jahres, nach Berlin, Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus, ein.

Als vorläufige Tagesordnung geben wir bekannt:

1. Der Bauarbeiterschutz in Preußen und die Stellung der Nordöstlichen Baugewerks-Verungsgenossenschaft.
2. Diverse Anträge.

Wir ersuchen die Organisationen der oben genannten Provinzen, Stellung dazu zu nehmen und Delegierte zu wählen. Der Erparnisse halber dürfte es sich empfehlen, wenn sich die Organisationen (Maurer, Bauarbeiter, Zimmerer, Dachdecker, Klempner, Holzleger, Töpfer, Stukkateure, Maler, Glaser, Steinarbeiter), da diese die Kosten zu tragen haben, verständigen.

Es dürfte sich empfehlen, daß die Augenarbeiter sowohl wie die Innenarbeiter sich bei der Wahl der Delegierten auf bestimmte Personen einigen.

Anmeldungen der Delegierten sind bis zum 9. Juni an den Unterzeichneten zu richten.

J. A.: Die Bauarbeiterschutts-Kommission Berlins.
O. Link, Engel-Ufer 15.

In der Stettiner chemischen Fabrik „Union“ ist es am Dienstagabend zur Arbeitsniederlegung gekommen. Der Grund liegt in Maßregelungen einer Anzahl Arbeiter.

Ein Streik der Brauereiarbeiter in Hannover.

Am 17. Mai früh legte das Personal der Städtischen Lagerbierbrauerei Hannover die Arbeit nieder. Von über 200 Beschäftigten blieben nur circa 6 im Betriebe. Die Ursache des Ausstandes war eine seit langem geübte rigorose Behandlung des Personals seitens des Braumeisters Stangler und die fortgesetzte Verletzung der zwischen dem Brauereiarbeiterverband und der Brauereivereinigung bezw. dem Sildevorstand der Städtischen Brauerei getroffenen Vereinbarungen. Die so oft geäußerten Beschwerden über das System Stangler waren insofern ergebnislos, als wohl immer Abhilfe zugesagt wurde, trotzdem aber alles beim alten blieb. So sollte auch tariflich die Arbeitszeit im Sommer nicht vor 3 Uhr früh beginnen. Braumeister Stangler verlangte, daß die Arbeiter einer Sparte Montags schon um 1 Uhr nachts anfangen sollten. Mit solchen und ähnlichen tarifwidrigen Mitteln suchte er Arbeitskräfte zu sparen. Dieses Sparsystem und die zur Gewohnheit gewordenen Schikanen waren auch die Ursache, daß von zwei Arbeitern Ueberstunden in einer anderen Abteilung verlangt wurden. Als sie dies ablehnten, auch weil sie am selben Abend persönliche Angelegenheiten zu erledigen hatten, erfolgte ihre Entlassung. Das brachte das schon lange Faß zum Ueberlaufen und zeitigte die Arbeitsniederlegung.

Nach zweitägiger Dauer des Streiks nahmen am 19. Mai die Arbeiter die Arbeit geschlossen wieder auf, nachdem in Unterhandlungen mit der Direktion und dem Sildevorstand der Brauerei die Zufriedenheit gegeben worden war, daß für die Zukunft der Braumeister zu besserer Behandlung der Arbeiter verpflichtet sei; außerdem sollen Beschwerden gegen den Braumeister zwischen der Direktion und dem Arbeiterausschuß geschlichtet werden.

Der nationalliberale hannoversche „Courier“ nannte in seiner Stellungnahme zu dem Streik die Herbeiführung desselben frivol. Das ist richtig, nur waren es nicht die Arbeiter, die sich dieser Frivolität schuldig gemacht haben, sondern die maßgebenden Personen in der Betriebsleitung und besonders der Braumeister, dessen Entfremdung wegen seines Verhaltens schon der frühere Sildevorsteher ins Auge gefaßt hatte. Offenlich hinterläßt der jehige Anwehrt der Arbeiter eine nachhaltige Wirkung.

Neue Beamtenmaßregelungen in Oberschlesien.

Auf der „Königshütte“ haben wieder eine größere Anzahl jüngerer Beamten wegen ihrer Zugehörigkeit zum Bunde technischer und industrieller Beamten ihre Kündigung erhalten. Man nahm

sich diesmal nicht einmal die Mühe, einen äußeren Anlaß für die Kündigung zu suchen.

In dem industriellen Oberfranken regen sich jetzt zu Beginn des Sommers und der Bauzeit die Arbeiter, ihre in Winter- und Krisenzeiten außerordentlich elende Lage etwas zu verbessern. In Bayreuth sind die Zimmerer in den Ausstand getreten. Sie hatten eine Erhöhung der bisher 30 Pf. betragenden Stundenlöhne um 4 Pf. gefordert. Nach längerem Hin und Her erklärten sich die im Mittelfränkischen Arbeitgeberverband organisierten Unternehmer lediglich zu einer Zulage von einem Pfennig bereit. Ein Vermittlungsvorschlag der Arbeiter, der dahin ging, die Stundenlöhne sofort um 2 Pf. und am 1. Juli um weitere 2 Pf. zu erhöhen, das ganze aber latizlich festzulegen, wurde von den Unternehmern nicht akzeptiert und weitere Unterhandlungsversuche der Arbeiter brüsk abgelehnt. Daraufhin traten über 60 Zimmerer in den Ausstand.

In Oberösterreich im Fichtelgebirge sind am Mittwoch sämtliche Maurer und Bauhilfsarbeiter, die bisher gegen niedrigen Tagelohn täglich 11 Stunden arbeiten mußten, wegen Nichtbeachtung des Fichtelgebirgs einmütig in den Streik getreten. Zugang wolle in beiden Fällen ferngehalten werden.

Bauarbeitersperre in Würzburg. Die Baumeistervereinigung in Würzburg droht in einem Schreiben an die dortige Verbandsleitung mit allgemeiner Aussperrung der organisierten Maurer, Bauhilfsarbeiter und Erdbauer, wenn bis Freitag früh 7 Uhr die bei der Firma Voer u. Sohn streikenden Arbeiter die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben. Es wird uns berichtet, daß die Streikenden nicht daran denken, dieser Drohung nachzugeben.

Auch die Möbelfabrikanten von Würzburg haben die Aussperrung ihrer Arbeiter beschlossen, weil dieselben sich erdreistet haben, Forderungen zu stellen. Von den 42 Mitgliedern des Arbeitgeberverbands haben sich allerdings nur 9 Arbeitgeber mit 114 Arbeitern beteiligt. Weitere 30 Arbeiter haben die Arbeit eingestellt, so daß sich gegenwärtig 144 Arbeiter im Kampfe befinden. Verhandlungen zwischen den Parteien sowie vor dem Einigungsamt verliefen resultatlos. Zugang von Tischlern, Maschinisten, Drehschneidern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Der Kampf der Schreiner und Maschinenarbeiter in Nürnberg soll nun auch auf Nürnberg übergründen. Die „Mittelstandszeitung“, das Organ der Innungsmeister, mitteilt, haben sich die hiesigen Unternehmer bereit erklärt, die Nürnbergger durch eine Aussperrung zu unterstützen. Derartige Ankündigungen machen jedoch auf die Streikenden keinen Eindruck. Unter diesen herrscht ein vorzüglicher Geist, sie bewahren eine entschiedene, selbstbewusste Haltung. Streikbrecher sind fast gar nicht zu verzeichnen. Am den Kampf zu erleichtern, reisten am Montag früh 300 Leibe ab. Sie marschierten vom Streiklokal aus im geschlossenen Zuge und unter Vorantritt einer Musikkapelle über den Ring, am Haupte der „Frankischen Tagespost“ vorbei, zum Bahnhof, die übrigen 700 Streikenden gaben ihnen ebenfalls im geschlossenen Zuge das Geleit. Der Zug war polizeilich genehmigt. Ein zweiter Trupp wird in den nächsten Tagen abreisen.

Aufgehobenes Urteil.

Der Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“, Genosse Scherm, war vom Schöffengericht von Saalfeld (Thür.) vorigen Herbst zu 150 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er den Metallindustriellen Auerbach durch eine Besprechung der Zustände in seiner Fabrik beleidigt haben soll.

In der Verhandlung stellte sich heraus, daß die aufgestellten Behauptungen wesentlich richtig waren. Schöffengericht und Landgericht beurteilten trotzdem; das Oberlandesgericht Jena hob indessen am Dienstag das Urteil auf und verwies es an die Verlinhung zurück, da die Wahrnehmung berechtigter Interessen (§ 193) nicht berücksichtigt worden sei.

Ausland.

Bergarbeitersausstand in Oesterreich.

Die gesamte Belegschaft des westböhmerischen Bergbau-Aktienvereins im Bezirke Wien ist in den Ausstand getreten; es handelt sich um 11 374 Mann.

Von der Massenausperrung in Schweden.

In der verflochtenen Woche ist in Stockholm nochmals zwischen den Vertretern des Zentralen Arbeitgeberverbandes und denen des Landessekretariats der Gewerkschaften sowie den Vertretern der baugewerblichen Verbände verhandelt worden. Der Schlichtungsbeamte Cederborg gab sich alle Mühe, noch zu guterletzt ein Uebereinkommen zwischen den Parteien zustande zu bringen, hatte jedoch keinen Erfolg, da die Arbeitgeber an ihrem Ultimatum festhielten, das für einen großen Teil der Arbeiterschaft eine Verlängerung der Arbeitszeit bringen soll, sowie Herabsetzung der Lohnsätze oder andernfalls Beseitigung der Affordarbeit überhaupt, was — wie die Verhältnisse in Schweden liegen — Lohnherabsetzung bedeutet. Die Arbeiter sind nicht gewillt, sich derartige Verschlechterungen ihrer Lebenslage aufzuzwingen zu lassen. Eine Einigung scheint gegenwärtig im Bauergewerbe gänzlich ausgeschlossen zu sein.

Nicht besser liegen die Verhältnisse in der Baumaterialindustrie, für die am Mittwoch in Malmo Verhandlungen stattfanden. Sie scheiterten hauptsächlich daran, daß die Arbeitgeber nicht einmal auf einen Maximalstundenlohn von 38 Öere eingehen und außerdem einen Tarifvertrag auf nicht weniger als 5 Jahre und 9 Monate abschließen wollten, während die Arbeiter einem dreijährigen zustimmen wollten. Die Arbeitgeber erklärten schließlich, daß die angekündigte Aussperrung am Montag, den 17. Mai, in Kraft treten werde. Diese Aussperrung die also morgen beginnt, wird die Arbeiter der Zementfabriken, der Kreidbrüche, der Ziegeleien, der Kalkbrüche usw. Schweden treffen. Es handelt sich hier um ungefähr 3300 Mann. Das ist jedoch nur der Anfang von dem großen gewerkschaftlichen Massenkampf, den das schwedische Unternehmertum zu entfesseln im Begriffe steht. Am 21. soll die Aussperrung sämtlicher Schneidereiarbeiter Schwedens erfolgen mit mindestens 3000 Mann und am Tage darauf sollen alle baugewerblichen Arbeiter Süd- und Westschweden aus der Arbeit geworfen werden. Diese Aussperrung soll dann einige Wochen später auf das ganze Land ausgedehnt werden. Man wird dabei mit über 20 000 Aussperrten zu rechnen haben.

Damit sind jedoch die Kriegspläne des Unternehmertums noch nicht alle ausgeführt. Auch in der Glasindustrie scheint ein großer Kampf unvermeidlich zu sein. Der schwedische Glasindustrieverband hat sämtliche in dieser Industrie bestehenden Tarifverträge auf den 1. Juli gekündigt, und von diesem Datum ab sollen die Löhne um 8 bis 12 Proz. gekürzt werden. Daß die Arbeiter das nicht ruhig hinnehmen, ist selbstverständlich. Man muß also auch in dieser Industrie auf einen Kampf gefaßt sein.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Im Feuer zerstört.

Bingen, 21. Mai. (W. S.) Vergangene Nacht brach im benachbarten Dronersheim Feuer aus, das mehrere Häuser mit Nebengebäuden vollständig, andere teilweise zerstörte.

Ein Familiendrama.

Blauen, 21. Mai. (W. S.) Die hiesige Blätter melden, hat heute nachmittag hier der Bürgerkullehrer Johannes Höra auf seine Frau und seine Schwiegermutter mehrere Revolverkugeln abgegeben. Darauf richtete Höra die Waffe gegen sich selbst. Die Schwiegermutter ist tot, die Frau und Höra selbst sind schwer verletzt. Das Motiv ist erböse Ueberreizung.

Abgeordnetenhaus.

92. Sitzung, Freitag, den 21. Mai 1909, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung der Verggesehnobelle wird fortgesetzt beim § 80 id, welcher bestimmt, daß die Mitglieder des Arbeiterausschusses in ihrer Mehrzahl von den Arbeitern gewählt werden müssen.

Ein sozialdemokratischer Antrag will die Worte „in ihrer Mehrzahl“ streichen und die Zahlen 500, 3 und 100 durch 200, 5 und 20 ersetzen.

Abg. Wolff-Bissa (fr. Bg.) befürwortet einen Antrag, der ebenfalls die Worte „in ihrer Mehrzahl“ streichen will.

Abg. Korsantj (Pole) befürwortet ebenfalls die Streichung dieser Worte und einen weiteren Antrag, wonach auf je 300 Mann der Belegschaft ein Vertreter entfallen muß.

Abg. Reinert (Soz.):

Wenn wir die Streichung der Worte „in ihrer Mehrzahl“ beantragen haben, so wollen wir damit den Einfluß des Unternehmers auf die Zusammensetzung des Ausschusses beschränken. Sie müssen bedenken, daß der Arbeiterausschuss ja keine Möglichkeit hat, seine Beschlüsse gegenüber dem Arbeitgeber auch zur Durchführung zu bringen.

Abg. Schulze-Bellum (L.) erklärt die vorliegenden Anträge für seine Freunde als unannehmbar.

Abg. Dr. Köhling (nass.) verurteilt den Abg. Weumer gegen die Angriffe des Abg. Gronowski. Zur Sozialpolitik gehöre ein warmes Herz, aber ein kühler Kopf.

Abg. Gronowski (B.): Ich nehme an, daß der Vorredner das Wort von der Heuchelei nicht auf meine Freunde bezogen hat. Ich habe am Dienstag vor allem gegen die Behauptung protestiert, daß in Deutschland eine sprunghafte Sozialpolitik betrieben werde.

In der Abstimmung werden sämtliche Anträge gegen die Stimmen der Konserverativen und Rationalliberalen abgelehnt, der § 80 id unverändert angenommen.

§ 80 id bestimmt, daß die Wahl der Mitglieder des Arbeiterausschusses für die Belegschaft unter Tage durch die Sicherheitsmänner erfolgt, für die Belegschaft über Tage durch die Arbeiter.

Abg. Wolff-Bissa (fr. Bg.) beantragt, daß die Wahl durch die Sicherheitsmänner unmittelbar und geheim erfolgt.

Handelsminister Dr. Delbrück: Diese Bestimmung stand schon in der Regierungsvorlage, und in der Kommission hat sich niemand dagegen gewandt.

Ein sozialdemokratischer Antrag wünscht, daß die Wahl der Arbeiterausschussmitglieder allgemein, unmittelbar und geheim durch die Arbeiter in derselben Weise wie die Wahl der Sicherheitsmänner erfolgt.

Kleines feuilleton.

Die genähte Lunge. Die moderne Chirurgie macht auch vor den zartesten Körperteilen, die früher als ein Nährmichstian für das Messer galten, nicht mehr Halt, und sowohl das Herz wie die Lunge sind in neuester Zeit mehrfach der Gegenstand von Operationen gewesen.

Theater.

Freie Volkstheater (Thalia-Theater): „Hans Hudebein“ von Oscar Blumenthal und Gustav Kadelburg. Man merkt dem einst jubelnd belächelten und mit goldenen Tantiemen beschwerten Schwan doch sein Duzend Jahre an, die er nun schon auf dem Buckel hat.

Musik.

In Bonn, dem „Vahrnth der Kammermusik“, wie es sich anmahnen zu nennen beliebt, hat in den Tagen vom 16. bis zum 20. Mai wieder ein Kammermusikfest, das neunte seit Bestehen des Beethovenhauses, stattgefunden und eine Schar ehrlücher Musik-

irdisch beschäftigten Arbeiter zugleich als Arbeiterausschussmitglieder gewählt werden.

Abg. Reinert (Soz.):

Dieser Paragraph ist durch die Konserverativen in der Kommission verschlechtert worden. Die Arbeiterausschüsse sollen danach nicht mehr, wie nach der Regierungsvorlage, durch direkte Wahl der Arbeiter gewählt werden, sondern indirekt durch die Sicherheitsmänner.

in die Waren hineinkalkuliert,

sie bedeuten absolute keine Belastung der Arbeitgeber, und das Geschrei, das darüber gemacht wird, ist nicht soviel wert, daß man darüber spricht. Sehen Sie, wenn Sie unter sich sind, sprechen Sie ganz anders über die Lasten der Sozialpolitik, aber nach außen stellen Sie es so hin, als wenn die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie leidet unter der angeblich zu hoch gespannten Sozialpolitik.

Der Antrag Wolff-Bissa wird angenommen; der Antrag Reinert abgelehnt.

§ 80 id bestimmt, daß die Sicherheitsmänner ihre Steigerabteilungen einmal im Monat zu befehren haben in Begleitung eines Aufsichtsbeamten. Falls die Mehrheit der Sicherheitsmänner oder des Arbeiterausschusses weitere Befahrungen aus besonderen Gründen für notwendig hält, so ist der Sicherheitsmann verpflichtet, sie vorzunehmen.

Abg. Imbusch (B.) begründet einen Antrag des Zentrums, wonach die regelmäßige Befahrung dreimal im Monat zu erfolgen hat und der Einpruch der Betriebsverwaltung gegen weitere für notwendig gehaltene Befahrungen beseitigt werden soll.

Abg. Reinert (Soz.):

Wir beantragen, daß die Befahrung der Grube durch den Sicherheitsmann nicht einmal im Monat, sondern einmal in der Woche erfolgt. Auch diese Forderung wird nicht nur von sozialdemokratischen Arbeitern, sondern auch von christlichen Organisationen bezweckt. Lebhaftes Bedenken haben wir dagegen, daß die Befahrung immer in Begleitung eines Aufsichtsbeamten erfolgen soll, und beantragen daher, daß die Aufsichtsbeamten nur mitgehen auf Erfordern des Sicherheitsmannes.

enthusiastisch in den geräumigen und doch unendlich intimen Saal der verspränklig ganz schlichten Holzhalle gelockt, die den Ransen Beethoven geweiht ist. Was diese Donner Kammermusikfeste vor den meisten anderen deutschen Musikabermärkten auszeichnet, ist ihr wirklich edel feierlicher Charakter.

Ein echter Wienerischer Schubertabend ward zwar nicht, den uns das Petri-Quartett im dritten Konzert besetzte, aber willige Verkennung in die holde Gemütslichkeit des Liebermeisters sprach doch aus der Interpretation des wundervollen Andante-capriccio aus dem D-moll-Quartett, wo Schubert über sein Lieb „Der Tod und das Mädchen“ so unendlich zarte Variationen erkand.

Bemerkungen zu den Eintragungen des Sicherheitsmannes zu machen. In der Kommission hat man sogar gesagt, der Sicherheitsmann müsse beauftragt werden bei der Eintragung, damit er nicht Unsinne einträgt. (Hört! hört!) Nachdem Sie so scharfe Bestimmungen für die Auswahl der Sicherheitsmänner getroffen haben, ist es geradezu

eine Beleidigung für die Arbeiter,

wenn eine solche Vermutung ausgesprochen wird. (Sehr richtig!) Die von uns beantragten Bestimmungen sind übrigens in Frankreich durchgeführt, wie auch die weiter von uns gewünschte Bestimmung, daß die Jahrbücher in einem der Belegschaft jederzeit zugänglichen Raum zur Einsicht für die Belegschaft und die Bergverwalter aufzulegen sind.

Abg. Reinert (Soz.) befürwortet einen Antrag, wonach der Betriebsbesitzer die Neuwahl beantragen muß, wenn der Arbeiterausschuss oder die Mehrheit der Belegschaft der in Frage kommenden Steiger- bzw. Jahrabteilung sie verlangt oder das Oberbergamt die Neuwahl anordnet.

§ 80 id bestimmt, daß, wenn die Wahl nach Steigerabteilungen ungewöhnlich erscheint, das Oberbergamt genehmigen kann, daß die Wahl nach Jahrabteilungen erfolgen kann.

Abg. Reinert (Soz.) bittet um Annahme eines Antrages, wonach zur Vornahme der Wahl nach Jahrabteilungen und der Einteilung eines Bergwerks in Jahrabteilungen die Zustimmung des Arbeiterausschusses notwendig ist.

§ 80 id bestimmt, in welchen Fällen dem Sicherheitsmann während seiner Wahlperiode das Arbeitsverhältnis durch den Betriebsbesitzer gekündigt werden kann.

Abg. Reinert (Soz.) bittet um Annahme eines Antrages, wonach zur Vornahme der Wahl nach Jahrabteilungen und der Einteilung eines Bergwerks in Jahrabteilungen die Zustimmung des Arbeiterausschusses notwendig ist.

§ 80 id bestimmt, in welchen Fällen dem Sicherheitsmann während seiner Wahlperiode das Arbeitsverhältnis durch den Betriebsbesitzer gekündigt werden kann.

Die Abgeordneten Grunenberg (B.) und Korsantj (Pole) befürworten die Streichung der Ziffer 4.

Abg. Reinert (Soz.):

Wir halten auch die Ziffer 3 für sehr lauschbar und beantragen daher, hinter „Sicherheitsmann“ einzufügen: „während der Ausübung seines Dienstes in der Grube“. Die Ziffer 4 ist durch die Rechte in der Kommission in diesen Paragraphen eingefügt. Ja man behauptet, diese Bestimmung bedeute für den Sicherheitsmann eine Sicherung seiner Rechte.

Humor und Satire.

Der kostbare Gut. „Ede, Dein Gut wird immer jediejeher! Den kannst du nächstens für viele Feld an 'n Museum ver-tuofen!“

Neues von Serenissimus. Serenissimus wird krank. Der Oberhofseidmedikus kann nichts finden, drummt ein paar lateinische Worte und meint schließlich, es sei wohl so was ähnliches wie die Malaria.

(Unberföhren) Dienstmäddchen (als die Madame am „Ersten“ das zerbrochene Geschloß berechnet): „Nach Ihrer Rechnung kriegte ich diesen Monat also nur noch zwei Mark heraus?“

Notizen

— Wilhelm Engelmann, Professor der Physiologie an der Berliner Universität und seit 1897 Nachfolger Dubois-Reymonds, ist — nicht ganz 66 Jahre alt — gestorben.

— George Merediths Asche sollte im Pantheon der Westminster-Abtei beigesetzt werden, der Dekan der Kirche aber verweigerte den Resten des Dichters die Aufnahme.

Weiter folgendes bestimmen: Wendet sich der Sicherheitsmann oder die Mehrheit der Belegschaft der in Frage kommenden Steiger- bzw. Jahrsabteilung beschwerdeführend an das Oberbergamt, und erachtet dieses die Entlassung für ungerichtlich, so hat es die Wiedereinstellung des Sicherheitsmannes zu verfügen. Die Wiedereinstellung ist gleichfalls zu verfügen, wenn durch Urteil des Vergewerkegerichts die Entlassung eines Sicherheitsmannes für ungerichtlich erklärt wird. Nur dadurch kann verhindert werden, daß die Sicherheitsmänner auf die schwarze Liste kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Flesch (fr. Sp.) verweist darauf, daß die Bestimmung darüber, was ein wichtiger Grund ist, nicht der Vergewerkebesitzer, sondern schließlich das Gericht trifft. Freilich sei zuzugeben, daß das Vertrauen der Bergarbeiter gegen die Bergherren sich auch auf die Gerichte erstreckt, da die Vorstehenden der Vergewerke nach Ansicht der Arbeiter vielfach mit den Bergherren zu nahe liiert wären.

In der Abstimmung werden alle Anträge abgelehnt, § 80c unverändert angenommen.

Nach debattierender Annahme einer Reihe weiterer Paragraphen Begründet

Abg. Flesch (fr. Sp.) die Einfügung eines neuen Paragraphen, wonach den Werkbesitzern unterlagt sein soll, die Anwendung der soeben beschlossenen Bestimmungen zum Nachteil der Arbeiter durch Verträge (mittels Reglement, Arbeitsordnung oder besonderer Uebereinkunft) auszuschließen, oder die Arbeiter in der Uebnahme oder Ausübung eines in Gemäßheit dieser Bestimmungen ihnen übertragenen Ehrenamtes zu beschranken. Bei Verstößen gegen diese Bestimmungen sollen die Werkbesitzer oder deren Angestellte mit Geldstrafen bis zu 300 M. oder mit Haft bestraft werden. Eine entsprechende Bestimmung finde sich auch im Invalidenversicherungsgesetz.

Nachdem sich die Abgeordneten Goebel (Z.) und Korfanth (Pole) mit dem Antrage einverstanden erklärt haben, schließt die Debatte.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen abgelehnt.

§ 90a bestimmt, daß die technischen Angestellten im Falle der Krankheit ihren Anspruch auf Gehalt und Unterhalt auf die Dauer von 8 Wochen behalten, daß der Arbeitgeber sich aber den Betrag anrechnen lassen muß, den er für diese Zeit auf Grund der gesetzlichen Krankenversicherung zu beanspruchen hat.

Abg. Brust (Z.) tritt dafür ein, daß in solchen Fällen nur die Hälfte des gesetzlichen Krankengeldes anzurechnen ist.

Abg. Reinert (Soz.):

Wir beantragen, die Anrechnung des gesetzlichen Krankengeldes ganz zu beseitigen. Es bedeutet diese Bestimmung eine Benachteiligung gerade der schlechter entlohnten technischen Angestellten, denn die technischen Angestellten mit 2000 M. Gehalt und darüber sind nicht zur Krankenversicherung verpflichtet, ihnen kann also der Betrag einer eventuell freiwilligen Krankenversicherung nicht abgezogen werden. Das ist vor einiger Zeit auch von einem Gericht in Bochum festgestellt worden, daß die Anrechnung des Krankengeldes bei einem Steiger, der über 2000 M. Gehalt hatte, für unstatthaft erklärt hat.

Unter Ablehnung beider Anträge wird der § 90a unverändert angenommen.

§ 207b sieht die Strafen für Zuwiderhandlungen gegen bestimmte Paragraphen des Gesetzes vor.

Abg. Reinert (Soz.):

Wir beantragen, daß über diesen Paragraphen hinaus die Bestrafung des Unternehmers auch dann eintritt, wenn er dem Steiger nicht die vorgeschriebene Entschädigung bezahlt, wenn er den Arbeiterschuß nicht beruft, trotzdem ein Drittel der Mitglieder es verlangt, und wenn an den Beschlüssen des Arbeiterschußes über die Sicherheit der Grube nicht auch die Sicherheitsmänner teilnehmen. Endlich muß der Unternehmer auch dann bestraft werden, wenn er einen Sicherheitsmann ohne zwingenden Grund entläßt.

Abg. Brust (Z.): Wir können dem Herrn Vorredner nur insoweit zustimmen, als wir die Bestrafung des Unternehmers auch dann für geboten halten, wenn er den Arbeiterschuß den Bestimmungen des Gesetzes entgegen nicht beruft.

Die sozialdemokratischen Anträge werden hierauf abgelehnt.

Nach debattierender Annahme weiterer Paragraphen ist die zweite Beratung der Vergewerke-Novelle erledigt.

Ein Antrag Gylling (fr. Sp.) und Gen., die Regierung zu ersuchen, baldmöglichst eine gesetzliche Neuordnung des Privatwiderstandes, eventuell des privaten höheren Mädchenschulwesens, herbeizuführen, wird nach kurzer Debatte an die Untere Rechtskommission überwiesen.

Darauf bezieht sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr. (Zweite Lesung der Stempelsteuervorlage.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die direkten Steuern in der Finanzkommission.

Nach der langen, heftigen Debatte vom Mittwoch war die Kampfeslust einigermaßen geschwunden. Zunächst sollte das

Befristungskompromiß

beraten werden, das von den Einzelstaaten die Aufbringung von 100 Millionen für Rechnung des Reiches verlangt. Diese 100 Millionen sollten in Form von Zuschlägen zu den einzelstaatlichen Einkommens- und Vermögenssteuern erhoben werden. Die Debatte wurde eröffnet, es meldete sich niemand zum Wort. Sang- und Klanglos wurde das Befristungskompromiß durch einstimmige Ablehnung beseitigt.

Es folgte die Beratung des konservativen Antrages. Der erste Teil, die

Besteuerung der Wertpapiere,

wurde ohne Debatte mit 17 Stimmen angenommen. Die Sozialdemokraten (David, Geher und Studlen) enthielten sich der Abstimmung, weil die Tragweite dieser Steuer — mangels jeder Unterlagen — absolut noch nicht zu übersehen ist.

Die Konservativen hatten vorher verlangt, eine Bestimmung von großer Tragweite möglichst unauffällig in das Gesetz einzuschmuggeln. Sie hatten nämlich den Antrag gestellt, das Reich möge dafür sorgen, daß in den Einzelstaaten und den Gemeinden die Besteuerung der Aktiengesellschaften einheitlich geregelt werde. Das hätte nicht nur eine Beeinträchtigung der Finanzkraft der Einzelstaaten bedeutet, sondern auch einen Vorzug speziell für die Aktiengesellschaften. Abg. David machte den Vorschlag, das Wort „Aktiengesellschaften“ zu streichen, damit komme man dann zu einer Regelung des Steuerwirtschens. — Schließlich wurde der Antrag zurückgezogen.

Bei der Abstimmung über den Antrag auf Einführung der Reichsumsatzsteuer für Grundstücke wurde der von den Konservativen vorgeschlagene Satz von 1/2 Proz. durch den Antrag Böhmke (Wirtschaftliche Vereinigung). Nach diesem Antrage bleiben von der Umsatzsteuer befreit: Grundstücke im Werte von 20 000 M. Von dieser Grenze ab steigt die Steuer stufenweise von ein Zehntel Prozent bei 40 000 M. auf 1 Proz. bei 300 000 M. und darüber. Der Antrag wurde nur als Provisorium betrachtet, das in einer weiteren Lesung geändert werden soll. — Vorher hatte Abg. Dr. Sieber (nat.) darauf hingewiesen, daß diese Umsatzsteuer die kleinen Landwirte weit härter treffe als die Erbschaftsteuer, eine Behauptung, der Abg. Herold (Z.) mit mehr Eifer als Wisdud entgegentrat.

Der § 4 des konservativen Antrages sieht die

Wertzuwachssteuer

vor, die nicht nur Verkäufe, sondern auch Kaufverträge treffen soll. Diese Steuer setzt ein mit einem Steuersatz von 10 Proz.

bei einer Wertsteigerung bis einschließlich 10 Proz. Bei je 10 Prozent weiterer Wertsteigerung steigt die Steuer um 1 Proz.; sie erreicht bei einer Wertsteigerung von 150 Proz. 25 Proz. Diese Sätze werden erhoben, wenn seit dem letzten Verkauf des Grundstückes nicht mehr als fünf Jahre verflossen sind. Beträgt dieser Zeitraum 10 Jahre, so werden neun Zehntel, beträgt er 25 Jahre, so werden nur fünf Zehntel der vorgeschlagenen Sätze erhoben. Die Steuer wird nicht erhoben bei Zwangsversteigerungen, wenn der Käufer das Grundstück steigern mußte, um sich vor Schaden zu bewahren; bei Zusammenlegungen, bei freiwilligem Austausch von Grundstücken, wenn nicht mehr als 500 M. bar herausbezahlt werden; bei schenkweisen Veräußerungen zwischen Verwandten auf- und absteigender Linie; bei der Teilung zwischen Miteigentümern.

Die Leichtigkeit der ganzen Antragsausarbeitung ist, ergibt sich daraus, daß man beim Abschreiben des Kölner Ortstatutes auch die Vorschriften des preussischen Kommunalabgabengesetzes mit auf das Reichsgesetz anwenden wollte. Sogar das Verwaltungsstreitverfahren haben die Besizer und Kaufleute stehen lassen, obwohl das Reich eine solche Instanz gar nicht kennt! § 14 bestimmt, daß für den gebundenen Besitz (Hinterlassenschaft) alle 25 Jahre 1 Proz. des zu dem betreffenden Termine ermittelten gemeinen Wertes zu entrichten ist. Abgeordneter Erzberger: Gilt für die Berechnung des Wertzuwachses das Jahr 1884, so ist diese Steuer erstmalig 1909 zu entrichten. Sie würde bei 1 Proz. 500 Millionen Mark betragen. Unter kaiserlicher Herrschaft wurde festgestellt, daß damit die Reichsfinanzreform sofort zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst ist.

Die Konservativen sahen natürlich sofort ein, daß sie sich einen schlimmen Streich gespielt hatten, und sofort setzten auch die Abänderungsanträge ein. Schatzsekretär Sydow und Abg. Dr. David wiesen darauf hin, daß man auf diese Weise zu einer Reichsvermögenssteuer kommt. David betonte noch, daß man vom gebundenen Besitz ruhig zunächst einmal 500 Millionen Mark einziehen und ihn dann mit einer dauernden Abgabe belasten kann. Unter allen Umständen muß aber auch der Besitz des Landesherren zu der Steuer herangezogen werden.

Abg. Paasche findet den Gedanken, dem gebundenen Besitz eine einmalige Abgabe von 1 Proz. des Wertes aufzuerlegen, für sehr erwidrigend, dann muß aber auch der Besitz der toten Hand in der gleichen Weise belastet werden. — Das Zentrum lieh durch den Abgeordneten Erzberger sofort erklären, daß man auf der gegebenen Anregung nicht mehr beharre. — Abg. v. Camp wünscht: Freilassung der Landesherren, dagegen sollen die Seitenlinien zu der Steuer herangezogen werden.

Schließlich findet der Antrag Annahme, in der Erwartung natürlich, daß bis zur nächsten Lesung ein Ausweg sich bietet. — § 15 räumt den Bundesstaaten und den Gemeinden das Recht ein, zu der Umsatzsteuer des Reiches noch Zuschläge von 2 Proz. zu erheben.

Bei § 15 des Antrages entspinnt sich eine lange Debatte, in der die Bundesratsbevollmächtigten Lehdecker für Ufah-Lothringen, von Burkhard für Bayern und von Scherer für Baden schwere Bedenken gegen diesen Paragraphen äußern. Der bayerische Bundesratsbevollmächtigte stimmt darin mit dem badischen überein, daß der § 15 eine förmliche Umwälzung der Steuergesetzgebung in den Gemeinden mit sich brächte und warnt vor solchen Eingriffen in die Steuergesetzgebung der Einzelstaaten.

Das Zentrum erklärte: § 15 erschwere die Annahme des ganzen Gesetzes.

Nach weiterer Debatte werden dann alle Anträge zu § 15 und dieser selbst von den Antragstellern zurückgezogen.

Auch über § 16, der den Gemeinden 20 Proz. des Ertrages der Wertzuwachssteuer zuweist, entspann sich eine längere Debatte, die wiederum darlegt, wie wenig sorgfältig der Antrag ausgearbeitet worden ist. Schließlich stellte Abg. Herold den Antrag, statt 20 Proz. 3 Proz. zu setzen. Das genügt für die Erhebung der Wertzuwachssteuer. Aber dieser Antrag wird abgelehnt. § 16 wird dann angenommen.

Ohne Debatte wird § 17, der den Schlusparagraphen, angenommen.

— Darauf wurde eine Gesamtbestimmung über den Artikel 3 vorgenommen. Dabei gab Genosse David folgende Erklärung ab:

Wir stimmen dem Entwurf unter dem Vorbehalt einer definitiven Stellungnahme zu, in der Voraussetzung, daß die Annahme des Entwurfes nicht präjudizierend ist für das Schicksal der Erbschaftsteuervorlage. Für den Fall, daß wir vor die Alternative gestellt werden, entweder den konservativen Antrag oder die Erbschaftsteuer, geben wir der Erbschaftsteuer den Vorzug.

Die nächste Sitzung findet am Sonnabend, den 22. Mai, morgens 9 Uhr statt. Tagesordnung: 1. Rest der heutigen Tagesordnung; 2. Schaumweinsteuergesetz; 3. Frauenteuergesetz.

In einer Geschäftsordnungsdebatte hob Abg. Geher hervor, daß sich die Parteien ja geeinigt hätten, nicht eher die indirekten Steuern der zweiten Lesung zu unterziehen, bis die Erbschaftsteuervorwürfe der Regierung vorlägen.

Aber der Beschluß lautete wie vorstehend.

Soziales.

Unterliegen Arbeiterskretäre den für Rechtskonsulenten geltenden Vorschriften?

Diese wiederholt von uns erörterte und unseres Erachtens zweifellos zu verneinende Frage unterlag am Montag der Prüfung des Kammergerichts.

In Schweidnitz hat das Gewerkschaftsamt ein Rechtskulturbureau seit dem Jahre 1903, wo für organisierte und unorganisierte Arbeiter Auskünfte in ihren Angelegenheiten erteilt und für sie Schriftstücke an Behörden angefertigt werden. Als Verwalter des Bureaus funktionierte seit dem Juni 1907 der Genosse Werke. Die Organisten haben für die Anfertigung von solchen Schriftstücken nichts zu entrichten. Nichtmitglieder dagegen 25 bis 50 Pf. Ueber die Höhe der Gebühren befindet der Verwalter selbständig. Sie fließen ohne Abzug in die Kasse des Gewerkschaftsamtells und der Verwalter hatte vierteljährlich darüber Rechnung zu legen. Für seine ganze Verwaltung (Ausfunterteilung und Anfertigung von Schriftstücken) erhielt Werke aus der Kasse des Gewerkschaftsamtells eine vierteljährliche Entschädigung von 10 M. Im August 1908 hatte Werke für einen nichtorganisierten Mann eine Anzeige angefertigt und diese an die Behörde abgehandelt. Auf Verlangen erhielt er 30 Pf. für die Kartellkasse. Dieser Vorkauf wurde zum Anlaß eines Strafverfahrens gegen Werke, weil er die Vorschriften der Gewerbeordnung über die sogenannten Rechtskonsulenten nicht beachtet habe. Das Landgericht Schweidnitz verurteilte ihn auch zu der niedrigsten Geldstrafe von 1 M. Es nahm erstens eine Uebersetzung der Vorschrift des § 35 an, wonach der Behörde davon Anzeige zu machen ist, wenn jemand die gewerbsmäßige Versorgung fremder Rechtsangelegenheiten und bei Behörden wahrnehmender Geschäfte beginnt, insbesondere die Abfassung der darauf bezüglichen Schriftstücke. (Daselbe trifft zu auf die gewerbsmäßige Ausfunterteilung über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten.) Zweitens wurde ihm zur Last gelegt die Nichtbeachtung der Ministerialvorschriften vom 28. November 1901, die auf Grund des § 38 der Gewerbeordnung für derartige Gewerbetreibende hinsichtlich der Aufzeichnung, Kenntlichmachung ihrer Schriftsätze usw. erlassen worden sind. Diese Vorschriften sollten in dem erwähnten Einzelfalle nicht beachtet worden sein. — Das Urteil sieht eine gewerbsmäßige Tätigkeit des Angeklagten im Sinne der angegebenen Vorschriften nur in dem entgeltlichen Anfertigen der Schriftsätze für Nichtmitglieder, die an Behörden gerichtet sind. Dazu wird im Urteil ausgeführt: Würde er von den Nichtmitgliedern auch nicht direkt bezahlt, so geschähe es doch indirekt durch die Kasse des Kartells als die Mittelperson aus diesen Zahlungen. Die Tätigkeit des Angeklagten für die Nichtmitglieder und deren Schriftsätze an die Behörden war eine sorgfältige, und sein Wille war auf Erwerb gerichtet, allerdings nicht unmittelbar auf den Erwerb des Entgelts für die anzufertigenden Schriftsätze, wohl aber mittelbar

auf Erwerb von Vermögensvorteilen aus dieser seiner Tätigkeit, die er ganz selbständig ausübte.

Der Angeklagte legte Revision ein, die Rechtsanwältin Wolsgang keine vor dem Kammergericht betrat. Er machte geltend, daß der Begriff der Gewerbsmäßigkeit verkannt sei. Als der § 35 Abs. 3 der Gewerbeordnung in seiner jetzigen Fassung vom Reichstage beraten worden sei, namentlich die Worte: „gewerbsmäßige Ausfunterteilung“, da habe der Abgeordnete Welbel den Antrag gestellt, die drei Worte zu streichen, weil er befürchte, daß die Arbeitersekretäre und ähnliche Institute davon Schwierigkeiten haben könnten. Der Staatssekretär Graf v. Posadowsky habe erwidert, daß Welbel die Begriffe „geschäftsmäßig“ und „gewerbsmäßig“ nicht genügend unterscheidet und habe dann hinzugefügt: „Wenn jemand geschäftsmäßig aus humanitären und sozialpolitischen Gründen solche Auskünfte erteilt, fällt er nicht unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung.“ Daraufhin sei der Antrag Welbel abgelehnt worden, was ohne diese Erklärung nicht geschehen wäre. Entsprechend der Aeußerung des Staatssekretärs habe auch der Justizminister in einer Verordnung an die Oberstaatsanwälte ausgeführt, daß die Angestellten gewerkschaftlicher Vereinigungen, welche gegen festes Gehalt in den Auskunftsstellen dieser Vereinigungen mit Erteilung von Rat in Rechtsangelegenheiten beschäftigt würden (Arbeitersekretäre), den Vorschriften der §§ 35 und 148 der Gewerbeordnung nicht unterlägen. In dem Erlaß sei auch gesagt, daß ein aus sozialpolitischen Gründen und ohne Absicht des Erwerbs stattfindender Betrieb der Auskunftsstelle auch seitens der Unternehmer ein gewerbsmäßiger nicht sei und daß, abgesehen davon, ein Gewerbebetrieb bei dem Angestellten schon deshalb nicht vorliege, weil dieser nicht selbständig für eigene Rechnung, sondern nur als Beamter der Vereinigung tätig sei. — Der Anwalt kam zu dem Schluß, daß eine gewerbsmäßige Versorgung der fraglichen Angelegenheiten im Sinne des § 35 nicht vorliege. Unerheblich wäre die Annahme einer geringen Schreibgebühr für die Kartellkasse. Es handele sich nur um eine gemeinnützige Unternehmung.

Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück, indem es ausführte: Im großen und ganzen könne sich der Senat den Ausführungen der Verteidigung anschließen. Die Gewerbsmäßigkeit wäre ausgeschlossen, wenn eine Vereinigung aus humanitären Gründen und nicht zum Zwecke des Erwerbs ein solches Bureau habe. Auf Freisprechung könne trotz dem heute nicht erkannt werden, weil die Feststellungen nicht erschöpfend seien. Wenn auch der Senat im allgemeinen wisse, wie die Dinge liegen, so müsse die Feststellung, wie es sich hier mit dem Kartell und seiner Auskunftsstelle verhalte, doch dem Landgericht überlassen werden. Vor allem müsse geprüft werden, ob das Kartell gewerbsmäßig die Auskunftsstelle betriebe. In einem solchen Falle wäre zwar Angestellter nicht angezeigepflichtig, würde aber nach § 151 der Gewerbeordnung für die Befolgung der Ministerialvorschriften vom 28. November 1901 haften, da das polizeiliche Vorschriften seien. Das Landgericht müsse sich somit nochmal mit der Sache befassen.

Lage der Lagerhalter in den Konsumvereinen.

Der kürzlich in Frankfurt a. M. tagenden Generalversammlung des Zentralverbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands unterbreitete der Vorstand des Verbandes eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Mitglieder im Jahre 1908. Von 481 ausgegebenen Fragebogen gingen 407 ein. Mit diesen wird über ebensoviele Vereine mit 2011 beschäftigten Personen berichtet. Davon sind 1706 Männer und 246 Frauen. Organisiert sind insgesamt 1700 Personen oder 87,51 Proz. Davon sind 1682 Lagerhalter und 18 Lagerhalterinnen.

Die Arbeitszeit in verschiedenen Betrieben ist oft eine ungewöhnlich lange. Von 1941 Betrieben haben 47 Angestellte eine Arbeitszeit von unter 60 Stunden, 886 eine solche von 61—70 Stunden, 1059 eine solche von 71—80 Stunden, 194 eine solche von 81—90 und 5 sogar eine Arbeitszeit von 91—96 Stunden. Die Gehaltsverhältnisse gestalteten sich folgendermaßen:

unter 80 M. Monatsgehalt hatten 109 Angestellte	
81—90	68
91—100	187
101—100	318
121—120	305
131—140	189
141—150	165
über 150	507

Größtenteils werden die Gehälter von unter 80 M. von Frauen bezogen. Trotzdem sind auch Fälle angeführt, wo Lagerhalter mit 69 und gar 67 M. Monatsgehalt angestellt sind bei 300 und 600 M. Kautions ohne freie Wohnung und sonstige Vergünstigungen.

Von 1902 Angestellten sind 81 von der Stellung einer Kautions befreit, während von den übrigen 1821 Angestellten die Summe von 1224700 M. aufgebracht wird. Die Höhe der Kautions bewegt sich zwischen 200—3000 M. Wenn man die oben angeführten Gehälter in Betracht zieht, ergibt sich, daß in vielen Fällen das Gehalt in gar keinem Verhältnis zu den zu hinterlegenden Kautions steht.

Aus den Feststellungen über die Umsatzhöhe in den einzelnen Geschäften resp. Verkaufsstellen geht hervor, daß an die Arbeitskraft des einzelnen oft sehr große Anforderungen gestellt werden. In vielen Fällen ist der Lagerhalter gezwungen, seine Familie zu Hilfe zu nehmen, zum Teil ohne Bezahlung derselben. Nach der Statistik wurde die Mithilfe der Frauen in 497 Fällen festgestellt. Von diesen 497 erhielten 179 eine Bezahlung, 318 wurden nicht bezahlt, 132 erhielten freie Wohnung, 50 bekamen einen Wohnungszuschuß, 15 freie Heizung und 7 freies Licht. — Schulpflichtige Kinder sind 7mal beschäftigt. Im meiste kommen die Klagen aber aus den Vereinen, welche die Genossenschaftsidee so auffassen, möglichst hohe Dividende herauszuwirtschaften. Gerade bei diesen Vereinen herrschen in den meisten Fällen die schlechtesten Arbeitsverhältnisse. Dies zeigt eine statistische Gegenüberstellung der Gehälter und Dividenden.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Lagerhalter in den Konsumvereinen können demnach keineswegs als befriedigend und mit den Forderungen übereinstimmend bezeichnet werden, die die Arbeiter von jedem anspruchsvollen Geschäft mit Zug und Recht verlangen. Sache der Mitglieder der Konsumvereine ist es, auf Besserungen zu dringen. Diese können um so eher erreicht werden, je mehr klassenbewusste Arbeiter den Konsumvereinen beitreten. Mit der wachsenden Zahl der Mitglieder wächst die Leistungsfähigkeit in erster Reihe den Mitgliedern gegenüber, aber auch den Angestellten gegenüber. Während eine Reihe Konsumvereine musterhafte Anstellungsverhältnisse geschaffen haben, läßt ein erheblicher Teil noch recht viel zu wünschen übrig. So wenig beschränkt es auch ist, wenn die bürgerlichen Parteien den Arbeitern oder der Sozialdemokratie Vorwürfe darüber machen, daß in Konsumvereinen keine besseren Arbeitsverhältnisse bestehen, als in den bürgerlichen Erwerbsgeschäften, so berechtigt ist vom Standpunkt der Sozialdemokratie die Forderung, daß die Arbeiter die Konsumvereinsmitglieder zur Anerkennung des Arbeitsunwertes und besserer Lohnbedingungen veranlassen.

Arbeitsnachweisperr.

Ein angesehener Arbeitergeher scheint der Weizenbierbrauereibesitzer August Stadelmaier in Erding zu sein, wie aus folgender Aufschrift des städtischen Arbeitsamtes München an den Gewerkschaftsverein München zu ersehen ist. Das Schriftstück lautet: „Betreffs gemeindliche Arbeitsvermittlung. Dem Weizenbierbrauereibesitzer August Stadelmaier in Erding wurden schon öfters vom Arbeitsamte Freising und München männliche und weibliche Arbeitskräfte zugeführt. Nachdem derselbe die zugewiesenen Leute bisher in schikanöser Weise behandelt und wegen Diebstahls in Untersuchung auch schon gerichtlich abgeurteilt wurde, sah sich das Städtische Arbeitsamt Freising veranlaßt, an das Kgl. Bezirksamt Erding das Ersuchen zu stellen, über die Arbeiter- und Dienstverhältnisse in der Weizenbierbrauerei Stadelmaier in unaufrichtiger vertraulicher Weise Erhebungen pflegen zu lassen. Auf Grund der von der

Gewerliche-Hauptkassation Erding untern 28. 3. gepflogenen Verhandlungen wurde seitens des Arbeitsamtes Freising über v. Stadelmaier die Vermittlungssperre verhängt. In dem wir hiervon Kenntnis geben, billigen wir das Vorgehen des Arbeitsamtes Freising im Interesse und Ansehen der gemeindlichen Arbeitsnachweise.

Das Vorgehen der hiesigen Arbeitsämter Freising und München (als Hauptarbeitsvermittlungsstelle des Regierungsbezirk Oberbayern) ist nur zu begrüßen. Es wäre zu wünschen, daß andere Arbeitsämter in ähnlichen Fällen genau so verfahren würden. Der Unterführung der Arbeiter dürften sie sicher sein. In München wäre auch, wenn eine solche Maßregel jenen Dienstherren gegenüber angewendet würde, die ihre Dienstboten ebenso unmenslich behandeln, wie der v. Stadelmaier in Erding.

Unternehmerterrorisimus gegen Unternehmer.

Zurzeit streifen in Hamburg die in den kleineren Betrieben beschäftigten Stellmachergehilfen. Einige Arbeitgeber haben die paar Pfennige Lohnminderung bewilligt. Das hat den Horn der Schärfe mildernd entflammt. Gegen diese vernünftigen Arbeitgeber wird mit allen Mitteln des Terrors zu Felde gezogen, wird mit Verurteilung und sofort vorgegangen und ihnen alle Nebel in Aussicht gestellt, die, von Arbeitern begangen, mit Gefängnis geahndet werden. Geradezu ein Musterfall für die Anwendung des § 153 der G.-O. ist zur Kenntnis des Vorstandes des Holzarbeiterverbandes gelangt. Zu den geregelt Betrieben gehört auch die Wagengfabrik von W., die schon vor dem Streik einige Pfennige mehr bezahlte, als der damals geltende Tarif stipulierte. In diesem in Hamburg wohnenden Arbeitgeber kam in höchst eigener Person der Altonaer Obermeister und Stadtverordnete Ruppert, um ihm das Verwerfliche seines Tuns vorzuhalten. Dabei blieb er aber nicht, sondern dem „Sünder“ wurde auch der Boykott seiner auch nach dem Inlande gehenden Erzeugnisse angedroht, falls er nicht den Lohn hinabdrücke. W. wies dieses Ansinnen zurück und wartet der Dinge, die da kommen sollen. Die Staatsanwaltschaft von Hamburg wird voraussichtlich nicht solange warten, bis der Boykott einsetzt, sondern den Androhung dieses Übels aus dem genannten Paragraphen beim Widel nehmen. Denn alle Vorurteile für dessen Anwendbarkeit liegen hier vor. Herr Obermeister und Stadtverordnete Ruppert wird dann ebenso wie unser Berliner Obermeister Schmidt in Erfahrung bringen, daß auch in Hamburg der § 153 der G.-O. keine Ausnahmebestimmung gegen Arbeiter ist. Der typische Fall von Unternehmerterror ist der Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung unterbreitet.

Haus Industrie und Handel.

Verfälschung der Lebenshaltung.

Nach der Statistik der gewerblichen Schlächtungen ging der Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung im ersten Vierteljahre um etwas mehr als ein halbes Pfund gegenüber dem nämlichen Zeitraum des Jahres 1908 zurück.

Der Konsum von Schweinefleisch allein sank um beinahe ein Pfund pro Kopf der Bevölkerung oder um zwei Kilogramm pro Familie. Stellte sich die Gesamterzeugung mit Schweinefleisch im ersten Quartal 1908 auf 353,96 Millionen Kilogramm, so sank sie im ersten Quartal dieses Jahres auf 328,27 Millionen.

In der Stadt Berlin fiel der Konsum von 12,05 Kilogramm im ersten Quartal 1908 auf 10,49 im laufenden Jahre; diese Abnahme entspricht einer Einschränkung von 6,24 Kilogramm pro vierköpfige Familie, der Verbrauch blieb sogar hinter der Vergleichszeit 1907 mit 11,29 Kilogramm noch erheblich zurück. Im Königreich Sachsen, in den Rheinlanden, in Westfalen, dann aber auch noch in Hessen-Nassau ging die Abnahme des Schweinefleischkonsums gleichfalls über den Reichsdurchschnitt hinaus.

Aber die Fleischrationen sind nicht nur kleiner, sondern auch teurer geworden. Für das nämliche Geld erhielt man im ersten Vierteljahre dieses Jahres um zirka 20 Proz. weniger Schweinefleisch als im Vorjahre. Es ist danach anzunehmen, daß breite Schichten der Bevölkerung, die sich einschränken mußten, zwar die Fleischration nicht verminderten, dafür aber andere Bedürfnisse nicht oder weniger als bisher befriedigen konnten; vor allem ist an geringere Ausgaben für Wohnung, Kleidung und Vergnügungen zu denken.

Bankentätigkeit.

Die modernen Großbanken sind bereits so mächtig geworden, daß es wohl kein nennenswertes Industrieunternehmen auf der ganzen Erde gibt, in dem sie nicht direkt oder indirekt Einfluß ausüben. Zu den größten der Großen zählt die Deutsche Bank. Welch gewaltige Kapitalien dieses Institut umfasst, sei an seinen Beteiligungen an Gründungen, Anleihen usw. illustriert, die es allein im Monat April dieses Jahres durchführte. Die Deutsche Bank war beteiligt bei der Gründung der Hannoverischen Kolonialbank und Moorverwertungs-Ges. m. b. H. — Kapital 2 Millionen Mark —, bei der Durchführung der Kapitalerhöhung um 3 Millionen Mark bei der Steintiner Chamottefabrik Dieder, bei der Gründung der Leuz-Werke G. m. b. H. — Kapital 0,8 Millionen Mark —, und bei der Gründung einer russischen Verkehrsgesellschaft mit 8 Millionen Rubel. Sodann übernahm sie, zum Teil mit anderen Instituten zusammen, 6 Millionen Mark Aktien der Württembergischen Bankanstalt (die Beteiligung an das Konsortium beträgt 1,2 Millionen), ferner 1,5 Mill. Mark Aktien der Adler Portland Zementfabrik, 18 Mill. Dollar General Lien Bonds der St. Louis und San Francisco Rch., 3 Millionen Mark Prioritäten der deutschen Lebzeltindustrie, 1,5 Millionen Mark der deutschen Wabod und Witzog Werke, 3 Millionen Pfund Sterling Anleihe der Stadt Buenos Aires und 1,4 Millionen Mark Aktien der Anhaltischen Kohlenwerke. Die Deutsche Bank führte sodann 8 Millionen Mark Aktien der Hirsch, Kupfer- und Messingwerke an der Berliner Wäre ein, legte 8 Millionen Mark Anleihe der Gewerkschaft Eintracht Tiefbau zur Zeichnung auf, ferner 4 Millionen der Gewerkschaft Glashütten-Sondershausen. Dazu kommt die Tätigkeit der Zulassungsgesellschaft zum Vorkaufhandel, wobei selbstverständlich die Bank, die dann das einführende Institut ist, Millionengewinne einheimt. Im April erreichte die Deutsche Bank die folgenden Zulassungen: 1,5 Millionen Mark Anleihe der Stadt Erding, 5 Millionen Obligationen der A.-G. für Antiminfabrikation, 4 Millionen Mark Obligationen der Gewerkschaft Glashütten, 5 Mill. Mark Aktien des Elzever Bankvereins, 8 Millionen Mark Reichsbankaktien, 7 Millionen Mark Bergmannaktien, 6 Millionen Mark Handelsbriefe der Meiningen Hypothekbank und 40 Millionen Mark Handelsbriefe der preussischen Hypothekbank. Dies ist die Arbeit des Mutterinstitutes. Wie viele Transaktionen im Monat April die offenen und geheimen Tochterinstitute durchgeführt haben, läßt sich überhaupt nicht feststellen. Selbstverständlich hat die Deutsche Bank im Monat April auch weiteren Einfluß auf andere Gesellschaften gewonnen. Ihre Interessengruppe verfügte in der Generalversammlung der Domernardbahn über 4 1/2 Millionen Mark Aktien, ein Direktor trat in den Aufsichtsrat der Gebr. Hahn, A.-G. Birmensfeld ein, ein anderer Direktor in den Aufsichtsrat der Firma Gebr. Seyl, A.-G. So hatte die Deutsche Bank auf Werte in der Höhe von Hunderten von Millionen Einfluß.

Geschäftsergebnisse in der heimischen Industrie.

Seit Januar haben insgesamt 63 heimische Fabriken über das mit dem 31. Dezember zu Ende gegangene Geschäftsjahr berichtet. Diese 63 Aktiengesellschaften repräsentierten zusammen ein Aktienkapital von 298,40 Millionen Mark. Ihr Reingewinn betrug abzüglich der Verluste insgesamt 70,41 Millionen Mark gegen 73,42 Millionen im Jahre 1907. Die Abschreibungen stellten sich auf 19,05 Millionen Mark gegen 18,62 Millionen im Vorjahre. Während der Gewinn einen Rückgang erfahren hat, sind die Abschreibungen gewachsen. Die Dividende war nicht für alle 63 Gesellschaften zu

ermittelt; sie läßt sich nur bei 67 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 286,49 Millionen Mark mit der vorjährigen vergleichen. Bei diesen Gesellschaften stellte sie sich insgesamt auf 47,15 Millionen Mark gegen 49,00 Millionen im Vorjahre. Es ergibt sich also eine Durchschnittsbewertung von 16,5 Proz., während sie für 1907 17,1 Proz. betragen hatte.

Deutscher Außenhandel im April 1909.

Nach dem vom kaiserlichen Statistischen Amte herausgegebenen Aprilhefte der Monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands betrug im April d. J.:

1. Die Einfuhr 5 008 001 Tonnen, ferner 124 082 Stück (112042 Uhren, 11 797 Pferde usw.).

2. Die Ausfuhr 3 786 203 Tonnen, ferner 20 663 Stück (19 978 Uhren, 480 Pferde usw.).

In den vier Monaten Januar bis April d. J. erreichte die Einfuhr 10 064 898 Tonnen, ferner 461 824 Stück (412 817 Uhren, 47 199 Pferde usw.) gegen 17 927 004 Tonnen und 516 508 Stück (467 724 Uhren, 47 378 Pferde usw.) im Vorjahre.

In der gleichen Zeit erreichte die Ausfuhr 14 358 032 Tonnen gegen 14 118 376 im Vorjahre, ferner 112 306 gegen 139 748 Stück.

Vom amerikanischen Zolltarif.

Von der Art und Weise, wie der neue Schutzolltarif in den Vereinigten Staaten vorbereitet worden ist, machte Minister James G. Parsons, der Sekretär des freihändlerischen Komitees, interessante Mitteilungen. Sie bezogen sich in der Hauptsache auf die in dem Entwurf beschnittene sehr stark erhöhte Zollsätze auf Handschuhe und Strümpfe. Diese Sätze sind, wie er ausführte, direkt zugunsten eines großen Handschuhfabrikanten namens Littauer eingeführt worden. Er legte im einzelnen aus:

Cannon (das ist der Sprecher des Kongresses) und Wahne gewählten Herrn Littauer und den mit ihm verbundenen Handschuhfabrikanten umgehender erhöhte Zollsätze auf Frauen- und Kinderhandschuhe, und zwar als Zeichen ihrer politischen Ergebenheit. Littauer hat Cannon nachdrücklich unterstützt in dem Feldzug für seine Wiederwahl als Sprecher und in seinem Kampf gegen gewisse republikanische Opponenten. Dafür gibt Cannon Herrn Littauer ein Privileg, das ihm zu seinem großen Reichtum weitere Millionen zuführt, nicht aus den Taschen des Herrn Cannon, sondern aus denen des Volkes. Diese Steigerung des Littauer'schen Reichtums würde aus den Taschen von Millionen arbeitender Mädchen und Frauen stammen, die schon jetzt einen harten Kampf um das Dasein führen, infolge der großen Steigerung der Kosten für die Lebenshaltung unter einem monopolistischen Regime. Aber der Fall des Herrn Littauer steht nicht vereinzelt da. Der Tarif ist voll von solchen Geschäften und Spitzbübereien. Im übrigen meinen die amerikanischen Tarifreformer, daß gerade der neue Tarif mit seinen unerhörten Sätzen auf die Dauer der Sache des Hochschutzes am meisten schaden werde.

Bei uns wird die Sache großzügiger gemacht: da geben die Großgrundbesitzer und Industriemonopolisten ihre Wunschzettel bei der Regierung ab, und die Sache klappt.

Kohlegewinnung in den Vereinigten Staaten.

Ueber die Kohlenproduktion der Vereinigten Staaten veröffentlicht das Departement des Innern in Washington folgende Tabelle:

Jahr	Total-Produktion	Total-Wert	Durchschnittspreis pro Tonne	Durchschnittliche Anzahl der Arbeiter	Durchschnittliche Anzahl der Angelegten
1890	157 770 063	176 804 573	1,12	216	318 204
1895	198 117 530	197 799 048	1,02	195	282 870
1900	260 684 027	308 688 164	1,14	219	448 581
1901	293 299 816	348 028 069	1,19	216	485 544
1902	301 500 439	307 032 069	1,22	197	515 197
1903	357 356 416	503 724 381	1,41	220	566 250
1904	351 816 398	444 571 021	1,26	203	599 698
1905	392 722 635	478 537 294	1,21	212	626 085
1906	414 157 278	513 079 800	1,24	209	640 780
1907	480 388 424	614 798 898	1,28	231	680 492

Die Arbeitsleistung ist also kolossal gestiegen, von 406 Tonnen pro Kopf im Jahre 1890 auf 706 Tonnen im Jahre 1907. Das kommt einer Steigerung um mehr als 42 Prozent gleich.

Australische Arbeitsverhältnisse.

Einem Konsulatsberichte entnehmen wir, daß das glänzende Bild großer Prosperität, welches Australien in den letzten drei Jahren darbot, sich im Vorjahre wesentlich veränderte hat. Die unerfreuliche Wendung wird auf vier Hauptursachen zurückgeführt: auf die Dürre, die in diesem wasserarmen Lande nichts Seltenes ist, die nordamerikanische Krise, den Sturz der Metallpreise und schließlich auf die Verschärfung des Konfliktes zwischen Arbeitern und Unternehmern. Der Kampf der Arbeiterunionen gegen die Unternehmer sei zu einem ständigen Wechsellied des wirtschaftlichen Lebens in Australien geworden. Insbesondere das vergangene Jahr habe eine Reihe großer Ausstände aufzuweisen gehabt, die empfindliche Störungen verursachten. Offenbar ziehen also auch die australischen Unternehmer den größeren Schaden dem kleineren Verzicht auf einen Teil ihres Profits vor. Die Arbeiterpartei wird auch angeklagt, daß sie sich der Einwanderung widersetze. Die unter der maßgebenden Mitwirkung der Labour Party entstandenen und überaus streng gehandhabten, weil von der letzteren kontrollierten Bundesgesetze ermöglichen es der Regierung, nicht nur jede Einwanderung von farbigen gänzlich auszuschließen, sondern auch jene von Weißen unter Umständen hinauszuhalten. Außerdem wird jedes Projekt zur Hebung der Einwanderung von der Arbeiterpartei mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf das energischste bekämpft. Die Labour Party erklärt, daß — solange auch nur ein Mitglied irgendeiner Union arbeitslos sei — jedem Einwanderer der Zutritt verweigert werden solle. Bisher ist der Widerstand der Arbeiterpartei in dieser Frage nicht überwunden worden.

Haus der Frauenbewegung.

Weibliche Arbeitskraft in der Industrie.

Die bereits durch die Berufszählung ausgewiesene auffällige Zunahme der weiblichen Arbeitskraft im Erwerbsleben findet interessante Beleuchtung im letzten Jahresbericht der preussischen Gewerbeinspektoren. Der Inspektor für den Regierungsbezirk Aachen äußert sich über die in seinem Bezirk zwar nur geringe und allmähliche Zunahme der Frauenarbeit dahin, daß es sich — abgesehen von ganz wenigen vereinzelten Fällen — nicht um eine „Verdrängung der Männerarbeit“, sondern um die Gewinnung von Arbeitskräften überhaupt handle, wie sie namentlich zur Zeit wirtschaftlichen Aufschwunges in Erscheinung trete. Ebenso wird aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden berichtet, daß zwei Großbetriebe der elektrischen Industrie, die infolge des stärker werdenden Wettbewerbes verschiedene Neuerstellungen aufgenommen, für leichtere Arbeiten Frauenkräfte herangezogen hätten. Auch hier ist nicht eine Verdrängung der Männerarbeit, sondern die Einführung von Frauenarbeit zu beobachten. Allerdings wird nebenbei bemerkt, daß — „um mit den bestehenden Fabriken konkurrieren zu können“ — die „billigere Frauenkraft“ nicht zu entbehren war.

Bei den verschiedenen Neugründungen, z. B. in einer Zigarettenfabrik, einer Zigarrenfabrik, einer Glühlampenfabrik und anderen Neugründungen in kleineren Städten und auf dem platten Lande, wurden zum Teil ausschließlich, zum großen Teil überwiegend weibliche Arbeitskräfte eingestellt.

Daß die Heranziehung der weiblichen, billigeren Arbeitskraft vielfach eine „Grundbedingung für die Entwicklungsmöglichkeit“

der Industrien sei, und daß der stetige Konkurrenzkampf auf Heranziehung der Frauen und Mädchen in größerem Maße hinwirke, berichten die Inspektoren aus verschiedenen Bezirken. So wird aus dem Regierungsbezirk Köln mitgeteilt:

„Das in der Konkurrenz begründete Bestreben, die Herstellungskosten des Fabrikats so niedrig wie möglich zu gestalten, drängt naturgemäß dazu, bei der Fabrikation neben anderen Maßnahmen besonders auf billige Arbeitskräfte zu setzen. Die im Vergleich zur Entlohnung der Männerarbeit wohlfeilere weibliche Arbeitskraft bietet ein willkommenes Mittel hierzu. Wo dem Unternehmer daher diese zur Verfügung steht, wird er sie in einem Umfange heranzuziehen bestrebt sein, wie es die Art der Fabrikation und die Rücksicht auf die Marktsituation seines Fabrikats nur irgendwie gestatten.“

Ermöglicht wurde die vermehrte Einstellung weiblicher Arbeitskräfte, zum Teil fast erforderlich, durch „technische, maschinelle Neuerungen“, die in einigen Betrieben direkt zu veränderten Fabrikationsmethoden, Arbeitsteilungen und neuen Arbeitsweisen führte. Besont. wird, daß in einigen Industriezweigen die eingetretene ausgedehnte Teilarbeit manche für Frauen besser geeignete, einfache Arbeitsvorgänge schuf, wobei die Arbeitskraft des Mannes nicht voll hätte ausgenutzt werden können.

So erklärte sich die vermehrte Einstellung weiblicher Arbeitskräfte besonders in der Metallindustrie, in der optischen Industrie, in Fabrikfabriken, Lampen-, Zellulose- und Spielwarenfabriken, ferner in Sträußenfabriken, in Anlagen zur Herstellung hauswirtschaftlicher Gegenstände aller Art, bei Herstellung phonographischer Plattensprechmaschinen und zwecks Bedienung maschinell oder mit der Hand betriebener Stangen und Pressen. In diesen Betrieben wird das Bohren, Löten, Polieren, Versilbern, Vernickeln usw., auch das Montieren kleiner Teile vielfach durch Arbeiterinnen ausgeführt. Man liest da: „Die Industrie ist fortgeschritten, wo es irgend angeht, die Massenherstellung einzuführen, eine immer weitergehende Arbeitsteilung auszubilden und in möglichst großem Umfange Spezialmaschinen zu verwenden.“ Die sich hierdurch ergebenden „mechanischen Zwischenarbeiten“ sollen besondere Geschicklichkeit (1) und eine leichte Hand erfordern (2), keine besonderen Vorkenntnisse benötigen, außerdem von gelehrten Arbeitern bezweigt und allem Anschein nach auch schlecht gelohnt werden.

Auch die Zigaretten- und die Zigarrenindustrie weisen eine vermehrte Einstellung weiblicher Arbeitskräfte auf. In den Zigaretten, wo von jeher beim Transport und Verladen, an der Presse und an den Trockengeräten Frauen beschäftigt wurden, ist die vermehrte Einstellung ebenfalls auf maschinelle Neuerungen zurückzuführen. Einige Gewerbeinspektoren beanstandeten diese Beschäftigung, weil zum Beispiel das viele Beugen und Wenden, das Auspressen des Körpers auf hohen Leitern stehend, für den Frauenorganismus, besonders für Schwangere außerordentlich schädlich sei.

Aber gerade in Zigaretten sind neben der Zigarrenindustrie die bedeutendsten Verschiebungen in bezug auf Zunahme von Frauenarbeit und Abnahme von Männerarbeit zu konstatieren. Wenn diese Verschiebungen in den Zigaretten auf verbesserte Einrichtungen zurückgeführt werden, auf die Vereinfachung des Betriebes durch produktivere Maschinen, wodurch die männliche Arbeitskraft entbehrlicher wurde, also der Auffassung der Verdrängung der Männerarbeit im eigentlichen Sinne nicht entspricht, so können die Verschiebungen in der Zigarettenindustrie und deren Ursachen doch wohl als mit Verdrängung der Männerarbeit identisch angesprochen werden. In der gesamten Zigaretten- und Zigarettenfabrikation werden Arbeiterinnen mehr und mehr bevorzugt, weil ihre „Geschicklichkeit und Fingerfertigkeit“ (1) sich als besonders nützlich und vorteilhaft erwiesen hat. In dieser Industrie hat tatsächlich die „gleiche Leistung bei viel geringeren Lohnansprüchen“ der Frauenarbeit die Männerarbeit verdrängt. Im starken Konkurrenzkampf erhält hier die „billige Frauenarbeit“ die Fabrikanten wettbewerbsfähig, lassen uns die Inspektoren wissen und verweisen damit Ursache und Wirkung. Im Bezirk Reichenbach in Sachsen zählte die Zigarettenindustrie 1904: 59 Männer, 187 Frauen, 1907: 45 Männer, 211 Frauen, 1908: 67 Männer, 278 Frauen. Eine besonders starke Verschiebung in der Zigarettenindustrie hat der Regierungsbezirk Appeln aufzuweisen. Es wurden hier beschäftigt:

Jahr	männliche Arbeiter	weibliche Arbeiter
1898	550	2488
1901	464	2846
1904	318	3874
1908	287	4780

Als äußeren Anlaß des starken Anwachsens weiblicher Arbeitskräfte in der Zigaretten- wie auch in der Zigarettenindustrie wird vielfach der Mangel männlicher Arbeitskräfte angegeben. Die Bevorzugung weiblicher Arbeitskräfte erklären jedoch einzelne Beamte ausdrücklich aus Gründen „größerer Bohnfähigkeit, Billigkeit usw.“ aus dem geringen Hang der Arbeiterinnen zum Alkohol und für willkürliche Feieschichten.“

Zum Teil hat durch die neuere Sozialgesetzgebung, durch die strengeren Schutzbestimmungen für die Frauen, die in einigen Betrieben zu Verstärkungen der Leiter wegen Zuwidervandlungen geführt haben, z. B. in Hall- und Dolomitbrüchen, die Beschäftigung von Arbeiterinnen abgenommen, wobei sich ein Uebergang zu anderen Erwerbszweigen vollzog. In Obersachsen sind die Arbeiterinnen durch Generationen hindurch an schwere Fabrikarbeit gewöhnt, die in anderen Teilen Deutschlands ausschließlich als Männerarbeit gilt. Viele Tausende von Arbeiterinnen waren und sind noch zum Teil auf Bauten und in Bergwerken, in Steinbrüchen, Zementfabriken und Hüttenwerken mit Transport- und Verladenarbeiten beschäftigt. Lediglich der billigeren Löhne wegen werden Arbeiterinnen auch bei Tiefbauten und Erdtransportarbeiten beschäftigt. Verschiedene Beschäftigungsarten, wobei die Unternehmer noch die billigere Frauenarbeit ausnutzen, werden von der Gewerbeaufsicht als für Frauen unzulässig oder gesundheitswidrig beanstandet — konnten aber, weil der Schutzgesetzgebung nicht unterliegend, weder zu Verstärkungen der Unternehmer, noch zu Abänderungen führen.

Unschreibbar und unaufhaltbar ist die Zunahme der weiblichen Arbeitskraft auf allen Gebieten industrieller und gewerblicher Tätigkeit. Damit erwachen der Sozialpolitik und ganz besonders der gewerkschaftlichen Arbeit neue und bedeutungsvolle Aufgaben.

Verfammlungen.

Der deutsche Holzarbeiterverband (Ortsverwaltung Berlin) hielt am Mittwoch im Gewerkschaftshaus eine Generalversammlung ab. — Die Abrechnung vom 1. Quartal zeigt in der Hauptkassette eine Gesamteinnahme von 138 784,95 M. und eine Gesamtausgabe von 138 786,90 M. An Arbeitslohnunterstützung wurden gezahlt 62 800,05 M. an Orte und 860,54 M. auf der Reise. Gezahlt wurden ferner aus der Hauptkassette an Streifenunterstützung 2000,10 M., an Krankenunterstützung 30 542,47 M., an Gemahrgeltemunterstützung 6287,30 M., an Unterführung in Sterbefällen 3252,50 M. — Die Hauptkassette übernahm in das neue Quartal einen Bestand von 58,06 M. — Die gebachten Unterstützungsnummern erschöpfen nicht die für Unterführungszwecke gemachten Ausgaben. Denn aus der Lokalkassette, die mit einer Gesamteinnahme von 200 446,24 M. und einer Gesamtausgabe von 154 203,84 M. rechnet, kommen hinzu 9788,60 M. Streifenunterstützung, 2449,40 M. Gemahrgeltemunterstützung, 41 909,10 M. Arbeitslohnunterstützung, 22 270,33 M. Krankenunterstützung und 14 387 M. Extraunterstützung an Ausgesteuerte. — In der Lokalkassette verblieb am Schluß des 1. Quartals ein Kassendbestand von 106 242,40 M. — An freiwilligen Beiträgen wurden 368,30 M. eingenommen. — Der Kassierer Metz gab einige Erläuterungen zu der Abrechnung.

Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende Th. Glöck. Die wichtigsten Vorgänge, mit denen sich die Verwaltungssitzungen und die Versammlungen der Organisation zu beschäftigen hatten,

Waren die Einführung der 8stündigen Arbeitszeit, die Frage der Beisepause, die Arbeitsnachweisdifferenz, die Agitation in Berlin, die Neuorganisation der Verwaltungsgeschäfte und das Delegierten-System. Der Redner hob hervor, daß man sich besonders eingehend mit der tarifmäßigen Einführung der 8stündigen Arbeitszeit beschäftigen mußte, wobei die Arbeitgeber verstanden, die Beisepause anzuerkennen. Es müsse ausgesprochen werden, daß in diesem Falle das Einigungsamt im Anfang versage. Das Einigungsamt hätte ohne weiteres erkennen müssen, daß die Verfügung an das Ende der Arbeitszeit fallen müsse. Erst in der dritten Sitzung hätte aber ein entsprechender Spruch herbeigeführt werden können. Nebenher sei die Differenz wegen des Arbeitsnachweises behandelt. Bezüglich dieser habe das Einigungsamt versagt, indem in der vierten Sitzung sich der Vorsitzende der Sitze enthielt. Erst nachträglich sei in einer Konferenz der Kuratoriumsmitglieder die Differenz erledigt worden. — Mit größerem Nachdruck sei auf den Austritt der Kollegen aus den gelben Vereinen hinzuwirken. Es werde mit den Siemens'schen Werken begonnen. Die Kollegen, die dort Fühlung haben und erfahren, wie die Dinge liegen, mögen davon auf dem Bureau Mitteilung machen. — Die Reichsfeier brachte 4000 Ausgesperrte und bis jetzt einen Unterstützungsaufwand von 33 000 M. In der letzten Woche waren noch 200 Reichsausgesperrte übrig, die unterstützt werden müssen. — Zum Schluß bemerkte Locke: Wenn auch ein erfreuliches Bild über Fortschritte im letzten Vierteljahr nicht habe aufgestellt werden können, so stehe doch fest, daß der Verband sich durch die Krise hindurchgearbeitet habe. Es seien Anzeichen vorhanden, daß die Krise im Gewerbe über den Höhepunkt hinaus sei. Von den Kollegen sei zu erwarten, daß sie, sobald die Geschäftskonjunktur sich hebt, auf ein Anschwellen der Mitgliederzahl hinwirken, damit man zu einer Organisation gelange, in der die Kollegenschaft geschlossen dem Unternehmertum gegenüberstehe.

Naah gab eine Uebersicht über die Differenzen und Streiks. Die Schlichtungskommission wurde im 1. Quartal 51mal an- gerufen. Verhandlungen der beiden Vertreter der Schlichtungs-

kommission fanden 60 bei 55 Firmen statt, ferner 13 Verhandlungen mit Sachverständigen. Sitzungen der Schlichtungskommission wurden im Gewerbegebiet drei abgehalten. — Wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen sind noch vier Betriebe gesperrt. Streng durchgeführt wird die Sperre der Nachweise der Gelben, wo Arbeitswillige vermittelbar werden.

Aus der Versammlung wurde gerügt, daß die Differenzen, die vor die Schlichtungskommission kommen, zu langsam zur Erledigung gelangen, indem die Arbeitgeber sie hinauszögern. Es mühten regelmäßige Sitzungen der Schlichtungskommission stattfinden. — Naah bemerkte dazu: Man habe keine Befugnis, vom Gewerbegericht die Festsetzung eines bestimmten Tages für Abhaltung einer Schlichtungskommission zu verlangen. Manchmal müsse eine festgesetzte Sitzung verlagert werden, weil der Gewerbeichter, der die Leitung zusagte, verhindert sei. Andererseits veranlaßten die Arbeitgeber einen Aufschub. Was seitens der Arbeitervertreter geschehen konnte, die Erledigung der anhängig gemachten Fälle zu fördern, sei geschehen.

Naah erstattete darauf den Bericht der Kontroll- und Agitationskommission. Es fanden zahlreiche Werkstattversammlungen statt, in denen insgesamt 17 268 Kollegen erschienen, wovon 15 548 organisiert waren.

Vom paritätischen Arbeitsnachweis berichtete Rechner. Einzeichnungen Arbeitsloser fanden im 1. Quartal 7298 statt, während 2544 Adressen eingingen und 2074 Stellen besetzt wurden. Zu Beginn des Jahres waren 4000 Arbeitslose zu verzeichnen. Die Zahl verminderte sich bis Ende März bis auf 2000. Im vorigen Jahr war Anfang Januar die gleiche Zahl wie zur selben Zeit in diesem Jahr eingeschrieben. Ende März 1908 waren es aber 1100 mehr als Ende März 1909. Heute sind 2200 Arbeitslose eingeschrieben; voriges Jahr um diese Zeit waren es aber noch 3500. Der Unterschied ist darauf zurückzuführen, daß viele nach auswärts abgereist sind, sich verschiedene eine andere Beschäftigung gesucht haben, aber auch darauf, daß im Vergleich zum vergangenen Jahr die Konjunktur sich etwas gebessert hat.

Wenn Arbeitgeber ihr Bedürfnis nicht auf dem Arbeitsnachweis bedenken, dann mügen die Kollegen es beim Nachweis melden. So solche Meldungen erfolgten, ist es gelungen, die Meister zur Benutzung des Arbeitsnachweises zu veranlassen.

Nach dem Bericht, den Späthe von der Arbeitsvermittlung des Verbandsbüros gab, liefen dort im 1. Quartal 347 Adressen ein, während 884 Arbeitsuchende sich in dem Zeitraum meldeten. Den Bibliotheksbericht erstattete Späthe ebenfalls.

Unter den vorliegenden Anträgen befinden sich verschiedene, die die Erhebung eines Extrabeitrags betreffen, darunter einer, der die obligatorische Erhebung eines Extrabeitrags von 25 Pf. pro Woche für die Dauer eines Vierteljahres verlangt. Unter Ablehnung dieses und anderer Anträge wurde beschlossen, die Delegierten zu verpflichten dafür zu agitieren, daß die schon jetzt erhobenen freiwilligen Extrabeiträge von 25 Pf. nach Kräften zugunsten der ausgesperrten Arbeitslosen weiter gezahlt werden. — Apyia begründete dann einen Antrag, eine Art Befehrsordnung herzustellen, die die Mitglieder in einem Festhalten zu dem Zwecke erhalten sollen, um sie u. a. bei Benutzung der Bibliothek zum systematischen Lesen anzuleiten. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, den Antrag der Ortsverwaltung zu überweisen, mit der Maßgabe, in der nächsten Delegiertenversammlung (Generalversammlung) eventuelle Vorschläge zu machen.

Die Beratung verschiedener anderer Anträge wurde abgelehnt und beschlossen, sie erst den Bezirksversammlungen (Mitgliederversammlungen) zur Beratung zu überweisen.

Wöchentliche Marktberichte der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft still, Preise unverändert. **Wid:** Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise nachgebend. **Geflügel:** Zufuhr mäßig, Geschäft sehr ruhig, Preise nachgebend. **Fische:** Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft lebhafter, Preise höher. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise fast unverändert.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
August Slodowitz
am 19. d. Mts. an Infarktu gelitten ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Staatlichen Gemeindefriedhofes in Scharfplatz bei Spandau aus statt.
Nege Beteiligung erwartet
117/9 Die Ortsverwaltung.

Invaliden - Unterstützungskasse d. Stein drucker u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 19. Mai verstorbenen Kupferdrucker
Rudolf Halbig
findet statt am Sonntag, den 23. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Jakob-Ringhofes, Rigdorf, Berliner Straße 2-3.
Das Komitee.

Allen Verwandten, Bekannten und Genossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und gute Mutter
Gertrud Krasel
geb. Pantel
in einem Anfall von Schwermut den Tod im Raggelsee gesucht und gefunden hat. 26848
Um stille Teilnahme bitte
Der trauernde Gatte
Georg Krasel nebst Tochter.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. Mai, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle in Friedrichshagen aus statt.

Dankjagung.
Für die uns bei dem Hinscheiden unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers **Theodor Manasse** in so reichem Maße bewiesene Teilnahme an der Beerdigung (sagen hiermit allen denen, die daran teilgenommen haben, besten Dank
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankjagung.
Für die überaus herliche Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Dr. Nag Schütte, dem Gesangsverein der Arbeiter, dem Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Berlin, Sektion der Gips- und Zementbranche, Berlin, Sektion der Fuhrer, Fuhrkolonne Kluger, dem Pflanzerverein „Rosa-Hoffnungsthal“ und dem sozialdemokratischen Arbeiterverein für den 5. Berliner Reichstagswahlkreis hierdurch unseren herzlichsten Dank.
Witwe G. Vahr nebst Kindern.

Dankjagung.
Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegervaters und Großvaters sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem sozialdemokratischen Arbeiterverein, als auch meinen Kollegen, sowie für die tröstlichen Worte des Genossen Konrad unseren herzlichsten Dank.
Witwe Karoline Herrmann nebst Kindern.

Dankjagung.
Für die herliche Teilnahme bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes, herzensguten Vaters, Schwiegervaters und Vaters sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten insbesondere dem Gesangsverein „Rosa“, sowie dem Genossen des 6. Wahlkreises und dem Staffkap Pempel unseren herzlichsten Dank.
Wwe. Berta Weinland.

Dankjagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Mutter
Frau Berta Wohlfahrt,
geb. Rühlmann
imigsten Dank.
G. u. H. Wohlfahrt nebst Frau.
Witw. Wohlfahrt.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt 62/19
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Am 19. Mai verstarb unser Mitglied, der Buchbinder
Richard Volkman
im 56. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. Mai, zwischen 1 und 2 Uhr auf dem Jagareth-Ringhof in Reinickendorf-West, Rigelfstr. 8, statt. 2815
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn und Bruder
Albert Butry
am 19. Mai nach kurzer, schwerer Krankheit im 41. Jahre verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 4 Uhr vom Kuzgalla-Mitrosia-Krankenhaus zu Friedenau, Rindensstraße aus nach dem neuen Schöneberger Friedhof „Sachsendamm“, General-Papestraße statt. 1533
Im Namen der Hinterbliebenen:
Marie Butry, geb. R a n t
Carl Butry.

Am 19. Mai verschied nach schwerem Leiden Herr
Albert Butry.
Der Verstorbene hat seit sechs Jahren als Beamter im Dienst der Kasse gestanden und vordem Jahre hindurch in ehrenamtlicher Stellung für dieselbe gewirkt. Wir dürfen ihm nachrühmen, daß er bei allen Arbeiten, welche ihm oblagen, eines Strebens und Erenne in seinem Beruf gezeigt hat.
Wir haben ihn geschätzt und verehrt in ihm einen lieben Mitarbeiter. Sein Andenken wird uns betrauert bleiben. 275/8
Der Vorstand
der Ortskrankenkasse der Stadt
Schöneberg.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Bezirk Zernsdorf und Umgegend.
Nachruf!
Den Mitgliebrern hiermit die Nachricht, daß unser Kollege
Karl Bläse
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
63/18 Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Bezirk Zernsdorf und Umgegend.
Nachruf!
Den Mitgliebrern hiermit die Nachricht, daß unser Kollege
Karl Bläse
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
63/18 Die Ortsverwaltung.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 23. Mai, vormittags 10 Uhr:
Außerordentliche Generalversammlung
in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.

Tages-Ordnung: 99/10*
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Robert Schmidt** über: Der Kampf der Arbeiterklasse um ihre wirtschaftliche Stellung. 2. Diskussion. 3. Bericht der Delegierten vom Verbandstage. 4. Diskussion. 5. Befragung über den Refusats der Kaufkontrolle.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Einlaß.
Der Zweigvereinsvorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands
Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.
Gruppe: Zementierer, Einschaler und Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 23. Mai 1909, vormittags 10 Uhr,
bei Jannaschk, Inselstraße 10:

Versammlung

Tages-Ordnung: 137/16*
1. Berichtserstattung von der Betonarbeiter-Konferenz.
2. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma **M. Czarnikow & Co.**
3. Verschiedenes.
In dieser Versammlung sind die bei der Firma M. Czarnikow & Co. Beschäftigten Zementierer, Einschaler und Hilfsarbeiter ganz besonders eingeladen und ist es Pflicht eines jeden Kollegen, auch der unorganisierten, zu erscheinen und für einen guten Besuch dieser Versammlung zu agitieren.
Der Gruppenvorstand.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter
Ortsverwaltung Berlin.

Geschäftsstelle Berlin O. 54, Rindelfstr. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518.
Sonntag, den 23. Mai, nachmittags 3 Uhr:

Mitglieder-Versammlung
sämtlicher Gruppen

als: Flaschenkellerarbeiter, Weißbierbrauereiarbeiter, Handwerker, Handwerkerhilfsarbeiter, Heizer, Maschinisten, Fahr- und Stallpersonal, Hofarbeiter, Brauer und innere Betriebsarbeiter und diverse im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (großer Saal).
Tages-Ordnung: 49/30
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Karl Legien.**
2. Die Ablehnung der Abänderungsvorschläge des Brauereiarbeiterverbandes zu dem Kartellvertrag durch die übrigen in den Brauereien vertretenen Organisationen und unsere weitere Stellungnahme hierzu.
3. Organisationsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Drei Züge

und Sie werden lobeln: „Endlich meine Liebling-Marke gefunden“
Epirus-Cigaretten
Lieblingsmarken:
Hadzi Loja . . . 5 bis 6 Pf.
Ring-Cigaretten . . . 2 bis 3 ..
Polo-ogioy . . . 3 bis 10 ..
Lord Mayor . . . 4 bis 10 ..

95
Wer Kinder hat
verlange Katalog von
Arnold Müller
Kaufhaus für Kinderbekleidung
95-Leipziger Straße-95

D. Lechner
jetzt nur
Brunnenstr. 7
am Rosenthaler Tor.
Auf
Kredit

Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe
1 H. wöchentliche Teilzahlung
Anzahlung **5 Mk.** von
MÖBEL
jeder Art
Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahlung an.
Teppiche Portieren Bilder Kinderwagen Kronen usw.
Vorzeiger dieses Inserats erhält 3 M. gutgeschrieben.
Heute Sonnabend bis 10 Uhr geöffnet.

Herzliche Grüße.

Geschrieben von
Stefan Großmann.
Preis brosch. 2,- M., geb. 2,50 M.

Vorläufer d. neueren Sozialismus.

Von **Karl Kautsky.**
Zweite durchgesehene Auflage.
Erster Band.
Kommunistische Bewegungen im Mittelalter.
Preis gebunden 3 Mark.
Expedition des Vorwärts
BERLIN SW.
Lindenstr. 69, Laden.

Partiewaren

Neu eröffnet!
Partiewaren
aller Art zu spottbilligen Preisen
Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Steppdecken, Stores, Läuferstoffe etc.
Grossfelds Partiewarenhaus
Müllerstr. 174 I. •
(Ecke Fenastr.) Kein Laden.

Tischler-Verein E. H. No. 89.

Sonabend, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:
Versammlung.
Billettausgabe zur Dampferpartie am 27. Juni nach „Sporthaus Ziegenhals“ bei Zenthen. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.
Die regelmäßigen **Branchen-Versammlungen** finden an nachfolgenden Tagen statt:
Geschirrbranche: Mittwoch, den 26. Mai 1909.
Treibriemenbranche: Donnerstag, den 27. Mai 1909.
Taschen-, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag, den 27. Mai 1909.
Militärbranche: Freitag, Sonnabend, den 22. Mai 1909.
Einosenmleger und Teppichnäher: Donnerstag, 27. Mai, im Lokal von **Behrend**, Kommandantenstr. 60.
Wagenbranche: Donnerstag, den 27. Mai 1909.
Eisenmöbel- u. Lederstuhlpolsterer: Donnerstag, 27. Mai.
Sektion Charlottenburg: Montag, den 24. Mai 1909.
Zahlreichen Besuch der Branchenversammlungen erwartet
Die Ortsverwaltung.
157/1

18. Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes.

Eisenach, 20. Mai 1909.

Zu den Verhandlungen am Himmelfahrtstage hatte sich auch Reichstagsabgeordneter Gengstbach eingefunden. Auf der Tagesordnung stand die

Einführung von Tarifverträgen im Bergbau.

Als Referent fungierte Wagner-Vochum. Redner unterbreitet der Generalversammlung folgende Resolution:

Der bestehende Arbeits- und Lohnvertrag im Bergbau ist durchaus ungeeignet, weil er den Arbeitern einseitig von den Grubenherren aufgezwungen ist und sie deren Willkür und Laune völlig überantwortet. Der § 106 der Reichsgewerbeordnung besagt: „Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist, vorbehaltlich der durch Reichsgesetz begründeten Beschränkungen, Gegenstand freier Uebereinkunft.“ Der Arbeits- und Lohnvertrag soll also vorbehaltlich der gesetzlichen Beschränkungen auf gegenseitiger freier Vereinbarung beruhen. Davon kann aber im Bergbau keine Rede sein. Der Arbeiter hat bei der Festsetzung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen absolut kein Mitbestimmungsrecht. Die Bestimmungen der Arbeitsordnung geben den Grubenherren und ihren Beamten das Recht, die Löhne und Gebinde nach Willkür festzusetzen und zu reduzieren. Besonders schlimme Wirkungen hat dieser Zustand für die Bedingearbeiter, denen jederzeit ganz nach Willkür die Gebinde reduziert werden können. Der Gebindevertrag stellt eine nach Willkür zu handhabende Schraube ohne Ende dar, wodurch der Arbeiter mit Gewalt zu immer größerer Leistung gezwungen wird. Dieser Zustand ist aber, wie die fortgeschrittenen schmerzhafte unheimlichen Unfall- und Krankenziffern, das rapide sinkende Lebensalter und die frühe Invalidität der Bergarbeiter zeigen, für diese von geradezu verheerender Wirkung. Darin liegt aber eine große Gefahr auch für unsere Gesamtwirtschaft. Außerdem birgt dieser Zustand die stete Gefahr großer Bergarbeiterstreiks in sich. Tausende von Lohnkämpfen zwischen den einzelnen Kameradschaften und Beamten finden im Bergbau täglich statt und steigern die Erbitterung der Bergarbeiter bis ins Ungemessene. Durch schwarze Listen und andere Zwangsmassnahmen aber suchen die Grubenherren die Bergarbeiter in immer größerem Abhängigkeitsverhältnis zu bringen. Das darf und kann aber in dieser Weise nicht weitergehen. Der Staat der Grubenherren, die sich als Staat im Staate fühlen, und, wie besonders die Enthüllungen der „Bergarbeiter-Zeitung“ über die Geheimkonferenz der Ministerkammer gezeigt haben, Minister kommen und gehen heißen, muß ein Damm entgegengesetzt werden, wenn wir nicht Katastrophen entgegenzudrängen wollen, die für unser gesamtes Volkswirtschaftswesen von verheerender Wirkung sind. Der unter den gegebenen Verhältnissen beste Weg zu gesunden und rechtlichen Zuständen sind tarifliche Vereinbarungen, die dem Arbeiter sein Mitbestimmungsrecht auf die Gestaltung seiner Arbeitsbedingungen sichern. Sollten Tarifverträge nach englischem Muster für den deutschen Bergbau zu kompliziert und darum schwer durchführbar erscheinen, so müßte eine tarifliche Regelung der Schichtlohn- und Gebindesätze auf folgender Grundlage erfolgen: „Die Festsetzung des Zeit- oder Schichtlohnes und der für die Ueber- und Sonn-

tagschichten zu zahlenden Löhne erfolgt durch tarifliche Vereinbarung zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer nach dem Grundsatz: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Die für die verschiedenen Gruppen der Schichtlohnarbeiter vereinbarten Lohnsätze gelten nur als Mindestlöhne.“ Der Abschluß des Gebindesvertrages muß nach folgenden Leitlinien erfolgen: „Das Gebinde muß schriftlich vereinbart werden. Dabei ist auch zu bestimmen, wozu dem Arbeiter das Holz und andere notwendige Materialien angeliefert werden müssen. Als Maßstab zur Bemessung des Gebindes dient ein Grundlohn, welcher den Verhältnissen entsprechend nach Vergleichen oder einzelnen Werken zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer zu vereinbaren ist. Wird dieser Grundlohn von den Arbeitern auf das vereinbarte Gebinde nicht erreicht, so hat innerhalb einer Woche eine Neuregelung des Gebindes den Verhältnissen entsprechend zu erfolgen. Kommt dann keine Einigung über das Gebinde zustande, so hat der Arbeiter Anspruch auf den im Vormonat verdienten Durchschnittslohn seiner Arbeiterklasse. Treten Änderungen der Verhältnisse ein, so hat eine entsprechende Neuregelung des Gebindes zu erfolgen. Kommt hierbei eine Einigung über das Gebinde nicht zustande, so hat der Arbeiter ebenfalls Anspruch auf den im Vormonat verdienten Durchschnittslohn seiner Arbeiterklasse. Alle Nebenarbeiten müssen bezahlt und der Preis schriftlich vereinbart werden. Kommt eine Einigung nicht zustande, so hat der Arbeiter für die Zeit der Ausführung solcher Arbeiten Anspruch auf den im Vormonat verdienten Durchschnittslohn seiner Arbeiterklasse. Dasselbe gilt auch, wenn ein Bedingearbeiter vorübergehend in Schichtlohn beschäftigt wird.“

In der Debatte sprachen sich alle Redner im Sinne des Referenten aus. — Die Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen.

Schlösser-Nachrichten erstattet Bericht über die Beratungen der Statutenkommission

und unterbreitete der Versammlung eine Reihe von Vorschlägen, die die Vorstandsvorlagen in manchen Punkten abändern. Die Änderungen der Kommission gehen dahin, daß vor dem Ausschluß eines Mitgliedes eine aus fünf unparteiischen Mitgliedern zusammengesetzte Untersuchungskommission gebildet werden muß, die die näheren Umstände zu prüfen hat. Beim Beitrag betrage die Kommission bei den Vorschlägen des Vorstandes, wonach der Beitrag in Zukunft in drei Klassen erhoben wird und pro Mitglied und Woche betragen soll: in Klasse A für alle Mitglieder, welche netto unter 3 M. im Durchschnitt verdienen, 30 Pf.; in Klasse B für alle übrigen Mitglieder 40 Pf.; in Klasse C für alle Mitglieder, die den Beitrag zahlen wollen, 50 Pf. Ferner wurde eine Bestimmung zur Annahme empfohlen, wonach Arbeitslose und Gemahregelte, welche die volle statutarische Unterstützung bezogen haben, auf Antrag für die Dauer der Arbeitslosigkeit von der Beitragspflicht befreit werden können, um ihnen dadurch die im Verband erworbenen Rechte zu erhalten. Die Zugehörigkeit zu zwei gewerkschaftlichen Organisationen soll nicht berechneten zum doppelten Bezug von Unterstützung, ausgenommen das Sterbegeld. Wenn ein Mitglied infolge Minderregelung über die Minderregelungszeit hinaus arbeitslos ist, soll ihm die statutenmäßige Arbeitslosenunterstützung ohne Karenzzeit ausbezahlt werden können. Die Krankenunterstützung soll bereits mit Beginn der zweiten Woche statt wie bisher mit Beginn der dritten Woche ausgezahlt werden. Das Sterbegeld wurde in der vom Vorstand beschlossenen Erhöhung angenommen.

Nach langer Debatte wurden diese Vorschläge der Kommission zum Beschluß erhoben. Ferner wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen ein Antrag Senftenberg, wonach von der Einhaltung der Kündigungsfrist bei Lohnkämpfen abgesehen ist, wenn durch Einhaltung derselben der Kampf erschwert oder voraussichtlich der Erfolg desselben in Frage gestellt wird. Ein Antrag, wonach die Generalversammlung die Verbandsangehörigen, Redner und Vertrauensleute erneut verpflichtet, eine energische Propaganda gegen den Alkoholgenuss zu entfalten, wurde einstimmig angenommen.

Genosse Hue sprach sodann über den internationalen Bergarbeiterkongress in Berlin

und seine Beschickung. Er beschränkte sich in seinem kurzen Referat darauf, die Wichtigkeit des Berliner Kongresses hervorzuheben und einen Antrag zu begründen, wonach der Deutsche Bergarbeiterverband die Bestrebungen seines Vorstandes auf besseren und festeren Anschluß an die Verbände in anderen Ländern billigt. — Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Straffer-Hausham berichtete über die Tätigkeit der Beschwerdekommision. Der Beschwerdekommision lag unter anderem auch eine Beschwerde des ausgeschlossenen früheren Verbandsbeamten Spaniol vor. Die Kommission hat jedoch diese Beschwerde einstimmig zurückgewiesen und die Generalversammlung schloß sich diesem Ausschlußantrag ohne Debatte an. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem noch beschlossen worden war, die nächste Generalversammlung 1911 im Ruhrrevier (Vochum oder Gelsenkirchen) abzuhalten, wurden die weiteren Verhandlungen auf Freitag vertagt, wo man mit den Beratungen zu Ende zu kommen hofft.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist toeben das 34. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Um die Finanzreform. Von A. Kautsky. — Sozialdemokratische Finanzreform. Von A. Kautsky. — Die Blinden und der Sozialismus. Von einem Blinden. — In dem Entwurf einer Reichsversicherungsordnung. Von Gustav Doh (Hannover). — Literarische Rundschau: Maximilian Robespierre, Discours et Rapports. Von Hermann Wendel. Neuerscheinungen der „Völkischen Wochenschrift“. Von Ph. — Kottgen: Eine Enquete über Haushaltssubjekte der Petersburger Arbeiter. Von A. Lampert. — Zeitschriftenschau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Der Wahre Jakob“ bringt in der Nummer 11 seines 26. Jahrgangs die farbigen Bilder „Das neueste Brauereiwesen der Sozialreform“ und „Der Müllensänger“, sowie die weiteren Illustrationen „Der tolle Kuli“, „Kag und Korik in der inneren Politik“, „Ännere Wiffan“, „Der Jentramsherr“, „Der Freiheitssänger der Bourgeoisie“, „Abdul Hamid auf den Tropfen seiner Regierungskunst“, „Die Vier der Reichsfinanzreform“, „Die Entrüstung des Kapitals“ und „Die Sorgen des Schuhmachers“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Das Liedchen von der Finanzreform“, „Wiffanen“, „Despotentum“, „Der Sultan im Exil“, „Der Reporter am Wochenbett“, „Der schöne Heilig“, „Hingelgepöbel“, „Ein Lied zur Fiedel“, „Amerikens“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Satiren in Prosa „n. Belau-Plattendurg an v. Arnim-Sandobertheim“, „Jugendzeit und Jugendzeitung“, „Sozialpolitik“ und „Serenissimus im Museum“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Sommer-Joppen für Herren

Tausendfältige Auswahl aus verschiedensten guten : : Waschstoffen : : 6.— 5.— 4.— 3.— 2.50 2.25 1.90 1.50

85 Pf.

Stroh-Hüte besonders vorteilhaft

6.— 4.— 3.— 2.25 1.50 0.75

25 Pf.

Herren-Pikee-Westen in den neuesten Dessins 3 Stück M. 6.50, einzeln 2.25 M.

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes, gegründet 1891. Chausseestraße 29/30 □ 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10 Morgen Sonntag bis 6 Uhr geöffnet. Der Haupt-Katalog Nr. 37 und der Livree-Katalog Nr. 36 kostenlos und portofrei.



Lüster-Jackets für Herren

Tausendfältige Auswahl in schönsten Lüster-Moden 18.— 14.— 12.— 9.— 8.— 7.— 6.— 5.— 4.— 3.— 1.85 M.

Panama-Hüte besonders vorteilhaft

30.— 21.— 15.— 10.— 8.— 4.50

2.50 M.

Modewarenhaus

Jacques Cohn

Inh.: D. Franzus

Müllerstr. 182-183 □ am □ Wedding

Ausnahme-Preisen

gelangen folgende Artikel am

Sonnabend, Sonntag und Montag zum Verkauf:

Mehrere Tausend Blusen 75 Pf. aus Batist, Satin, Leinen, Wollstoffen, Wollmousseline, Spitzenstoffen, Tennis-Stoffen, Seide etc. in allen erdenklichen Macharten, jetzt 10, 8, 6, 4, 2, 1.55, 1.65, 1.25,

Mehrere Tausend Jupons 58 Pf. aus Waschstoffen, Alpaka, Lustre mit aparcien Volants, jetzt 8, 6, 5, 3.95, 2.95, 2.35, 1.95, 0.75,

Ein großer Posten Stoff-Reste hervorragend billig

für Blusen passend 2 1/2 Meter-Coupon 55 Pf. für eleg. Blusen pass. 2 1/2 Meter-Coupon 1.25 Piqué-Barchent-Reste ca. 3 Mtr.-Coup. 95 Pf. Hemdentuch-Reste . . . ca. 3 Meter 95 Pf. Dowlas-Laken-Reste . . . Stück 95 Pf. Handtücher 3 Stück 95 Pf. Damasttischtücher Stück 95 Pf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 22. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Sibello.
Königl. Schauspielhaus. Nicht-Dorrit.

Neues königliches Opernhaus.
Geschlossen.

Leitung. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Schiller O. (Wagner + Theater.)
Junger Obrigkeit.

Schiller. Charlottenburg. Rarzih.
Friedrich. Wilhelmstäd. Schauspielsaal. Der Kilometerfresser.
Neues Schauspielhaus. Nabo.
Komische Oper. Aelkand.
Westen. Die lustige Witwe.
Neues. Tricocoe und Cacolet.
Thalia. Hans Hadelstein.
Thalia. Kammerspiele bis um Amelie.

Lustspielhaus. Im Klubsessel.
Kleines. Moral.
Gebel. Frau Warrens Gewerbe.
Luisen. Der Freischütz. Der fliegende Holländer.

Trianon. Liebesgewitter.
Neues Operetten. Der Zigeunerbaron.

Berliner Operetten-Theater SW.
Cappuccine. Anfang 8 1/2 Uhr.
Metropol. Die oberen Zehntausend.
Veruhard Rose. Das Mädchen ohne Ehre.

Gastspiel-Theater. Kaffee. Der große Unbekannte.
Wynio. Hartstein. Er oder Er.
Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Vasage. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Polles Caprice. Allein - endlich.
Ungerade Tage. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Kaffee. Das Opferlamme. Spezialitäten.

Parodie. Siegel siegelt alles. - Alles fürs Kind. Ober: Die Folgen eines Neudepous. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Gustav Wehrndt. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Der Kompagnieball.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Der Montblanc.
Esterwarte. Anwaltsamt. 37/32.

Lessing-Theater.
Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters.
Morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Ein Herbstmanöver.
Morgen 8 Uhr: Ein Herbstmanöver.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Tricocoe und Cacolet.
Morgen und folgende Tage:
Tricocoe und Cacolet.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Ein Walzertraum.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sonnabend, 22. Mai, Anfang 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Schlagende Wetter. Abends 8 Uhr: Der Kilometerfresser.
Montag: Der Kilometerfresser.

Lustspielhaus.
Gastspiel Fallenberg.
Abends 8 Uhr zum ersten Mal:
Der Liebhaber der Damen.
Hierauf: Ein Freundschaftsdionst.

Hebbel-Theater.
Königsplatz Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Frau Warrens Gewerbe.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Der Zigeunerbaron.

Residenz-Theater.
- Direction: Richard Alexander. -
Anfang 8 Uhr.

Kammerspiele bis um Amelie.
Schwan in 3 Akten (4 Bildern) von Feytaud.
Morgen u. folg. Tage: Die Vorstellung.
Zommerpreise.

Apollo Theater.
Wegen 9 1/2 Uhr:
Der tolle Schwanz der Gegenwart:
Er oder Er mit

Hartstein.
in der Doppelrolle
So hat Berlin noch nicht gelaht!
Vorher ab 8 Uhr:
Die phänomenalen Attraktionen.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Der Montblanc.
Sonntag 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

ZOOLOGISCHER GARTEN.
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Luisen-Theater.
Sonnabend: Opernaufführungen des
Brandenburgischen Konservatoriums.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Kabale und
Liebe. 8 Uhr: Krone und Fessel.
Montag: Krone und Fessel.

DERNHARD ROSE THEATER.
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Das Mädchen ohne Ehre.
Sensationsstück in 4 Akten v. Melodie.
Wochentagspreise.
Sonntag: Dieselbe Vorstellung.
Nachm.: Der Leiermann und sein Gefährt.

Gastspiel-Theater.
Adenider Straße 68. Heute 8 1/2 Uhr:
Lord Lister!
(Kaffee) Der große Unbekannte!
Englische Detektivkomödie in 4 Akten
von Kurt Maatell.
Sonntag 8 Uhr: Lord Lister (Kaffee).

Metropol-Theater.
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund.
Musik v. Gust. Korke. In Szene
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rachen gestattet.

WINTER GARTEN.
Liane d'Eve
Excentrique française.
„Durga“
das fliegende Piano.
Yetta Rianza
Prima Ballerine von der Opéra
comique Paris
und eine Kette
hervorragender. Kunstkräfte.
Reservierter Pl. 2 M. Entree 1 M.
einschl. Programm u. Garderobe)

Passage-Theater.
Walter der eigenartige
Schneider Vortrags-
künstler.
Bruns-Lebrun
der fahrende Sänger
Jaka Jshad
Maur. Schlangenzänzerin.
2ter Monat.
Das neue Mai-Programm
ein voller Erfolg!

Passage-Panoptikum.
Lebend!
Die letzten weiblichen Wesen
vom Stamme der
Azteken!
Ohne Extra-Entree!
Experimente der IV. Dimension.
Neapol. Briganten.
Alles ohne Extra-Entree!

Walhalla
Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das große Mai-Programm.
Gretchen Gallus, die beliebte
Soubrette, u. die übrigen Spez.
im Garten: Freikonzert.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Beginn der
Sommer-Saison:
30. Mai.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Junger Obrigkeit.
Romödie in 3 Akten v. Gustav Davis.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Ein Volksfest.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Erbe.
Montag, abends 8 Uhr:
Vater und Sohn.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Narziss.
Trauersp. in 5 Akten v. H. & G. Brachvogel.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Rechts herum.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Montag, abends 8 Uhr:
Narziss.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor. Insd.: Ernst Liebling.
::: Schönster Naturgarten und größter Konzertsaal Berlins. :::
Jeden Dienstag, Mittwoch, Nachmittags
Donnerstag:
Kaffee - Frei - Vorstellung
der beliebtesten
Apollo-Sänger und Hamburger Sänger.
(Bei ungünstiger Witterung im großen Konzertsaal.)

CASTAN'S PANOPTICON
Friedrichstr. 165 (Pachhofpalast).
Neu! Ohne Extra-Entree. Sensationell!
Mariedl, die größte Riesin der Welt.
lebende

„Bellachini's Zauberwelt“
Täglich: Nachm.: Solree. - Abends 8 Uhr: Haupt-Solree.
Täglich: 7 1/2 Uhr abends: Ohne Extra-Entree!
Humoristische Künstlerabende. Sonntags 2 Vorstellungen.

Dampfer-
Extrafahrten
nach dem Schützen- und Volksfest in Oberschöneweide vom 15. bis
25. Mai 1909 täglich von 2 Uhr nachmittags an circa halbstündlich.
Fahrpreis a Person 20, Kinder 10 Pf. - Kleintiere Unentgeltlich am Bestplatz.
Abfahrt von der Balkenbrücke. Kahn & Hertzler.

Der schönste Ausflugsort
und Aufenthalt ist immer
und ganz gefeiert sind wir beim
Pichelswerder
Alten Freund.
10192*

„Segler-Schloß“ - Hankels Ablage.
Bahnhofsstation Zenthen. Besitzer: W. Heinrich.
Für bevorstehenden Sommerurlaub halte ich mich werten Vereinen,
Fabriken, Schulen usw. bei Aufzählung anmerksamer Bedienung bestens
empfohlen. - 3 neue Säle und Hallen. - Schöne Spielplätze. -
Badenanstalt. - Boote und Belustigungen aller Art.
7372* Hochachtungsvoll W. Heinrich.

Franz Ziegelmann & Co.
Kaufhaus guter Herren- u. Knaben-Bekleidung
31 Greifswalder Straße 31
an der Dufelandstraße. 11682* Gegenüber der Marienburger Straße.

M. Schulmeister
Berlin SO., 4, Dresdener Straße 4,
am Kottbuscher Tor.
Nur eigene Konfektion!
Frühjahrs- u. Sommerpaletots
in prima Qualitäten, Cheviot u.
modern gestreift. Melton-Stoff.
45.-, 42.-, 38.50, 36.-, 21 M.
32.50, 30.-, 27.50, 24.50.

Moderne Ulster,
1 u. 2-reihig, Formen z. Durch-
knöpfen, in d. neuest. Mustern
48.50, 45.-, 40.50, 25 M.
36.50, 32.50, 29.50.

Jackett-Anzüge,
elegante Fassons, prima Roll-
haar - Verarbeitung 50.-, 24 M.
45.-, 42.50, 38.50,
34.-, 29.50, 27.50.

Rock-Anzüge 29⁵⁰ 54⁰⁰ M.
Gehrock-Anzüge 36⁵⁰ 70⁰⁰ M.
Burschen- u. Knaben-Garderoben.
Herren-Beinkleider.
Arbeiter-Berufskleidung.

Anfertigung nach Maß mit Garantie für tadellosen Sitz, haltbare
Stoffe in Verarbeitung, elegante Paßform.

Kein Laden, nur 1 Tr. Preisliste franko. Kein Laden, nur 1 Tr.

Reellste, „direkte“ und billigste Zigarren-Engros-Bezugsquelle!

La Suprema
Nebenstehende Original-
6 Pf.-Zigarre mild, 100 Stück.
4.50

Kl. Mexiko . . . 100 St. M. 2.85 Anita (mittel) 100 St. M. 3.75 Mexiko, vors. . . 100 St. M. 4.25
Leanda . . . 100 St. . . 3.80 Queda (Vorsten) 100 St. . . 4.- Ernst Merck, H. 7 1/2 Pf.-Zig. . . 5.00

Nicht unter 100 Stück. - 400 Stück franko Nachn. - Nichtzusagendes nehmen zurück.

Czollek & Geballe, Zigarren-Fabrik, Berlin, Neue Promenade 7, 1 Tr.
Engros-Lager, O., vis-a-vis Haupteing. Stadth. Börsen.
Geöffnet bis 8 Uhr abends, auch Sonntags geöffnet.

W. Noacks Theater

Direction: Rob. Hll. Semmentz. 10.
Wegen vollständiger
Renovierung
der Gesamträume geschlossen!
Wiedereröffnung:
1. Pfingstfeiertag.

Berliner Theater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Heute:
Große Spezialitäten- u. Theater-
Vorstellung. - Im Saale
Großer Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Casino-Theater
Rothsinger Str. 37. - Täglich 8 Uhr.
Stürmischer Lachserfolg!
Über 100 mal vor ausverl. Häusern
gegeben der tolle, lustige Schwanz
Das Opferlamme.
Schlußvorstellung den 24. Mai.
Sonntag 4 Uhr: Adernmann.

Sanssouci, Kottbuscher
Straße 6.
Direction Wilhelm Reimer.
Jeden Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsch. Sänger
und Frühlingskränzen.
Einakter, Ensemblestücken.
Aktuelle Vorträge in Wort
und Lied usw.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 1/2.
Morg. Sonntag: Gr. Elite-Solree. Tanz.

Puhlmanns Theater.
Schönh. Allee 148. Kastanienallee 97/99
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Das vierte Gebot.
Zeitbild m. Gef. von Max Dauernmeister.
Anfang des Konzerts 4 Uhr,
der Vorstellung 1/2 5 Uhr.
Die Kaffeetische ist von 2 Uhr ab
geöffnet.

Damms Volkspark-Theater
Landsberger Allee 74/77.
Große Vorstellung
des
Sächsischen Volks-Theaters
nebst Auftreten erstl. Spezialitäten.
Zum ersten Male in Berlin.
Man amüsiert sich täglich.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Neu! Neu!
„Mein Freund Hugo.“
Zuletzt von Meysel.
Anfang
wochentags
8 Uhr,
Sonntags
7 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Metzgerstraße.
Täglich:
Wellermanns Brautshaw.
Schwan in 1 Akt.
Neues Spezialitäten-Programm.
The Morrors, Hoo & Sheo, Marco
& Tadjana, Paulsen, Lorbo, etc. etc.
Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr,
wochentags 7 1/2 Uhr.

Max Kliems
Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.
Täglich:
Großes Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Mit Leitung: Walter Gravenitz.
Jeden Donnerstag: Eliteta-
gabend und nach der Vorstellung
Tanzkränzen.

Landesausstellungspark
am Lehrter Bahnhof
Neuerbaut: Festsäle
Gartenrestaurant
Konditorei und Café
Mittler-Konzert
tägl. v. 4 Uhr ab
Dejeuners
von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners und Soupers v. 4.00 an

Sommer-Paletots u. Ulster

in nur modernsten Farben und Stoffen, eleganter vor-
nehmer Machart und tadelloser Paßform
20, 22.50, 25, 30, 35, 40, 45, 50 bis 65 Mk.

Sommer-Paletots
von marengo Cheviot, glatt oder gemustert, sehr
elegant und vornehm, praktisch im Gebrauch
22.50, 25, 30, 35, 40 und 45 Mk.

Jackett-Anzüge
von Buckskin, Cheviot oder Kammgarn,
in den neuesten Farben und Stoffarten,
hell, mittel- oder dunkelfarbig, streng
moderner oder solider Machart, für jede
Figur passend.
17.50, 20, 22.50, 25, 30, 35, 40,
45, 50, 55 bis 65 Mk.

Vorrätig in allen Größen. Berücksichtigt
sind dabei normale, als auch schlanke,
untersetzte und extra starke Figuren.

Knaben- u. Jünglings-
Paletots, Ulster, Pyjacks, Blusen-Anzüge,
Jackett-Anzüge, Sport-Anzüge in größter
Auswahl zu bekannt billigen Preisen bei
gut. Paßform u. vorzüglich. Verarbeitung.

Die Maß-Abteilung
ist mit einem großen Stofflager aus-
gestattet und bietet selbst für den ver-
wöhntesten Geschmack reiche Auswahl.
Die Anfertigung nach Maß geschieht
in vornehmster, bester und modernster Ausführung
b. bekannt Preiswürdigk. m. o. Lieferfrist v. wenig. Tag.
In Eilfällen sogar in 24 Stunden.

Carl Stier
Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe
Berlin SO. Berlin W. Potsdam
Oranienstr. 169. Potsdamer Str. 113a. Nauener Str. 23.
Nach auswärts sende ich Muster und Maßanleitung.
Versand nur gegen Nachnahme.

Morgen Sonntag
bis 6 Uhr abends geöffnet.

Nathan Wand

129 Stollger Str. 129.
Die Schritten 10382
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu
Monats-Garderobe
konstruieren getragene Sachen,
sollt neu, für jede Figur passend,
gelegl. auch Anzüge sind in
großer Auswahl stets zu haben
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Stollger Str. 129.
Hochachtungsvoll Kottbuscher Str.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Kassenhader jeder Art Augusta-
Bad, Adeniderstr. 60

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71.

Anlässlich des Pfingst-Festes verabfolgen wir von Sonnabend, den 22., bis Donnerstag, den 27. Mai cr.

doppelte Anzahl Sparmarken'

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch

8 Sparmarken.

Backartikel zum Festkuchen

Weizenmehl 00	5 Pfd.-Bentel	1.05	Große Rosinen	Pfund	48 Pf.	Liebigs u. Dr. Oetkers Backpulver . . 3 Pack	25 Pf.
Weizenmehl 000	5 Pfd.-Bentel	1.10	la Sultaninen	Pfund	50 Pf.	Liebigs u. Dr. Oetkers Vanille-Zucker 3 Pack	25 Pf.
Kaiser-Auszugmehl	5 Pfd.-Bentel	1.20	Korinthen	Pfund	35 Pf.	Mandel-, Vanille-, Zitron-Essenz . . 3 Glas	25 Pf.
Victoria-Auszugmehl	5 Pfd.-Bentel	1.25	Mandeln süß	Pfund	1.10	Hansa-Backpulver	3 Pack 20 Pf.
Liebigs selbsttät. Backpulver . . .	1 Pfd.-Pack	38 Pf.	Mandeln bitter	Pfund	1.15	Feinste Vanille	Glas mit 3 Schoten 16 Pf.
Kartoffelmehl	Pfd.	16 Pf.	Zitronat	Pfund	58 Pf.	Puder-Zucker	28 Pf.

Gebraunte Kaffees

Mischung I	Pfund	1.50	Mischung II	Pfund	1.30	Mischung III	Pfund	1.10	Mischung IV	Pfund	90 Pf.
----------------------	-------	------	-----------------------	-------	------	------------------------	-------	------	-----------------------	-------	--------

Unsere Marken sind wegen des vorzügl. Geschmacks allseitig bekannt.

KUCHENZUCKER 5 Pfd. 1⁰⁵

Estol-Kokosnußbutter Pf. 65 Pf.

Pa. frische Getreidehefe Pf. 55 Pf.

Sonntag, den 23. Mai cr., sind unsere Verkaufsräume von 8-10 und von 12-6 Uhr nachmittags geöffnet. — *) Ausgenommen sind einige Artikel.

Saal 1000 Pers. fassend, großartige Bühne (38 Germandl), großer Naturgarten bis 1000 Personen, infolge Kontraktbruch seitens der Theatervereine Deborah, Norden, Romi Pläster und Metropol am 2. Pfingsttage und weitere Sonntage zu vergeben.
Fritz Wilke, Brunnenstr. 188 Amt 3, 4835. Nicht am Rosentg. Tor.

Ausnahme-Preise
von 10 Zentner ab Platz

Ferdinand Salen (ca. 120 St.)	0.80 R.
Marie	0.87
Pfännerschaft	0.89
Elisabethglök	0.89
liso	0.95
Anhalt, Kohlenwerke	0.95
Halbstaino	0.78
Anthracit	2.15

Koks, Steinkohlen usw. zu billigsten Tagespreisen.
Bei Anfuhr frei Haus 10 bis 15 Pf. pro Zentner mehr.
Zum Selbstholen Rehen Handwagen zur Verfügung.

Saal mit Bühne und Nebenräumen, **große Vereinszimmer** unter kulantesten Bedingungen zu vergeben. 10812
Sonnabende u. Sonntage frei!
Paul Litfin,
Hemeler Straße 67.
Berl. Amt 7, 1075.

Bäckerei-Übernahme.
Allen Hausfrauen und Genossen die freundliche Mitteilung, daß ich die Bäckerei von Herrn Slawinski, Weferstraße 206, am Montag, den 24. Mai cr., übernehme. — Die Forderungen des Deutschen Bäder- und Konditoren-Verbandes habe ich bewilligt.
Um regen Zuspruch bitte! Hochachtungsvoll
Emil Wolf, Weferstraße 206.

Paul Drenske Nachfolger Otto Berlett
Hutfabrik
Oranienstraße 172
empfiehlt sein großes Lager in (356L*)
Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.
Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse des In- und Auslandes stets am Lager.
Reparaturen schnell, sauber und billig.

Gersberger & Müller
Kohleingroßhandlung
I. Platz: Am Mühlenstr. 18.
Särl. Güterbbl.
II. Platz: Palisadenstraße 95.
Amt VII, 10 290 u. 4861.

Pa. Schlack- und Salamiwurst
Ausnahmepreis a Pfd. 1.00 R.
Wiener Würstchen . . . 3 Paar 50 Pf.
Fraustädter Würstchen 6 Paar 50 Pf.
Hermann Leissner,
Berlin C., Klosterstr. 93/95,
Gebäude Kaiser-Wilhelm-Str. 11.

Arbeiter finden für ihren Beruf
gute und billige **Kleidung** in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, Gelber Laden.

Don der Michael-Brücke an der Michael-kirch-Str. 206.
Morgen Sonntag billige Extrafahrt mit Fuhr! nach Schmöckwitz. In 90, zurück 90 Pf., Kinder 50 Pf.
Abfahrt 9 Uhr vorm., 2^{1/2} nachm. — Dampfer u. Motorboote sind an Vereine billig zu vermieten. (29075)
G. Zachow, Tel. Amt IV 5631.

JEDER LESER DARF'S PROBIEREN!

diese Jockey's „Tipp und Topp“ so auf die Esel zu plazieren, daß sie scheinbar im Galopp.



BITTE BETEILIGEN SIE SICH UNGENIERT

ob Sie Kunde sind oder nicht, an unserem obigen Preisausschreiben.
100 GRATISABONNEMENTS für die STADTBahn, ELEKTRISCHE od. OMNIBUS.
Verlangen Sie gefl. sofortige kostenlose Zusendung der Bedingungen **DES PREISAUSSCHREIBENS.**

- M. GLOGAU** Alte Jacobstr. 73
Ecke Roß- und Dresdener Straße
- C. WACHSMANN & Co.** Reinickendorfer St. 15
Ecke Ravenstraße am Wedding
- P. NEUGEBAUER NCHF.** Charlottenburg, 31
Wilmsdorfer Str.

UNGLAUBLICH KLEINE AN- UND ABZÄHLUNGEN. JEDER ERHÄLT KREDIT!

DAMEN
RÖCKE, BLUSEN, JACKETTS, KOSTÜME
Wöchentl. Abzahlung
1 Mark

HERREN
u. KNABEN-ANZÜGE, PALETOTS, BEINKLEIDER etc., etc.
Wöchentl. Abzahlung
1 Mark

DIE AN- UND ABZÄHLUNGEN SIND NOCH KLEINER ALS SIE GLAUBEN!

WÄSCHE, SCHUHWAREN, KINDER-SPORTWAGEN, TEPPICHE GARDINEN etc.

EINZELNE MÖBEL jeder Art. **KOMPLETTE EINRICHTUNGEN.**

Sonnabend bis 10 Uhr, Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Wilmersdorf hat das Lokal „Zur Klaus“ den Besitzer gewechselt, jetziger Inhaber Heenemann; dasselbe steht uns nach wie vor zur Verfügung; dagegen ist der Kontrakt des „Seefischhaken“ (Eigentum der Gemeinde), faktisch verpflichtet, der Arbeiterschaft das Lokal zu Verfügung zu verweigern. Die gleiche Verpflichtung ist der Pächter des „Kurfürstentempel“ in Halensee eingegangen. Wir ersuchen die Parteigenossen, vorstehendes zu beachten.

Die Lokalkommission.

Bernau. Heute abend 8 1/2 Uhr Bezirksversammlung bei Kunze, Bürgermeisterstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil“. Referent: Genosse Schriftsteller Dr. Max Schütte-Berlin. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zu den Stadtvorordnetenwahlen. 4. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

Sossen. Wir machen die Parteigenossen nochmals auf die heute, Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Herrn Kurzner stattfindende Wahlvereinsversammlung aufmerksam.

Schönhausen bei Königswusterhausen. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Lokale von Otto Pätzsch die Mitgliederversammlung statt.

Alt-Ollend. Am Sonnabend, den 22. Mai 1909, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Kropf, Rudower Straße 54, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Gemeindevertreterbericht. 2. Wahl des 1. Vorsitzenden. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten.

Niederschönhausen (Bezirk Nieder-Schönhausen). Am Sonntag, den 23. Mai, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokale von Aug. Mayer, Buchhorster Straße, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Die neuen Steuern, ein Raubzug auf die Taschen der Unbemittelten. Referent: Stadtverordneter Emil Böse. 2. Die letzten Vorgänge in unserem Ort. 3. Diskussion. Die Nieder-Schönhauser Genossen, die daran teilnehmen wollen, treffen sich bei Bratvogel, Nordend, Altmarsch um 2 Uhr. Der Vorstand.

Nowawes. Am morgigen Sonntag, vormittags 9 bis 12 Uhr, werden die Beiträge des Wahlvereins in folgenden Lokalen einliefert: Otto Hiemeke, Ballstr. 55, Karl Gruhl, Prieserstr. 69, Karl Gomoll, Großbeeren Straße 59. Auch werden neue Mitglieder aufgenommen.

Bezirk Waidmannslust. Sonntag, den 23. Mai, nachmittags 4 Uhr, findet in Stolpe bei Bergemann eine durch die Neueinteilung des Bezirks bedingte außerordentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: Wahl der Bezirksleitung, Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes. Die Genossen von Birkenwerder, Hohen-Neuendorf, Stolpe, Bergfelde und Schönfließ werden hierauf besonders hingewiesen.

Spandau. Den Mitgliedern des Wahlvereins, welche sich am Sonntag, den 23. Mai, an der Tour nach Cladow beteiligen, zur Kenntnisnahme, daß die Abfahrt des Motorbootes nachmittags Punkt 1 1/2 Uhr von Pichelsdorf (Scharfe Lande) erfolgt.

Bezirk Französisch-Buchholz und Umgegend. Sonntag, den 23. Mai, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokale von A. Kühne, Berliner Straße 39, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vortrag über: „A. P. Reinders“. Referent: Schriftsteller Genosse Max Schütte. Diskussion. Vereinsangelegenheiten.

Reinickendorf-West. Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Lokalen eine Handzettelverteilung statt.

Berliner Nachrichten.

Am Teufelssee.

Einer ganzen Reihe von Seen in der Umgebung von Berlin und in anderen Gegenden hat der Volksmund die diabolische Bezeichnung „Teufelssee“ verliehen. Gewöhnlich sind es kleine Wasserbecken von rundlichem Umriss, die in einer Senkung dunkler Nadelwälder versteckt sind und dem Wanderer oft ganz unmerklich vor Augen kommen. An einer Stelle pflegt ein Moor ausgebildet zu sein, das nur der Kundige ohne Gefahr zu betreten wagen darf. Manchen ist das Moor ein Grab geworden: dies und der düstere Rahmen des Waldes umher hat der Bezeichnung Vorkursus geleistet.

Dem Teufelssee im Grunewald sieht niemand mehr etwas Unheimliches an. Beckenbau ist längst von hier fortgezogen. Das Försterhaus am Ufer mit den gackernden Hühnern ist ihm zu idyllisch geworden und der Schornstein des Charlottenburger Wasserwerks zu modern. Friedlich lagern sich allsonntäglich Spaziergänger an seinen Ufern, die das schöne Bild der ruhigen Wasserfläche mit dem hoch dahinter aufragenden Walde in sich aufnehmen. Auf dem Spiegel des Gewässers haben sich schon die Seerosenblätter ausgebreitet. Schwarze Kaulquappen wimmeln an den felsigen Stellen über den Sand und Kinder mit Fangeräten stellen ihnen nach, um ihrem Aquarium neue Zufuhr zu schaffen. Manche haben sich selbst mit der Angel bewaffnet und üben sich in Geduld, denn das Anbeißen scheint bei den Fischen im Teufelssee nicht recht üblich zu sein. Eine Reihe von Landschaftlern haben ihre Skizzenbücher auf den Knien oder Klaviers auf Staffeleien aufgestellt und schaffen eifrig an Pastellbildern, in die Neugierige bisweilen Wände werfen. In einer anderen Stelle hat sich — in diskreter Entfernung vom Strome der Passanten — ein Sonntagstrompeter aufgestellt, der seinem Instrumente eine Reihe von Volksliedern entlockt. In seiner Wohnung mag er mit seiner Kunst die Hausbewohner wohl zu arg in der Ruhe beeinträchtigen. Hier tritt ihm niemand in den Weg.

An der Seite liegt das Moor. Es ist recht trocken geworden, so daß man sich die Büschel des weißen Wollgrases und Wirtzenzweige herausziehen kann. Die Libellen jagen darüber hin und über und zeigen sich auch weit größere Räuber. Eine Weihe hat über dem Hofe des Försters rüttelnd angehalten. Lüstern sah sie auf die Hühner und Enten herab. Aber sie wagte es nicht. Irgend ein Instinkt mag sie vor der Klinte oder dem Hoffunde gewarnt haben. Mit einer plötzlichen Schwendung zieht sie über den Wald dahin.

Der Himmelfahrtstag stand unter dem Zeichen einer prächtigen Witterung. Das schöne warme Wetter lodi den größten Teil der Berliner Bevölkerung ins Freie. Schon in den frühen Morgenstunden waren sämtliche Vortortzüge, Straßenbahnen, Autodisse usw. von Ausflüglern überfüllt und von Stunde zu Stunde nahm der Verkehr immer mehr zu, so daß immer wieder neue Einfahrtswegen und Lüge eingelegt werden mußten. So suchten Zehntausende von Personen den Grunewald auf. Auch in den Müggelbergen und im Zegler Forst, sowie in den Wäldern bei Wilmersdorf und an der Obersee wimmelte es förmlich von Spaziergängern. Zahllos waren wieder die Herrenpartien, die an jedem Himmelfahrtstage

unternommen zu werden pflegen. Auf den Gewässern in der Umgebung hatte sich ein fetter reger sportlicher Verkehr entwickelt. So tummelten sich auf dem Müggelsee Hunderte von Seglern und Ruderbooten. Auch die neu eröffneten Freibäder erfreuten sich eines starken Besuches.

Wie der „Lokal-Anzeiger“ Arbeitslose beschimpft. Anlässlich der Ansammlung einer großen Zahl Arbeitsloser im Hofe und vor dem Hause Brüderstraße 2, wo Feuerwehreinheiten für die Weißwarenfirmen Gebrüder JNB einen Umzug bewerkstelligen sollten, hatte der „Lokal-Anzeiger“ von „tumultuarischen Szenen“ zwischen Arbeitslosen und Mannschaften der Feuerwehr berichtet. Diese Behauptung ist selbst der Polizei zu arg, die sich zu folgender amtlichen Meldung veranlaßt sieht:

„Eine in einem hiesigen Blatte („Lokal-Anzeiger“) erschienene Notiz über „Arbeitslose und Feuerwehr“ ist im wesentlichen nicht zutreffend. Bei dem Umzuge einer in der Brüderstraße wohnenden Firma spielten sich keine „tumultuarischen“ Szenen zwischen Arbeitslosen und Mannschaften der Feuerwehr ab. Es hatten sich nicht 400—500 Arbeitslose versammelt, sondern etwa 70 Menschen. Das ganze machte den Eindruck einer Ansammlung, wie sie in Berlin leicht überall stattfindet, wo „etwas los ist“. Die Menge zerstreute sich auf gütliches Zureden der Polizeibeamten, ohne daß es zu Reibereien gekommen ist, und es handelte sich nicht etwa, wie es nach der Notiz des „Lokal-Anzeigers“ den Anschein haben kann, um Feuerwehrmannschaften in Uniform, sondern um dienstfreie Leute der Feuerwehr in bürgerlicher Kleidung. Auch auf dem Hausvogteiplatz, wohin der Umzug ging, hatten sich einzelne Trupps von Leuten angeammelt, unter denen ein Arbeiter allerdings so laut skandalisierte, daß seine Entfernung vom Plage durch einen Schuttmann erforderlich wurde. Sonst sind auch dort keine tumultuarischen Szenen vorgekommen.“

Mit dieser amtlichen Mitteilung wird der Behauptung des „Lokal-Anzeigers“ über das Vorkommen „tumultuarischer Szenen“, hervorgerufen durch Arbeitslose, der Boden vollständig entzogen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit gern konstatieren, daß auch das Verhalten der Polizei im vorliegenden Falle, besonders das des leitenden Polizeileutnants, der ohne unnötige Schärfe seines Amtes waltete, ein sehr verständiges war.

Freisinniger Schwindel.

Am Freitag haben sich 20 Berliner Stadtverordnete und 10 Magistratsmitglieder zu einem Gegenbesuch nach London begeben. Die Tatsache, daß sich unter den Stadtverordneten auch sozialdemokratische Mitglieder befinden, hat die „Freisinnige Zeitung“ veranlaßt, folgenden Gewinn anzuzeichnen:

„Dieselben Sozialdemokraten, deren Versammlungen gelegentlich des Besuchs des Königs Eduard zu Berlin zu Demonstrationen durch Herabreißen deutscher und englischer Fahnen Anlaß gaben! Dieselben Sozialdemokraten, die nicht nur die Mittel zur Ausschmückung der Straßen von Berlin aus Anlaß des Königs Eduard verweigerten, sondern sogar bei den Festlichkeiten aus Anlaß des Besuchs des Lordmayors in Berlin, dem jetzt der Gegenbesuch gilt, seiner Zeit eine Beteiligung abgelehnt haben! Diese selben Sozialdemokraten gehen jetzt als Gäste des Lordmayors nach London, dem sie in Berlin die Begrüßung verweigert haben!“

Nur um der Wahrheit willen und um den Schwindel der stadträtklich Wiemerschen „Freisinnigen Zeitung“ festzunageln, stellen wir fest, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten die Mittel für den feiergeleiteten Besuch des Lordmayors und anderer Londoner Gemeindevertreter nicht nur mit bewilligt, sondern sich auch in Gemeinschaft mit den Londoner Gästen an den verschiedenen gemeinsamen Besichtigungen hiesiger kommunaler Einrichtungen beteiligt haben. Der Besuch des Königs von England kommt bei diesem Gegenbesuch ganz außer Betracht; nebenbei ist die Behauptung, Sozialdemokraten hätten mit dem Abreißen deutscher oder englischer Fahnen anlässlich des Besuchs des Königs Eduard irgend etwas zu tun, durch die gerichtliche Verhandlung bereits als Unwahrheit festgestellt worden.

Ein treuer, alter Parteigenosse, der Püker Julius Bahr, wurde am Himmelfahrtstage zur letzten Ruhe bestattet.

Im Trauerhause, Reibelstraße, hielt Genosse Schütte die Gedächtnisrede, mit warm empfundenen Worten der gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit des Heimgegangenen gedenkend. Genosse Bahr wurde seiner Zeit zum Ehrenmitgliede des Verbandes der Maurer von den Berufsgenossen erwählt, er war langjähriges Vorstandsmitglied des 5. Kreises, in der schweren Zeit der Organisationsstreitigkeiten Vertrauensmann der Partei und noch im vergangenen Jahre Delegierter des Wahlkreises zum Nürnberger Parteitag, überall treu und gewissenhaft seine Pflicht erfüllend, ein Vorbild bei Ausübung der Kleinarbeit.

Der imposante Leichenkondukt, dem die rot schimmernden Kränze der Gewerkschaft, des Wahlvereins, der Abteilung, zu welcher der Verstorbene gehörte, und zahlreiche andere Blumenpenden vorausgetragen wurden, bewegte sich zum Friedhofe in der Landsberger Allee, und da die Polizei sich den Arrangements fernhielt und beiseite blieb, so stockte der besonders am Festtage so überaus lebhaft Verkehr in dieser Gegend auch nicht einen Moment.

Auf dem Friedhofe bildete das nach Laufenden zählende Trauergefolge schweigend Spalier. Empfangen durch die Grabesänge des Gesangsvereins der Püker, wurde die Halle des Dahingegangenen der Ämutter Erde übergeben. So ist wieder einer von der alten Garde, der sich stets ein junges Herz bewahrt hatte, aus unserer Reihe geschieden. Ehre seinem Andenken!

Aus der städtischen Verkehrsdeputation ist noch zu berichten: Bezüglich der Untergrundbahn Roabit—Rixdorf ist zwischen den beiden Magistraten bezüglich der Betriebsführung sowie der Gewinnbeteiligung eine Einigung erzielt worden, die natürlich noch der Zustimmung der Stadtverordneten bedarf. Der Rixdorfer Magistrat teilt noch mit, daß er bei der Aufsichtsbehörde wegen Genehmigung dieser Bahn eingekommen ist, sowie daß er es ablehnt, die Schwebebahn nach Rixdorf weiterführen zu lassen.

Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft hat für das Projekt einer Schnellbahn vom Gesundbrunnen nach Rixdorf diejenigen Aufwendungen zur Durchführung des Projektes zusammengestellt, welche von der Stadtgemeinde zu leisten sein würden. Die Opfer, welche hierbei der Stadt angefallen werden, sind so hoch, daß ein Vertrag auf dieser Basis ganz unmöglich ist. Von der Gesellschaft ist darauf in weiteren Verhandlungen erklärt worden, daß sie ein neues Projekt ausarbeiten würde, das am Rixdorter Tor enden soll und vom Humboldtthain bis zum Rixdorter Tor als Untergrundbahn gedacht ist. Vom Humboldtthain bis Rixdorter Tor, als auch vom Rixdorter Tor bis zum Heermannplatz, die Bahn als Hochbahn gebaut werden. Innerhalb zwei Monaten soll das neue Projekt vorgelegt werden.

Wegen der Uebernahme der Stadtbahn in der Warschauer Straße ist zwischen der Stadt und der Hoch- und Untergrundbahn-Gesellschaft ein annehmbares Abkommen getroffen worden, und zwar erhält die Gesellschaft neben 700 000 M. die Zustimmung zur Stadtbahn nach Friedrichsberg. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß beabsichtigt wird — wozu auch bereits die prinzipielle Genehmigung des Polizeipräsidenten erteilt ist —, diese Bahn bis zur Wörlitzer Straße zu verlängern, am Wörlitzer Ufer entlang zu führen, um in der Wiener Straße Anfaß an die Siemensbahn zu gewinnen. Des weiteren soll die Bahn durch Rixdorf nach der

Urbanstraße und von dort bis zur Behrenstraße geführt werden. Als neues Projekt wurde, wie wir bereits gemeldet haben, beschloffen, beim Polizeipräsidenten die Genehmigung für die Linie Bräsestraße, Rottbuser Brücke, durch die Raunynstraße, Mantuffel, Wrangel, Eisenbahnstraße, über die Brommbrücke, durch die Mühlent-, Frucht- und Königsberger Straße und Weidenammer Straße nach dem Valtentplatz einzuholen. Hierdurch wird eine gute Verbindung zwischen dem Süden und Osten geschaffen.

Sonntagschaffner.

Im Inseratenteil des „Lokal-Anzeigers“ war dieser Tage folgendes Inserat zu lesen:

„Straßenbahnhof Reinickendorf verlangt Leute, welche nur Sonntags als Schaffner fahren sollen.“

Daraufhin meldeten sich eine Anzahl Leute, die auf die Stellen reflektierten. An alle Bewerber wurde die Frage gerichtet, ob sie Beschäftigung hätten, und als von sieben Personen sechs mit Nein antworteten, erhielten sie Bescheid, daß nur solche Leute eingestellt würden, die in der Woche anderweitig in Arbeit stünden. Der eine „Glückliche“, der außer den sechs Wochentagen auch Sonntags bei der Straßenbahn arbeiten darf, soll 8,50 M. erhalten. Arbeitszeit von 8 Uhr morgens, Schluß 2 Uhr nachts. Dann soll er noch 25 M. Skaution stellen und sich in der Woche einen halben Tag frei machen, um in den Dienst eingeweiht zu werden. Die Arbeitslosen aber, die mit großen Hoffnungen gekommen waren, gingen enttäuscht von dannen, in dem Bewußtsein, von der Großen Berliner auch noch um 20 Pf. Fahrgehalt gebracht worden zu sein.

Die Ausstellung von Wachsmodeellen, Abbildungen und statistischen Tabellen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bei Hapoldt, Hasenheide 32—33, eröffnet sich andauernd eines regen Besuches. Sie ist heute, Sonnabend, von 6 Uhr an und morgen, Sonntag, von 4—8 Uhr geöffnet. Das zahlreiche Publikum hört die Führungsvorträge der Ärzte mit Interesse an. Heute, Sonnabend, abend 9 Uhr wird ein Vortrag für Frauen und Mädchen gehalten werden.

Der Eintritt kostet 20 Pf., bei Legitimation durch Krankenkassenbuch 10 Pf.

Sum polizeilichen Einschreiten

gegen die Besucher der Landtagswähler-Versammlung, die am Mittwochabend in „Sausouci“ stattfand, kam es nach Schluß derselben. Wir berichteten bereits in unserer Donnerstagsnummer, daß das Lokal derart überfüllt war, daß viele Besucher nicht mehr im Saale Platz finden konnten und vor dem Lokale den Schluß der Versammlung abwarteten. Als diese nun geschlossen wurde, kam es zu einer Stauung der den Saal verlassenden Besucher, die die Polizeibeamten veranlaßte, „leitend“ einzugreifen, das heißt den Massen die Wege zu weisen. Das geschah mit dem Erfolge, der in solchen Fällen immer eintritt. Statt sich zu zerstreuen, blieb die Menge beisammen und zog so durch die Rottbuser Straße unter der Hochbahn hindurch die Mariannenstraße entlang bis zur Wrangelstraße. Inzwischen war durch einen der zahlreich vertretenen Spiegel die Schutzmannschaft alarmiert. Reltende Schutzleute sprangen in die Menge und trieben sie auseinander. Ueberall, wo sich noch Versammlungsbesucher oder Passanten in größerer Masse fanden, wurden sie auseinandergejagt. Die Polizei muß übrigens die „Demonstranten“ an einer anderen Stelle ertapert haben. Wenigstens war sie in größerer Zahl in der Warschauer Straße versammelt, wo sich dann die Schutzleute die Zeit damit vertrieben, das immer wieder neugierig stehende Publikum auseinanderzutreiben. Offenbar verstanden die an der Arbeit befindlichen Spiegel die Sache nicht nach Wunsch zu dirigieren.

Wegen Stellenvermittlungsschwindel verhaftet worden ist der Inhaber eines in der Windscheidstr. 20 zu Charlottenburg gelegenen sogenannten „Erstzinsbureaus“ Sondermann. Er versprach, laut „Morgenpost“, Hausdienern, Kellnern, Köchen, Chauffeurs, Hausmädchen und anderem Personal Stellungen in den holländischen Seebädern. Für die Vermittlung verlangte er zunächst eine Gebühr von sieben bis zwanzig Mark. Nicht weniger als 180 Personen wach er im Verlaufe weniger Tage an. Sie sollten mittels Extrazuges ohne Kosten dem Bestimmungsorte zugeführt werden und sich zu diesem Zweck auf dem Charlottenburger Bahnhof einfänden. Die Leute kamen denn auch. Wer wegblich, war allein der Stellenvermittler Sondermann. Die Vermitteln begaben sich in geschlossenem Zuge zum „Erstzinsbureau“ nach der Windscheidstraße, fanden aber dort Herrn Sondermann nicht und gingen nun zur Polizei. Im Verhör erklärte Sondermann, daß er selbst als Agent von einem Amsterdamer Bureau van Cool beschuldigt worden sei. Der Vertreter dieser Firma sei vor einigen Tagen hier gewesen und mit den bisher eingelaufenen Provisionen abgereist.

Der Täter des Ueberfalles auf den Gelddriefträger Eulenburg ermittelt?

Der Ueberfall auf den Gelddriefträger Eulenburg, der am 2. April in dem Hause Vossstr. 19 verübt wurde, ist allem Anschein nach seiner Aufklärung nahe. Im Gewahrsam der Kriminalpolizei befindet sich ein Schneider Emil Drechsler, der sich selbst beschuldigt, auf Veranlassung eines Handlungsgehilfen Wilhelm Kayser, der in der Ruchstraße eine Zweiggeschäfte einer Butterhandlung leitet, den Ueberfall verübt zu haben. Das Verbrechen sieht augenscheinlich im Zusammenhang mit dem Hauptplan des Handlungsgehilfen Emil Kahlbrodt. Dieser beabsichtigte, wie wir damals mitteilten, am 19. April durch einen Kellner Vier, dem er sich im Café unter dem Namen v. Wuren vorgestellt hatte, den Lehrling der Stageschen Butterhandlung in der Großen Frankfurter Straße, der die Kasse morgens aus der Wohnung des Geschäftsleiters gegenüber der Handlung abzuholen pflegte, überfallen zu lassen. Kahlbrodt hatte Vier durch Drohungen mit der Wache einer Verbrecherbande, an deren Spitze er stehe, anscheinend gefügig gemacht. Mit Revolver und Dolch bewaffnet, wollte er Vier in einem Automobil nach der Großen Frankfurter Straße und von dort nach dem Kaufe mit der Wache in Sicherheit bringen. Der Kellner ging jedoch zur Kriminalpolizei und so wurde Kahlbrodt festgenommen, als er mit dem Automobil kam. Er behauptete erst, daß er nur Theater habe spielen wollen. Später gestand er jedoch, daß er sich habe Geld verschaffen wollen. Dieses Geständnis, über das wir schon berichtet, erweiterte er dann dahin, daß ihn der Handlungsgehilfe Wilhelm Kayser zu dem Plan angestiftet habe. Kayser bestritt anfangs alles. Er wollte Kahlbrodt gar nicht kennen. Endlich räumte er die Anstiftung ein und behauptete, daß er durch Velen von Kahlbergsgeschichten auf den Gedanken gekommen sei. Zu derselben Zeit wurde nun der Schneider Emil Drechsler mit einem Komplizen wegen Diebstahls festgenommen. Drechsler, ein mehrfach bestraffter Mensch, belam durch einen Zufall Kayser und Kahlbrodt im Polizeipräsidium zu sehen. Dort war ihm gerade schon eine andere Begegnung unangenehm gewesen. Zwei Damen, die vergeblich das Verbrecherkalkül eingeschlagen hatten, sahen ihn und sagten unwillkürlich: das ist ja der, den wir im Alkum sahen. Nun hörte Drechsler, daß Kahlbrodt dieses und jenes gestanden habe, und erwartete wohl, daß er alles ausfragen werde. Deshalb

am er jetzt mit der Erklärung, er selbst habe auf Anstiftung Kayser den Geldbriefträger Eulenburg überfallen. Seine näheren Angaben müssen noch nachgeprüft werden. Drechsler ist deshalb sofort nach der Wesselsstraße gebracht worden, um dem Jungen gegenübergestellt zu werden und an Ort und Stelle seine Angaben zu wiederholen. Ein Ueberzieher, wie ein Junge ihn auf dem Reibe eines Verdächtigen gesehen haben will, ist bei ihm gefunden worden. Dieses Kleidungsstück ist auch mit Blut besetzt. Kayser leugnet noch, wie er es bei Rühbrodt anfangs auch getan hatte. Die Kriminalpolizei sammelt und sichtet jetzt weiter noch alles Material, das zur Ueberführung des Täters dienen kann.

Totgefahren. Im Polizeibericht lesen wir: Am Mittwoch früh gegen 8 Uhr wurde der 44 Jahre alte Arbeiter Karl Blod, Worfstr. 28 wohnhaft, als er auf seinem Dreirade die Friedrichstraße entlang fuhr, vor dem Hause Nr. 100 von dem ihm entgegenkommenden Kraftwagen Nr. 24 der Versuchsabteilung der Verkehrstruppen, geführt von dem Westfalen Blume, überfahren. Ein Schuttmann schaffte den Verunglückten mittels Drofsäke nach der königlichen Klinik in der Fiegelstraße, wo der Arzt nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen konnte. Die Leiche ist dem Schauhause übergeben worden. Die Schuldfrage bedarf noch der Aufklärung.

Verhöhnung der Arbeiter im Kientopp. Uns wird geschrieben: In den Kinematographentheatern des Südens und Südoftens macht jetzt ein Sensationsstück, betitelt „Der Streikführer“, die Kunde, dessen Tendenz jeden denkenden Menschen vor den Kopf stoßen muß und bei den meisten Besuchern, die sich aus der Arbeiterkaste rekrutieren und leider nur die geistigen Erzeugnisse der Scherl- und Woffblätter zu sich nehmen, eine ganz falsche Vorstellung vom Zweck und Ziel der gewerkschaftlichen Organisation erwecken muß. Wie die Pariser Filmfabrik dazu gekommen ist, einen derartigen Unsinns in die Welt zu setzen, ist mir unerfindlich; sicherlich bietet auch die französische Arbeiterbewegung keine Unterlage für diese Verhöhnung. Der Dargestellte ist kurz folgender:

Der Chef einer größeren Stelmacherei überrascht bei seinem Rundgang während der Arbeitszeit einen rauchenden und faulenzenden Arbeiter und weist ihn, nachdem er ihm den Zigarettenstummel abgenommen hat, an die Arbeit. Infolge des darauf entzündeten Wortwechsels wird der Arbeiter entlassen. Dieser beruft eine Versammlung ein und es wird in derselben beschlossen, eine Lohnerhöhung von 10 Pf. pro Stunde und Verkürzung der Arbeitszeit um 2 Stunden täglich zu fordern. In geschlossenem Zuge geht es nun unter den Klängen der Marseillaise zur Fabrik, wo die Kommission dem Chef die Forderung überreicht, die von diesem aber rundweg abgelehnt wird. An der Wohnung des nicht mitstreikenden Werkführers vorbeikomend, werden diesem mit Faustgroßen Steinen sämtliche Fenster eingeworfen. In der Fabrik wird über den Werkführer — eine sehr sympathische Erscheinung — hergefallen. Der Sohn desselben, der seinem Vater zur Hilfe eilt, wird ebenfalls überwältigt und von dem „Streikführer“, einer richtigen Galgenpsychonomie, mit einem Hammer erschlagen, worauf alle die Flucht ergreifen. Am Begräbnistage, als die Familie des Erschlagenen in Begleitung des Chefs den Kirchhof verläßt, bilden die Streikenden entblößten Hauptes Spalier. Kur der „Streikführer“ behält seine Mütze auf, die ihm vom Chef heruntergerissen wird, er selbst wird vor der trauernden Familie auf die Arme gemorost. Eine Ansprache des freundlichen alten Herrn an die Streikenden und sie alle brücken ihm die Hände. Kaum jedoch ist der Fabrikbesitzer außer Schreie, so machen die Arbeiter dem „Streikführer“ und Totschläger Vorwärtse und verabsolgen ihm eine Tracht Prügel.

Kann man sich wohl eine blutigere Verhöhnung der organisierten Arbeiterschaft denken, als daß man diese als Totschläger hinstellt, die um einer Kapalle willen einen Streik vom Jaune bricht und solche außerordentlichen Forderungen stellt? Auf alle Fälle müßte der Verfasser des Theaters etwas vorsichtiger in der Wahl der Stücke sein und den Besuchern nicht solche, die Tatsachen auf den Kopf stellenden Bilder vorführen.

In dem Unglück in der Schußstraße, wo ein Arbeiter überfahren wurde und kurz darauf verstarb, wird uns mitgeteilt, daß der Ueberfahrene Otto Prongel heißt und Rühbrodtstr. 18 wohnt. Der schwere Wagen, der Rauerseine enthielt, ging dem Ärmsten über das linke Bein und über den Unterleib.

Das leidige Abpringen. In der vergangenen Nacht gegen 11 Uhr wurde vor dem Grundstück Gr. Frankfurter Straße 47 der 47 Jahre alte Schneider Adolf Müller, nachdem er von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen abgesprungen war, von den Nähern des Anhängers erfasst und überfahren, wobei ihm der rechte Fuß über dem Knöchel abgetrennt wurde. Ein zufällig anwesender Arzt legte ihm an Ort und Stelle einen Verband an, worauf man den Bewußtlosen mittels Drofsäke nach dem Krankenhaus am Friedrichshain schaffte. Die Schuld trifft Müller um so mehr, als ihn der Schaffner vor dem Abpringen gewarnt hatte.

Trepow-Sternwarte. Im großen Vortragssaal der neuen Trepow-Sternwarte spricht am Sonntag, den 23. Mai, nachmittags 6 Uhr, Direktor Dr. F. S. Archenholz über: „Die Wohnbarkeit der Welten“ und abends 7 Uhr über: „Ein Tag auf dem Monde“. Im Anschluß an letzteren Vortrag wird den Besuchern der Trepow-Sternwarte Gelegenheit geboten sein, im großen Fernrohr den Mond zu beobachten, der ein hervorragendes interessantes Beobachtungsobjekt darstellt. Am Montag, den 24. Mai, abends 9 Uhr, hält Direktor Dr. Archenholz einen Vortrag über das Thema: „Mars, seine Kanäle und Eisfelder“. Die Vorträge sind gemeinverständlich gehalten und mit zahlreichen Licht- und Drehbildern ausgestattet. — Im großen Fernrohr wird in der nächsten Woche am Tage die Sonne und in den Abendstunden zwischen 9 und 12 Uhr der Mond gezeigt, während der Planet Jupiter sowie beliebige andere Himmelsobjekte von den Besuchern durch kleinere Fernrohre beobachtet werden können.

Der Jugendausflug erinnert die Teilnehmer am Kurus in Nationalökonomie daran, daß die letzte Zusammenkunft am Sonntag, den 23. d. M., stattfindet, und zwar, wie besprochen: im Brunwald. Treffpunkt: Station Brunwald, Bahnhof.

Kadrennen zu Steglitz. Das „Kleine goldene Rad“ war ein Plakko für die Bahn, denn so voll es am Sonntag gewesen, so gähnend leer war es am Donnerstag, trotz — oder gerade wegen des schönen Wetters. Der gebotene Sport bestand diesmal vorwiegend in Hitzegerennen und zeitigte manch schönen Endkampf, trotzdem finden diese Rennen keine Gnade vor dem breiten Publikum, das aufregendere Kost liebt und dem der Kampf hinter Motoren Augenweide und Ohrenschmaus zugleich ist. Das „Kleine goldene Rad“ bot diese Gelegenheit. Eigentlich war es ein recht zähes Rennen. Hinz Fahrer, Quddrechts, Janke, van Red, Schulze und Suchepky, stellten sich dem Starter. Die beiden Ausländer Quddrechts und van Red liegen an der Spitze vor Schulze, während die beiden anderen schon zu Beginn ins Hintertreffen geraten. Schulze geht in der 25. Runde vor van Red, der bald darauf Radfäden hat und ebenfalls zurückbleibt. In der 28. Runde wird auch Schulze von dem Belgier geholt, der, trotz mehrfacher verzweifelter Anstrengungen von Schulze, die verlorene Runde gutzumachen, mangelhaften als Sieger das Ziel erreicht. — In dem Hauptrennen, das von Wegener sicher vor Rudela, Peter und Arend gewonnen wurde, gab es einen Protest des letzteren gegen seine Vormänner; an der Fasel wurde demselben stattgegeben, trotzdem aber kein neuer Lauf gefahren. Sämtliche Hitzegerennen hatten überaus starke Felder. Die Ergebnisse sind:

Kleines goldenes Rad (50 Kilometer). 800, 700, 600, 500, 400 M. 1. Hühbrechts, 35 Min. 8 Sek.; 2. Schulze, 650 Meter; 3. Janke, 3100 Meter; 4. van Red, 5820 Meter; 5. Suchepky, 6140 Meter. — Im Preis von Steglitz siegte Sächmlich vor Stabe und Bows und im Kleinen Haupt-

fahren Leylaff vor Reim und Schallwig. Ferner gab es noch zwei Prämienfahren und zwei Vorgabefahren, in denen Wegener und Wegener-Zechner sowie Sächmlich und Salbon die ersten Plätze belegten. Außerdem noch zwei Vereins-Mannschaftsfahren.

Zeugen gesucht. Personen, die gesehen haben, wie am Sonntag, den 2. Mai, mittags, ein Mann am Alexanderplatz von einem Privatstuhlwagen überfahren und schwer verletzt wurde, insbesondere der Herr, welcher die Drofsäke zum Transport des Verletzten nach der Unfallstation holte, werden um Angabe ihrer Adressen an Otto Jzmer, Landsberger Allee 126, IV, gebeten.

Der 19. Zug der Feuerwehre wurde am Donnerstag nach dem Hotel Esplanade, Vellebuestr. 17/18, gerufen, wo ein Mann in einem Fahrstuhl eingeschlossen war. Durch Ausstemmen des Mauermerts gelang es, den zwischen Fahrstuhl und Mauerwerk eingeschlossenen Mann zu befreien. Der Verletzte wurde mit einer Drofsäke nach der Unfallstation in der Kronenstraße gebracht und dort verbunden.

Feuerwehrrichtungen. Am Himmelfahrtstage hatte die Berliner Feuerwehre tüchtig zu tun. So mußte sie abends nach 10 Uhr einen großen Dachstuhlbrand in der Fehrbelliner Straße 19a löschen, der aus noch nicht ermittelten Ursache entstanden war und viel Arbeit verursachte. Die Flammen hatten bei Ankunft der Wehre schon eine große Ausdehnung erlangt und befanden an dem Inhalt der Bodenverkleidung reiche Nahrung gefunden, so daß Brandmeister Lamm mit mehreren Schlauchleitungen längere Zeit kräftig Wasser geben lassen mußte. Nachts um 2 Uhr kam in einer Radiererei in der Müllerstraße 90 ein gefährlicher Brand aus, der Küche, Regale, den Fußboden u. a. ergriffen hatte, als der 16. Zug erschien und durch kräftiges Löschen eine weitere Ausdehnung verhinderte. Am Fiskus Buch brannten gestern Balken an der Uferböschung der Spree. Es gelang die Flammen bald zu löschen. Wegen eines Tischlereibrandes erfolgte ein Alarm nach der Hornstraße 11. Dölger u. a. brannten dort. Der 9. Zug gab mit einer Dampfpumpe Wasser und beseitigte dadurch die Gefahr. Wegen eines größeren Kellerbrandes erfolgten Alarmerie aus der Schönhauser Allee 127a. Papierabfälle u. a. brannten dort unter großer Qualmentwickelung. Gleichzeitig hatte die Wehre in der Köpenickerstraße 76 zu tun, wo Kisten, ein Memisitor u. a. brannten. Ferner hatte die Wehre am Tempelhofer Ufer 83, Stadlauer Straße 19 und Kreuzbergstraße 12 zu tun, wo Kohlen, Raifen u. a. in Brand geraten waren. In der Solmsstraße 4 brannten Gardinen u. a., in der Hofgasse 16 Schalbeden usw. und am Görtzger Ufer 34 Petroleum, Kleider u. a. in einer Küche. Küchen- und Kellerbrände wurden noch aus der Ratibor Straße 1, Wahnmannstraße 2 gemeldet.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Freiwillig aus dem Leben geschieden ist der Genosse Albert Butz. Seit Anfang der 90er Jahre gehörte er der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung an. Als einer der eifrigsten und tüchtigsten stand er stets in der vordersten Reihe und hat viel für die Arbeiterkaste getan. Er nahm in trüber Stunde eine stärkere Dosis zu sich als ihm ärztlerseits verordnet war und starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, nach drei Tagen. Die Arbeiterbewegung verliert in ihm einen treuen Freund und Helfer. Alle, die ihn kannten und schätzen lernten — Freund und Feind — werden Albert Butz in gutem Andenken behalten.

Rixdorf.

„Die Frau und der Sozialismus“ war das Thema, welches Genossin Wurm in einer überaus gut, fast nur von Frauen besuchten öffentlichen Versammlung behandelte. Die Rednerin gab einen historischen Ueberblick der Entwicklung der Frauenarbeit. Ueber 8 Millionen Frauen sind erwerbstätig; ein Beweis dafür, daß das Gerüde der Gegner: „Der Sozialismus zerstöre das Familienleben“ eitel Humbug ist. Tief bedauerlich sei, daß erst 186 000 Arbeiterinnen in Deutschland gewerkschaftlich organisiert sind. Scharf gezielte Rednerin das Bestreben der bestehenden Klasse, den allergrößten Teil der Lasten, die die neue sogenannte „Finanzreform“ im Gefolge hat, auf die nicht mehr tragfähigen Schultern der Arbeiterschaft abzuwälzen. Auch das Verhalten der freisinnigen gezeichnete Rednerin in sarkastischer Weise. Um so größer sei die Pflicht der weiblichen Angehörigen der arbeitenden Klasse, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. In Groß-Berlin sind erst 7000 weibliche Mitglieder der Wahlvereine vorhanden. Darunter gehören über 600 zu Rixdorf. Wenn wir berücksichtigen, daß in Groß-Berlin schon 106 000 Fabrikarbeiterinnen beschäftigt sind, dann sehen wir, daß noch ein großes Tätigkeitsfeld zu bearbeiten ist. — Reicher Beifall und Neuaufnahmen folgten dem Vortrage.

Wilmersdorf.

Verheißene Schiedsrichter. Am 3. Mai 1903 veröffentlichte das „Berliner Tageblatt“ eine Einsetzung des Justizrats Lehfeld, wonach die Stadt Wilmersdorf in einer Geldforderungssache die ursprüngliche Anerkennung der Schuld nachträglich wider Treu und Glauben mit dem Einwand bestritten hätte, daß das Anerkennungsschreiben nur die Unterschrift eines Magistratsmitgliedes getragen habe, während zur Rechtsverbindlichkeit zwei Unterschriften erforderlich sind. In dieser Sache hatte der Stadt. Dr. Wolff den Magistrat um Auskunft erzuht; die ihm erteilte Auskunft gab der Herr am 19. Mai in der Stadtverordnetenversammlung bekannt. Danach liegt der Fall im wesentlichen so, daß von einer Anerkennung der Geldforderung durch die Stadt in keinem Stadium der Angelegenheit die Rede war und das in Betracht kommende Magistratsmitglied dem Vertreter des Klägers, Justizrat Lehfeld, auf dessen Klageandrohung nur mitgeteilt hatte, daß die Geldforderung durch einen Dritten beglichen werde. Dieser Dritte war die Firma Rix u. Genest, die vom Magistrat vor einiger Zeit erzuht worden war, den Sitz eines bei einer Ausschachtungsarbeit verursachten Unfallschadens festzustellen. Für diese Verrichtung hatte die genannte Firma 1418 M. in Rechnung gestellt, eine Summe, die dem Magistrat zu hoch sahen. Er einigte sich mit der Firma dahin, daß die Berechtigung der Forderung auf dem Wege eines Schiedsgerichtsverfahrens festgestellt werden sollte und brachte sich dadurch erst recht vom Regen in die Traufe. Denn von den beiden Schiedsrichtern, Müller und Rix, legte Müller mit Namen, Liquidier der eine 450 M. und der andere gar 650 M. für seine Rühverwaltung. Ein Schiedsrichtersonoraz von 1100 M. bei einem Objekt von 1418 M. war dem Magistrat denn doch etwas zu stark. Seine Bedenken ob der Berechtigung einer derartigen Schöpfung wurden noch vermehrt, als der eine der beiden Herren auf die Anfrage, warum er denn 200 M. mehr fordere als sein Kollege, ganz treuherzig mit der Behauptung herausrückte, daß er sich beim Studium des Falles noch um ein Stückchen kräftiger habe anstrengen müssen als der andere Schiedsrichter. Die Firma Rix u. Genest machte nun als indirekte Ueberbringer eines solchen Geschäftsgebarens doch um ihre Renommee fürchten, und sie erklärte sich daher in einem Uebereinkommen mit dem Wilmersdorfer Magistrat zur Zahlung der Schiedsrichterskosten oder zur Verpflichtung eines Ausgleichs mit dem Schiedsrichtersonoraz bereit. Dies hatte der Magistrat dem Mandatar des Herrn Rixgeleit auf dessen Klageandrohung mitgeteilt und der Rechtsbeistand dieses Herrn hatte nun — wie man zu seinen Günstigen annehmen darf infolge eines Mißverständnisses — nichts Günstigeres zu tun, als den Magistrat von Wilmersdorf im „Berliner Tageblatt“ einer Handlung wider Treu und Glauben zu bezichtigen. Bei der Erörterung der Angelegenheit gab es in der Stadtverordnetenversammlung noch ein kleines Nachspiel, das des pilantem Beigeschmacks nicht entbeherte. Der rechtsnationalliberale Professor Dr. Leibig spidte seine Rede mit einigen kleinen Seiten gegen das „Berliner Tageblatt“. Diese Ausfälle riefen den Stadtverordneten Dr. Heintz, der in seinem privaten Dasein Direktor des Rixschen Erziehungsheims ist, als Kämpfer auf den

Plan. Er entschuldigste das Blatt des Herrn Roffe mit dem an sich ja durchaus richtigen Hinweis, daß es seiner Zeitung möglich sei, sich vor einer Täuschung zu schützen.

Die Verhandlungen über diese Angelegenheit endigten mit der Annahme einer Resolution, worin die Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat das Zeugnis ausstellte, daß er dem Justizrat gegenüber korrekt gehandelt habe und daß daher unter Verurteilung des im „Tageblatt“ geäußerten Verhaltens über den Fall zur Tagesordnung hinweggeschritten sei. Als die beiden Schiedsrichter ihre Forderung ausstellten, haben sie vielleicht das berühmte Schiedsgericht in der Berliner Straßenbahnangelegenheit im Auge gehabt, das jedem der Herren Teilnehmer — Herrn Octavio von Jellity miteingerechnet — das nette Stimmchen von hunderttausend Mark eingebracht haben soll.

Ein Baunfall ereignete sich gestern vormittag auf einem Neubau in der Bieselerstraße 22, der vom Maurermeister Wendel hergeleitet wird. Dort stürzte die Mauerung im ersten Stockwerk zusammen und begrub 5 Arbeiter unter sich. Der Pöster kam mit zwei Köchern im Kopf davon, der Maurer Albrecht erlitt einen Rippenbruch, während die anderen leichte Hautabschürfungen davontrugen. Die herbeigerufene Feuerwehre konnte unverrichteter Sache wieder abziehen, der Bau wurde polizeilich gesperrt. Der Grund des Unfalls soll in nicht einwandfreier Absteifung liegen.

Lichtenberg.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins hörte in ihrer letzten Tagung zunächst ein Referat des Reichstagsabgeordneten Lehmann-Biesbaden, das sich im wesentlichen mit der Finanzmiserie des Reiches beschäftigte. — Der Bericht von der Kreis-Generalversammlung zeitigte eine längere Diskussion. Gemängelt wurde vom Referenten die uneinheitliche Stellungnahme der Lichtenberger Delegierten in der Frage der Reform der Wahl von Parteitagabgeordneten. Rix verteidigte die Haltung derjenigen Delegierten, die entgegen den Beschlüssen im Vorstand und in den Bezirken votierten. Der „Vorwärts“ habe einen unwarren Bericht von der Generalversammlung gebracht. Es sei nicht wahr, daß, wenn es dort heiße, es sich in der Hauptsache um die Kandidatenauffstellung gehandelt habe. Er wundere sich nur, daß die Druderschwärze nicht schamrot geworden sei.

Anmerkung der Redaktion. Genosse Rix hätte sich die Entzündung wirklich sparen können. Wenn er der Meinung war, der Berichtshatter habe sich in der Auffassung über die Bedeutung der beschriebenen der Generalversammlung vorgelegten Anträge geirrt, hätte er das als seine subjektive Meinung ausdrücken können. Andere Leute dürfen aber doch wohl eine andere Auffassung haben.

Nieder-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevorstandssitzung mußte die Pflasterung der Lindenstraße nochmals vertagt werden, da die neuen Offerten sich nicht so schnell bearbeiten lassen. Es wurde ein neuer Vorschlag gemacht, dahingehend, Holzpflaster zu verwenden. Ein weiterer Punkt: Bestimmung des Pflastermaterials für die auf Kosten der Eigentümer Schneiden und Herms anzulegenden Straße, wurde ebenfalls vertagt. Die Firma Worch u. Co. will die Straße 12 ausbauen. Die Kosten betragen 36 000 M. Hierzu will die Gemeinde Pantows 18 000 M., die Firma Worch 12 000 M. bezahlen, den Rest von 6000 M. soll die hiesige Gemeinde übernehmen. Die Vertretung stimmte dem Vorschlag zu.

Eine „schwarze Liste“ nicht empfehlenswerter Mieter. Der neue Haus- und Grundbesitzerverein hat in seiner letzten Versammlung beschlossen, die Schulliste des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine gegen nicht empfehlenswerte Mieter anzuschaffen. Die Gemeingefährlichkeit dieser Liste haben wir vor längerer Zeit nachgewiesen.

Tegel.

Aus der Gemeindevorstandssitzung. In der am 27. April stattgefundenen Gemeindevorstandssitzung, aus der unser Genosse Arendsee mit 914 Stimmen als gewählt hervorging — die bürgerlichen Parteien hatten 333 Stimmen auf sich vereinigt — lagen drei Einsprüche vor. Ein Einspruch eines Herrn Gedde, Hauptstr. 23, bezweifelte die Wählbarkeit des Genossen Arendsee als Angelegener. Der zweite, von Herrn Westphal erhoben, betang die kurze Wahlzeit. In der Begründung wird ausgeführt, daß infolge dessen über 1500 Wähler, welche zweifellos national gewählt hätten, vor allem Geschäftsleute, nicht zur Wahl gehen konnten resp. wieder hätten unehren verlassen müssen, und außerdem der Wahlakt sich bis Witternacht hingezogen hätte. Der letztere Einwand stimmt nicht, da um 1/10 Uhr das Resultat verkündet worden ist. Der dritte Einspruch ist von einem Herrn Gödel oder Gödel erhoben. Derselbe will die Wahl für ungültig erklärt haben wegen des Terrors, der von der sozialdemokratischen Partei geübt wird. Der Bürgermeister glaubte ausführen zu müssen, daß es ja bekannt sei, in welcher Weise von sozialdemokratischer Seite Terror geübt wird. Die nationalen Arbeiter gingen aus diesem Grunde nicht zur Wahl, weil sie befürchteten, nachher mit blutigen Köpfen umherzulaufen. Er kam auch auf die Ungültigkeitserklärung der vier Landtagsmandate zu sprechen und meinte, aus denselben Gründen müßte auch die Wahl des Genossen Arendsee für ungültig erklärt werden. Da sich keine Ausführungen mit denen des „Tegeler Anzeiger“ decken, so lassen sie sonderbare Schlüsse zu. Unser Dorfsobershaupt behauptet sogar, daß auch unser Genosse Kettner nur durch Terrorismus einen Teil seines Hauses verkauft habe, um Arendsee zum Angelegenen zu machen. Genosse Lidtenberg trat diesen Ausführungen entgegen. Er wies auf den von nationaler Seite ausgehenden Terrorismus hin und erklärte, daß von uns der Beweis erbracht werden kann, daß Gemeindevorstandern von ihren Vorgesetzten gesagt wurde, sie haben Treuen zu wählen oder sie werden entlassen. Die öffentliche Stimmabgabe aber allein sei schon Terrorismus, da sie Beamte zwingt, vielleicht gegen ihre Ueberzeugung zu wählen. Was die Wählbarkeit des Gen. Arendsee betreffe, so sei er im Sinne der Landgemeindevorstandssitzung Angelegener. Der Bürgermeister erwiderte, es wäre ja noch schöner, wenn ein Beamter sozialdemokratisch wählen wollte, so etwas gibt es einfach nicht. In bezug auf die Gemeindevorstandssitzung erklärte er, ihm sei nichts dergleichen bekannt, es sei aber jedes Arbeiters Recht, andere aufzufordern, für einen bestimmten Kandidaten zu stimmen. Er glaubte nochmals auf die schaurigen Bluttaten, die jedenfalls durch Studium von Reichsverbandsschlagblättern in seinem Kopfe spukten, hinweisen zu müssen. Der Gemeindevorstandsschäfer vertrat die Ansicht, daß den Anforderungen der Landgemeindevorstandssitzung Genüge geleistet ist. Er ist weiter der Meinung, daß von sozialdemokratischer Seite nicht mehr Terror geübt worden ist, als von anderen Parteien und bei anderen Wahlen, und tritt für Gültigkeitserklärung ein. Gemeindevorstandsschäfer: Daß Terrorismus geübt wird, steht fest (er muß es ja wissen!), aber hier ist es in so verletzter Form geschehen, daß darauflin wohl nicht auf Ungültigkeit der Wahl erkannt werden wird. Genosse Haffes weist die Ausführungen des Bürgermeisters zurück und erklärt, daß die Arbeiter durch ihre Organisationen soweit erzogen sind, um niemand mit Prügel zu drohen. Niemand gibt es in jeder Partei. Zu erwähnen sind noch die neuen Ausführungen des Herrn Ecken, welcher der Sozialdemokratie empfahl, sich an den Parteibesitzerverein zu wenden; unter den 170 Mitgliedern sei sicher einer, der ihre Interessen vertreten hätte. Es wurde schließlich eine Kommission zur Prüfung der Einsprüche gewählt; ihr gehören außer unserem Genossen Lidtenberg die Herren Reichelt, Linger und Schäfer an. Vorher wurde außer einigen belanglosen Vorlagen beschlossen, die Postkoffer anzulassen und die darauf befindlichen Gebäude zu einem Feuerwehrrudewerk umzubauen. Endlich soll auch am Eingang der Vorflüßigen Fabrik eine Bedürfnisanstalt errichtet werden, des weiteren sollen Angellarten zum Hafen ausgegeben werden. Der Preis derselben soll pro Jahr 3 M. betragen.

Wendisch-Buchholz.

Der Geldschrankbruch in Wendisch-Buchholz, über den wir berichtet, ist erdichtet, der Kammereinschneider Paul Kirchner

IMK.

wöchentliche Teilzahlungen liefere elegante, fertige Herren-Garderoben.

Ersatz für Maß. Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.

1. Geschäft: NO., Gr. Frankfurter Str. 38^{II} Eingang Straßberger Platz.
2. „ NW. (Moabit), Turmstraße 18^I



hochfeine 6 Pf. Cigarre

vorzügl. würziger Geschmack

J. NEUMANN

Cigarren-Fabriken - 103 Filialen.
Cigarren-Fabriken. Begründet 1850

In 160 Zweiggeschäften
gleiche Nummern zu gleichen
Preisen.

Leihhaus

Wrangelstr. 83.
Schnelle Beilegung jeder Wert-
sache, Gefährdungsfälle in Herren-
und Damen-Garderobe, Betten,
Bücher, Uhren, Gardinen,
Portieren u. Monatsgarderobe.

Zur Aufklärung!

Die Packung von KUNEROL ist absichtlich in einer Form und Farbe gehalten, welche jede Verwechslung mit irgend einem anderen Palmen-Butter-Fabrikat, richtig ausgedrückt Cocosbutter-Fabrikat, ausschließt. Wer eine wirklich erstklassige, allerfeinste Cocosbutter zum Braten, Backen oder Kochen haben will, verlange überall ausdrücklich

KUNEROL

in purpurroter Schleife
oder blauer Emailleboxe

und lasse sich nichts anderes als KUNEROL aufdrängen.

KUNEROL-WERKE, BREMEN

Wien, Aitzgersdorf, Dux, Verona, Christiania, Odessa.

Gesamtproduktion täglich ca. 180 000 Pfund.

Ausnahme-Preise.

Abnahme: Mai, Juni, Juli.

A. B. Koch

Kohlen-Größhandlung
Gegründet 1893.
Hauptkontor Berlin O. 34,
Petersburger Straße 1
(vis-à-vis Warschauer Straße).
Teleph. Amt 7 Nr. 3040 u. 3098.

Lagerplatz I: Berlin O. 34, Bismarck-
berger Str. 16 (am Ostbahnhof).
Lagerplatz II: Berlin O. 17, Frucht-
straße 13 (Güterbahnhof Ostbahn).
Lagerplatz III: Güterbahnhof West-
liche, Greifswalder Straße 80a.
Teleph. Amt VII, 7624. 6962.
Lagerplatz IV: Berlin N., Schmer-
straße 28-31 (Ecke Schivelbeiner
Straße).

Preise für nur in Marken ab Platz
von 10 Str. an:

Prima Galbicine
Herdman Str. 78 Pf.
Galbicine Rauch-
hammer Str. 81 Pf.
Galbicine Mhd. Str. 85 Pf.
Herdman-Strif. Str. 80 Pf.
Anna und Wald-
mannshoff Str. 87 Pf.
Pflaumerhoff Str. 89 Pf.
la Diamant-Salon
(v. Str. 110-120 St.) Str. 95 Pf.
la Anb. Kohlen-
werke Str. 95 Pf.
la Nite Salon Str. 95 Pf.
la Antrags-Cade Str. 2,15
Kofe, Treinflohen usw. zu den
billigsten Tages- und Konventions-
preisen. Anlieferung frei außer je
nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf.
mehr. — Bei Originalanfragen und
größeren Abköpfen verlangen Sie
meine Spezial-Offerte.

12. Ziehung 5. Kl. 220. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 21. Mal vormittags.

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

50 239 27 71 130 131 613 714 2017 146 207 454 69
[500] 690 945 63 3028 747 484 508 320 4194 232 483 520
45 109 520 312 623 [500] 59 848 6943 150 74 [1000] 252
690 920 7026 215 [500] 84 8009 82 107 44 277 621 27 629
833 965 9065 165 197 887 853

10020 215 200 742 26 [500] 11974 726 22 621 12113
48 207 428 518 77 819 13070 184 [5000] 218 [1000] 24 947
743 14418 [5000] 418 15113 272 384 506 16001 2 141
211 358 739 1787 611 722 29 860 84 964 85 18139 [5000]

50 203 15 797 828 19135 38 68 [500] 324 49 73 259

20193 315 77 213 828 63 21121 671 811 22089 143
667 770 [500] 902 733 261 617 807 24109 274 630 809
25312 300 [5000] 730 681 100 62 82 26046 120 [500] 617
715 802 39 914 27089 311 44 478 583 213 24 979 22614
201 [500] 412 315 633 705 27 879 28 [500] 29099 44 77
292 356 519 210 11 813 833

30124 [5000] 315 31 [500] 498 347 31043 175 85 445
69 665 148 904 32071 318 784 87 420 23 81 794 801 8-919

62 211 342 223 61 23 219 23 219 46 713 837 74 35983 667
63 36422 50 339 813 944 37987 379 [5000] 232 50 39
[5000] 47 453 600 880 33313 64 30 853 851 39079 233
269 449 [5000] 614 83 3037

40108 271 441 547 617 79 740 801 917 41099 412 532
792 42087 73 158 274 78 354 87 420 23 81 794 801 8-919

42013 204 74 436 544 744 812 517 [500] 81 44043 [1000]

63 69 326 320 807 704 95 815 45112 48 395 581 687 62 828
44 20 46093 308 317 492 61 [500] 682 683 47983 229 234
684 786 883 [5000] 48081 122 65 275 366 80 35 508 [5000]

49214 222 993 827 960 97

50151 673 625 754 24 41 835 65 [500] 51070 583 700

52013 19 25 138 [1000] 433 505 850 717 50 67 896 [1000]

67 53132 [500] 27 122 24 230 61 431 521 670 26 732 825

[500] 304 54664 [1000] 58 148 290 351 [1000] 447 87 [1000]

858 601 64 810 68 81 55157 311 81 719 841 938 39 64

56917 712 76 57121 46 319 21 422 320 36 28 748 [1000]

58048 58 514 21 38 [5000] 39 302 607 728 811 24 40 67 81

57 895 59323 67 325 585 35 70 [500] 790 819

60003 120 68 270 373 876 61318 [500] 33 75 670 870

62002 113 210 284 754 825 960 63989 343 800 974 83

[5000] 64463 911 44 [500] 65 672 668 65097 [5000] 120

71 [1000] 233 859 66099 21 220 851 803 69 902 46 74

67963 97 398 881 742 65 878 979 68223 [5000] 31 224

[500] 38 78 420 [500] 675 63 [500] 800 [1000] 69948 [500]

123 26 [5000] 563 789 831 [500] 94 [500] 399

70002 222 615 44 24 31 819 817 95 71148 [1000] 359

[5000] 325 825 80 513 712 12 70 [5000] 200 [1000] 201

[500] 643 [500] 783 24 381 [1000] 73121 73 217 23

74213 [1000] 547 [5000] 955 75105 218 371 77 465 [500]

697 699 19 974 76653 95 150 239 278 854 913 73 77011

61 87 170 323 607 667 668 607 709 37 88 808 [1000] 85 999

78002 30 [500] 218 814 535 617 713 75 855 79153 65 28

390 [500] 65 428 586 648 777 83 829 50 [500]

80000 132 890 88 509 449 794 924 4 53 62 66 83 82 29

618 94 806 903 [5000] 67 82064 132 222 324 287 [500] 707

635 211 58 83025 61 347 436 969 87 712 818 940

84177 81 321 43 432 885 85000 109 61 75 83 207 998

[5000] 89 [1000] 449 370 [500] 648 713 15 908 86402 84

[500] 87146 519 700 33 [500] 88003 68 331 235 [500]

603 77 89043 143 417 [500] 60 418 749 856 954

90087 219 20 232 450 331 [500] 733 91078 164 322

544 33 [500] 663 70 664 92133 356 898 93067 115 33 308

661 94053 800 876 87 714 75 95039 478 77 851 968 200

150068 235 [500] 333 402 597 709 859 151000

53 85 104 220 23 331 330 68 89 152245 487 865 923

153177 300 154000 11 50 962 155049 66 212 51 60

378 93 448 386 814 156244 622 904 157255 550 429 78

566 11 870 [500] 978 89 61 [500] 158969 713 853

159227 429 671 [1000] 871 [1000]

160288 429 887 89 788 853 161261 [500] 81 308

659 162321 84 475 611 [500] 79 772 [500] 800 [500] 66

163290 810 30 984 164222 70 723 34 302 825 [500]

165165 405 322 90 684 737 32 168192 302 839 [500]

85 908 [500] 167658 101 45 298 355 74 817 68 81 63

632 [500] 42 751 77 854 79 168844 428 54 536 602 711

821 37 169011 141 227 388 485 576 648 827 907

170144 459 740 [500] 849 171288 79 482 [1000]

85 172641 127 41 173062 109 91 204 296 793 219

174002 124 566 629 [1000] 830 175222 34 40 [500]

256 612 794 176427 [500] 58 [5000] 591 652 794 860

979 177033 321 [1000] 626 688 [500] 91 178104 219

325 480 884 815 179128 225 607 8 741 927

180089 120 354 480 [500] 70 124 [500] 692 933

181018 435 528 41 54 69 649 [500] 182139 877 904 59

183143 61 791 451 688 793 924 184018 44 137 219

72 315 39 71 421 39 77 577 674 732 848 185341 [1000]

83 595 97 604 186294 95 344 764 77 187198 541 650

883 989 188020 229 301 684 834 71 189108 491 647

74 94 710 66 853 73

190079 219 77 201 82 483 733 191264 297 703

192004 204 68 80 322 73 459 591 833 78 821 [500] 97

193186 251 458 829 [1000] 67 910 194818 27 206 57

551 69 551 78 195010 13 78 135 543 84 [500] 494 548

58 634 [500] 708 30 [1000] 196110 [500] 87 [500]

231 31 752 197084 107 225 82 93 396 [500] 444 862

198003 631 780 871 954 [1000] 199124 25 275 331 682

976 [500]

200031 [500] 194 553 785 201079 149 211 302 413

[500] 902 [500] 711 89 883 87 [500] 72 929 202627 240

317 405 43 [500] 404 945 203097 219 51 83 635 719 960

50 204529 41 698 98 774 848 29 205083 [1000] 370 447

327 421 788 890 944 [5000] 206150 290 70 21 66 412 505

86 207297 64 284 85 854 814 44 [500] 60 208007 69

278 78 469 96 [500] 209031 [500] 158 94 268 378 504 729

888 355

210198 [500] 542 535 64 211091 197 758 [500] 312

88 451 91 564 700 [500] 99 297 212043 87 223 42 [5000]

97 416 71 585 88 900 729 213028 174 85 224 [1000] 334

414 351 729 801 [500] 66 900 214031 37 124 75 279 341

77 471 625 770 818 327 215041 184 280 35 202 594 708

98 216311 70 325 402 8 669 123 49 994 217016 133

398 632 [500] 79 218315 469 220 613 729 39 219240

287 852

220558 876 941 [1000] 88 221018 71 120 29 [500]

63 328 819 871 48 74 [500] 222015 [500] 67 693 782

223080 986 91 469 816 724 224344 602 [500] 721 83

806 [500] 939 [500] 77 225089 491 580 88 705 702 821

902 226117 462 874 594 76 96 227061 474 664 743

623 22812 229044 175 210 [1000] 40 [500] 422 665 70

868 689

230240 359 [1000] 593 543 [1000] 231161 85 777

898 964 [5000] 29 232117 256 278 [1000] 477 505 26 813

23 934 233023 149 94 [500] 374 772 234088 254 456

[5000] 659 125 235479 302 621 [500] 741 [500] 236123

97 939 60 237089 229 300 335 42 238021 35 144 403

25 683 708 829 977 239038 45 351 61 631

240450 513 [500] 14 85 96 717 852 241268 741

883 242084 82 373 417 518 [1000] 45 613 43 [500] 770

843 908 19 65 243111 258 244009 [500] 89 81 738 87

812 39 68 956 [500] 245188 278 644 [1000] 769 78 89

988 927 32 246114 268 36 [1000] 684 627 709 15 [500]

857 247118 801 879 248314 [1000] 73 541 60 876 923 79

249082 258 304 42 84 857 708 871 80 969

250044 64 117 58 86 [500] 242 400 566 682 800

251074 184 89 373 432 509 820 51 [500] 219 23 97 252118

95 [5000] 328 [500] 734 802 51 253191 278 469 729 81

843 60 921 49 254022 [500] 588 872 793 803 255176 281

787 8

Die Angestellten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands

Stellen am Donnerstag einen Kongress im „Grand-Hotel Alexanderplatz“ zu Berlin ab. Er war besucht von 658 Teilnehmern, und zwar etwa 400 aus Berlin, die übrigen aus verschiedenen größeren Städten.

Der Zweck des Kongresses war, Stellung zu nehmen zur Reichsversicherungsordnung. — Der Referent Siebel (Berlin) empfahl die Annahme folgender Leitfäden:

Der Kongress der Angestellten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands erklärt die freie Selbstverwaltung als die beste Bürgschaft für die reifliche Erfüllung des sozialen Zweckes der Arbeiterversicherung.

Deshalb lehnt der Kongress die Art der im Entwurf vorgesehenen gesetzlichen Regelung der Rechtsverhältnisse der Angestellten der Zwangs-Krankenkassen und der Berufsgenossenschaften mit aller Entschiedenheit ab, um so mehr, als die Bestimmungen der §§ 420—427 in Verbindung mit § 414 den wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der Kassenangestellten keineswegs entsprechen und die der §§ 777, 779 für die Angestellten der Berufsgenossenschaften völlig unzulänglich sind.

Der Kongress beantragt und erklärt als selbstverständlich, daß alle bisherigen Angestellten der Versicherungsträger in der Reichsversicherung auch nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes weiterbeschäftigt werden, und zwar mindestens zu den bisherigen Gehalts- und Anstellungsbedingungen.

Zur gesetzlichen Regelung der Dienstverhältnisse der Angestellten der Zwangs-Krankenkassen und Berufsgenossenschaften fordert der Kongress ferner:

I. Schaffung von Dienstordnungen durch die Organe der Versicherungsträger.

Die Dienstordnungen, die von Aufsichtsinstanzen weder zu genehmigen noch anzuordnen sind, müssen insbesondere enthalten:

- 1. Für alle Beschäftigten: a) einen Besoldungsplan mit Gehaltsstufen für jede Gruppe der Angestellten; b) Festsetzung der täglichen Arbeitszeit auf höchstens 8 Stunden; c) unterförmige Gehaltszahlung bei unverschuldeter Arbeitsverhinderung auf mindestens 6 Wochen; d) einen mindestens zweiwöchigen Ferienurlaub nach einjähriger Beschäftigung unter Fortzahlung des Gehalts; e) dauernde Anstellung im Sinne der Ziffer 8 nach einer höchstens zweijährigen Tätigkeit, sofern das 21. Lebensjahr vollendet ist; f) Gewährleistung des Koalitionsrechts.

2. Für Hilfsarbeiter und Diätare: Analoge Anwendung der Bestimmungen der §§ 60, 67 und 69 des Handelsgesetzbuchs.

3. Für Angestellte:

- a) Dienstalterszulagen in bestimmten Zeiträumen von insgesamt mindestens 50 Proz. des Grundgehalts; b) Zulässigkeit der Entlassung beim Kündigung nur nach zweimaliger schriftlicher Verwarnung mit Entlassungsandrohung wegen gröblicher Verletzung der Dienstpflichten beim dritten Verstoß, sofern diese Verletzungen in einem Zeitraum von höchstens zwei Jahren fallen.

II. Schaffung gesetzlicher Vertretungen der Angestellten durch

- a) Personalausschüsse, die in geheimer Abstimmung nach den Grundrissen der Verhältniswahl bei jedem Versicherungsträger mit mindestens 10 beschäftigten Personen durch das Personal zu wählen sind; b) Einigungs-Kommissionen und Schiedsausschüsse unter analoger Anwendung der Bestimmungen für die im Entwurf vorgeschlagenen gleichartigen Einrichtungen für Ärzte und Apotheker (§§ 441 bis 446 des Entwurfs der Reichsversicherungsordnung).

III. Aufgaben dieser Vertretungsorgane:

Vor der Aufstellung der Dienstordnung oder bei ihrer Änderung auf Einverständnis des Vorstandes oder auf Antrag des Personals und in allen wichtigen, das Personal oder einen Teil desselben betreffenden Fragen hat der Vorstand den Personalausschuss zu hören und zur Berichterstattung zu laden. Wird eine Verständigung nicht erzielt, so ist die Einigungs-Kommission anzurufen. Kommt auch dann eine Vereinbarung nicht zustande, so fällt die Einigungs-Kommission mit Stimmenmehrheit einen Schiedsspruch; dieser Schiedsspruch muß sich im Rahmen der von den Parteien (Vorstand — Personalausschuss) vor Beginn der Verhandlungen schriftlich zu überreichenden Vorschläge halten.

Gegen Schiedssprüche der Einigungs-Kommission ist Berufung an den Schiedsausschuss zulässig. Dieser entscheidet endgültig und ebenfalls im Rahmen der ihm vorliegenden Parteivorschläge.

Im gleichen Instanzenzuge sind Einigungs-Kommissionen und Schiedsausschüsse als Schiedsgerichte zuständig für Beschwerden wegen einer gegen den einzelnen Angestellten gerichteten Anwendung der Dienstordnung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

IV. Aufsicht, oder anderen Behörden ist nicht das Recht einzuräumen, die Wahl von Angestellten zu beschränken und Anforderungen an die geschäftliche Befähigung festzusetzen.

V. Die Befreiung von Stellungen in Krankenkassen und Berufsgenossenschaften mit Militärdienst darf nicht vorgeschrieben, auch in keiner Dienstordnung festgelegt werden.

Die Ansichten des Referenten wurden in der Diskussion einmütig vertreten. Es sprachen Redner aus Aemsheid, Würzen, Wannheim, Hamburg, Hlm, Dresden, Schwerin, Frankfurt a. M. und Berlin. Alle Redner, mit einer Ausnahme, vertraten Krankenkassenangestellte. Dieser eine (Schulz-Berlin) sagte, er vertrete zwar nur eine Minderheit von Berufsgenossenschaftsbeamten, doch könne er sagen, daß die Mehrheit derselben ebenfalls mit den angestellten Forderungen einverstanden sei, wenn auch die meisten seiner Kollegen nicht den Mut hätten, dafür einzutreten. Die vorgelegten Leitfäden wurden darauf einstimmig angenommen.

Im Vorraum des Kongresssaales befand sich eine interessante Ausstellung zahlreicher Abbildungen von Beinleiden (ausgestellt von Dr. Braun), sowie Zahn- und Mundkrankheiten (ausgestellt von Prof. Dr. Brandt).

Sind Gewerkschaften Versicherungsvereine?

Am 28. April hatten wir ein Urteil des Landgerichts Berlin II mitgeteilt, das der Spindlerischen Betriebskrankenkasse gegenüber zutreffend darlegte, daß Gewerkschaften durch Zahlung von Unterstufungen in Krankheitsfällen keine Versicherungsvereine oder Krankenkassen sind. Jetzt hat das Oberverwaltungsgericht Dresden auf Betreiben des Dresdener Arbeiterssekretärs eine ähnliche Entscheidung gefällt.

Das Mitglied D. des Senefelder-Bundes erhielt von einer Baubener Fabrikantenkasse statt 20 M. nur 18 M. Krankenkassenunterstützung, weil es vom Senefelderbund 12 M. bezog. Diese 12 M. Unterstützung der Baubener Kreisbauernschaft hob das Dresdener Oberverwaltungsgericht auf und verurteilte die Krankenkasse, Krankengeld zu zahlen, ohne Anrechnung der Unterstützung, welche D. aus der Kasse des Senefelderbundes bezieht.

In den Urteilsgründen heißt es:

„Bei der Sachlage ist die Entscheidung über die Berufung lediglich von der Verantwortung der Frage abhängig, ob der Kläger während der Zeit, wo er Mitglied der beklagten Kasse war, infolge seiner Zugehörigkeit zum Senefelderbund „gleichzeitig anderweit gegen Krankheit versichert“ war. Das Oberverwaltungsgericht schließt sich den Ausführungen des Klägers und der herrschenden Anschauung an, und erachtet es nachdem, was sich über die Organisation des Senefelderbundes aus diesem Statut ergibt, als zweifellos, daß dieser Verband mit seiner allgemeinen Unterstützungskasse an sich als eine selbständige Versicherungseinrichtung — als eine „anderweitige Versicherung“ im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes nur angesehen werden kann, wenn den Mitgliedern ein Recht auf die Unterstützung eingeräumt worden ist. Zunächst sei da die von den Parteien in den Vordergrund gestellte Frage zu beantworten: Hatte der Kläger einen Rechtsanspruch auf Gewährung der laut Verbandsstatut versprochenen Unterstützung oder handelt es sich nur um eine freiwillige Leistung? Nach dem Inhalt der Vorschriften des Verbandsstatuts ins Auge, so lautet es ohne weiteres ein, daß sich die Ausführungen der Kasse nicht rechtfertigen lassen. Das ergibt sich schon aus der durch fetten Druck hervorgehobenen Bestimmung des Statuts, wonach alle Unterstützungen freiwillig sind und keinem Mitglied ein gerichtliches klagbares Recht oder sonst ein Rechtsanspruch zusteht. Auch das Wort „Ist“ und „der Hauptvorstand beschließt endgültig über die Leistung von Unterstützungen“ steht der Auffassung entgegen. Weiter spricht gegen sie, daß alle Streitigkeiten zwischen Mitgliedern und Verband ausschließlich von den Verwaltungsböörden des Verbandes entschieden werden. Es muß danach angenommen werden, daß den Leistungen des Verbandes die Eigenschaft rechtlicher Verpflichtungen ein für allemal verweigert sein soll und daß alle erwähnten Geldentscheidungen nur als „Unterstützungen“ anzusehen sind, welche den Mitgliedern in Aussicht gestellt werden. Die Mitglieder können beim Nachweis der Voraussetzungen zwar regelmäßig auf Gewährung rechnen, sie dürfen sie auch fordern, es fehlt ihnen aber die Möglichkeit, sie zu erzwingen, weil ihre Forderungen der Rechtsgrundlage entbehren.“

Im Streitfall ist aber eine gerichtliche Verfolgung seitens der Mitglieder ausgeschlossen und nicht einmal die Anrufung eines Schiedsgerichts zulässig, durch welche ein Anspruch wenigstens mittelbar unter den Schutz der allgemeinen Rechtsordnung gestellt würde. Hiervon kann man das bestehende Verhältnis als ein solches bezeichnen, das nicht auf Recht, sondern auf gegenseitiges Vertrauen beruht und das keine rechtlichen, sondern moralische Ansprüche erzeugt. Die Kasse kann auch nicht geltend machen, das Statut verleihe gegen die öffentliche Ordnung, denn es enthält keine unzulässige Ausschließung des Rechtswegs, weil ein Rechtsanspruch gar nicht zur Entstehung gelangen soll.

Die Frage, ob gewerkschaftliche Organisationen, die auch Unterstützungsvereine besitzen, als bloße Unterstützungsvereine oder aber als Versicherungsvereine, und darum als Konzeptionspflichtig anzusehen sind, hat schon seit langen Jahren eine bedeutende Rolle in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung gespielt. Die Verbände waren von jeher befreit, jede Einmischung der Polizei in ihre Angelegenheiten auszuschließen und wehrten sich nach Kräften gegen die ihnen mehrfach angebotene Genehmigungs-pflicht, und zwar mit Erfolg. Man sieht gewerkschaftliche, genossenschaftliche und vereinsrechtliche Organisationen nur dann als genehmigungspflichtig an, wenn sie nicht bloß „Unterstützungen“ in Aussicht stellen, sondern wenn sie einen Rechtsanspruch einräumen.

Die statutarischen Bestimmungen, welche die Entstehung von Rechtsansprüchen ausschließen, lassen sich auch nicht deswegen beanstanden, weil sie offensichtlich nur zu dem Zweck geschaffen sind, um sich der staatlichen Aufsicht zu entziehen; denn ein solcher Beweggrund enthält für sich allein noch keine unzulässige Umgehung des Gesetzes. Daß die im vorstehenden vertretene Auslegung der Satzungen des Verbandes unter Umständen zu einer Benachteiligung des einen oder anderen Mitgliedes führen kann, ist nicht zu bezweifeln, denn es fehlt jede Möglichkeit zur Erfüllung eines Anspruchs. Gleichwohl kann hierauf kein ausschlag-

gebendes Gewicht gelegt werden. Einmal müsse sie schon von jedem, der das Statut prüft, selbst bei Anwendung geringer Aufmerksamkeit erkannt werden, und sodann bescheit vor allem kein zwingendes öffentliches Interesse, diejenigen, welche von vornherein wissen, daß die Befriedigung ihrer eventuellen Wünsche von dem guten Willen ihrer Genossen und dem Stande der Kasse abhängen, vor Täuschung zu bewahren.

Die beklagte Kasse hat nun, und vom Kläger ist dies nicht bestritten worden, geltend gemacht, daß der Verband bisher in allen Fällen ansichtslos die Unterstützungen gemahnt habe. Allein, aus der allgemein erfolgten Befriedigung kann keineswegs die Anerkennung einer Rechtspflicht gefolgert werden. Nach alledem ist davon auszugehen, daß dem Kläger kein Rechtsanspruch gegen den Verband zustand.

Was die weitere Frage anbelangt, ob eine anderweitige Versicherung im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes einen solchen Rechtsanspruch zur Voraussetzung macht, so kann nicht bestritten werden, daß durch eine solche Doppelversicherung ein großer wirtschaftlicher Vorteil gegeben ist. Das Krankenversicherungsgesetz bezweckt aber, dem Anreiz zur Verschleppung und Uebertreibung mit Entscheidung entgegenzuwirken. Inwiefern ist es nicht angängig, bei Doppelversicherungen auch um solche Unterstützungen zu denken, auf die der Versicherte kein Recht hat. Sonst müßte ja jede Unterstützung aus einem Wohltätigkeitsverein oder einer sonstigen Vereinigung, wo die Bewilligung nur vom Willen des Vereinsvorstandes abhängig ist, ebenfalls in Betracht gezogen werden. Nun stellt aber das Gesetz es in das Ermessen der Krankenkassen, ob man dem Mißbrauch der Doppelversicherungen vorbeugen will. Man überläßt es den Kassen, von ihren Mitgliedern die Anmeldung einer weiteren Versicherung zu fordern oder nicht. Daraus erhellt aber, daß der Gesetzgeber die finanzielle Benachteiligung, welche die Doppelversicherung durch Simulation mit sich bringen kann, für die Krankenkassen nicht so hoch einschätzt. Andernfalls würde er die Doppelversicherung verboten haben. Versichern heißt: ganz sicher machen. Wenn aber der Kläger keinerlei Rechtsanspruch auf die Unterstützung hat, so ist seine Sache eben nicht „ganz sicher“ gemacht. Nach diesem kann der Senefelderbund nicht als Versicherungsverein angesehen werden, sondern als Unterstützungsverein.“

Verfammlungen.

Deutscher Buchbinderverband. Die Jahreshalle Berlin dieses Verbandes hielt am Donnerstag in Kellers Neuer Philharmonie ihre Generalversammlung ab. Der Geschäfts- und Kassenbericht lag gedruckt vor. Er läßt erkennen, daß sowohl in der Verwaltung wie in den verschiedenen Kommissionen viel Arbeit für die Organisation geleistet worden ist. Wie aus den Berichten der verschiedenen Branchen zu ersehen ist, kam es im Laufe des Quartals in einer großen Anzahl von Verhandlungen mit den Arbeitgeberern, die meist zugunsten der Arbeiter erledigt wurden. In der Buchbinderbranche fanden zwei Werkstättenstreiks statt und sie endeten nach kurzer Dauer mit Erfolg. Merkwürdig ist, daß die Firma Paul Richter — der Obermeister der Innung — die Anerkennung des tariflichen Minimallohnes ablehnte mit der Begründung, daß die Arbeiten, die er für die Stadt Berlin ausführt, zu niedrig bezahlt würden. — Der Geschäftsjahrgang war allgemein sehr schlecht. Die Jahreshalle hatte am Quartalschluß 8236 weibliche und 2808 männliche Mitglieder. Das ist gegenüber dem vorigen Quartal ein Rückgang um 115 Mitglieder. Jedoch ist seit der Drucklegung des Berichts der Mitgliederbestand um 138 gestiegen, so daß also trotz der Wirtschaftskrise immer noch ein kleiner Zuwachs zu verzeichnen ist. Der Bevollmächtigte Marx teilte ferner mit, daß bei der von der Arbeiterkammer am 17. Februar veranstalteten allgemeinen Arbeitslosen-Zählung, soweit das Buchbindergewerbe ufm. in Betracht kommt, 291 männliche und 813 weibliche Arbeitslose gezählt wurden, während am gleichen Tage im paritätischen Nachbarbezirk nachweis 523 männliche und 177 weibliche Arbeitslose eingetragenen waren. Die 82 männlichen Arbeitslosen, die bei der Hauszählung nicht ermittelt wurden, sind offenbar diejenigen, die in weiter entfernten Vororten wohnen. Daß andererseits bei der Hauszählung 136 weibliche Arbeitslose mehr gefunden wurden, ist darauf zurückzuführen, daß es noch eine große Anzahl Arbeiterinnen gibt, die sich nicht auf dem Arbeitsnachweis melden. — Aus der Abrechnung vom 1. Quartal 1909 ist zu ersehen, daß die Kasse, den alten Bestand mitgerechnet, 53 232,48 M. Einnahmen hatte, während die Ausgaben 8 477,33 M. betragen. Der Lokalzuschlag zur Arbeitslosenunterstützung erforderte 1950,75 M. Die Abrechnung der Zentralkasse schließt mit der Bilanzsumme von 30 406,40 M. ab. Hier erforderte die Arbeitslosenunterstützung 17 664,50 M. und für Krankenunterstützung wurden 8260,50 M. ausgegeben. Auf dem paritätischen Nachweis meldeten sich im Laufe des Quartals 641 männliche und 746 weibliche Arbeitslose; verlangt wurden 356 Gehilfen und 650 Arbeiterinnen; besetzt wurden von jenen 274 Stellen, von diesen 468. Dazu kommen noch ein paar hundert Ausschüßstellen. In der Bibliothek der Jahreshalle ist der Buchbestand von 1775 auf 1804 Bände erhöht worden. Die Bibliothek wurde 801 mal von männlichen und 514 mal von weiblichen Mitgliedern benutzt.

Die Berichte, die von dem Bevollmächtigten Marx sowie dem Kassierer Bittomski noch mündlich ergänzt wurden, hatten eine längere Diskussion nicht zur Folge. Marx gab bekannt, daß, wie durch Marktenkontrolle festgestellt worden ist, 1880 Mitarbeiter an der Vormittagsversammlung der Buchbinder beteiligt haben, ungefähre ebenso viele wie im vorigen Jahre. — Es wurde sodann eine bereits in der Branchenversammlung der Lurupapierarbeiter gefasste Resolution angenommen, die den Verbandsvorstand ersucht, die in Aussicht genommene Anstellung eines Agitationsleiters für Berlin so viel wie möglich zu beschleunigen. Ferner wurde unter anderem ein Antrag angenommen, wonach die Ortsverwaltung einen Entwurf auszuarbeiten soll, der die Zusammensetzung der Generalversammlungen der Jahreshalle aus in den Verbandsersammlungen zu wählenden Delegierten zum Ziele hat. Als Delegierte zu dem am 6. Juni in Rathenow stattfindenden Saaltag wurden Rudolf Hoffmann, Lippoldt, Dergog und Teutsch gewählt.



Sunlicht Seife

verwenden alle Frauen, denen es an der Erhaltung ihrer Aussteuer gelegen ist! Die Milde und Reinigungskraft dieser Seife ist unübertroffen, denn sie ist reine Seife und nur diese bietet Garantie gegen die vorzeitige Abnutzung der Wäsche! Chemische Waschmittel zweifelhafter Art sind daher zu vermeiden!



Sie finden hinter
meinem Fenster einen großen Laden und ein riesen-
lager neuester
Herren- „Knaben-Garderobe
das Sie ohne Kaufzwang besichtigen können.
Mein Verkaufssystem
schützt jeden Käufer
vor Uebervorteilung.
Jeder Anzug und Paletot trägt auf dem Etikett den deutlich
lesbaren billigsten, aber streng festen Preis.
Bei mir gibt es
kein Vorschlagen, kein Abhandeln.
Heinrich Ferester,
nur Reinickendorfer Straße 8
am Weddingplatz, gegenüber der
Dankeskirche neben der Markthalle. Lieferant d. Rabatt-
Sparvereins Norden.

Hutfabrik
Alfred Krug Brunnenstraße 54,
Schönhaus. Allee 115
Gerrenhüte Mt. 1,00, 2,40, 3.—, ff. 4,50.
Strohüte in allen Preislagen.
Mützen in allen Preislagen von 35 Pf. an.
Größte Spezialgeschäfte des Nordens!
Leser dieser Zeitung 5 Prozent Rabatt!

Auf Kredit!
Kinderwagen
Anzahlung
Nebensache
Grösste
Auswahl

Neuheiten
Kostüme, Blusen,
Anzüge, Paletots.
Gelegenheits-Käufe
stets am Lager.
Möbel
1 Zimmer Anzahlung 10 Mark.
2 Zimmer Anzahlung 20 Mark.
3 Zimmer Anzahlung 30 Mark.
4 Zimmer Anzahlung 40 Mark.
M. Landau
193 Oranienstr. 193
Bis 10 Uhr geöffnet.

Auf Kredit!
Sportwagen
Spielend leichte
Teilzahlung
Billigste
Preise

Krawatten
Wäsche
Herren Hülfe
In bekannt guten Qualitäten.
Sprengel
Wienerstrasse 148
Admiralsstrasse 30
Wirtshaus Schloß Woltersdorf.
Sonntag, den 23. Mai: Extra-
fahrt von „Gala Rufen“ (Sächsischer
Bunde). Abfahrt: vormittags 9 Uhr,
nachmittags 2 Uhr. Hin- und Rück-
fahrt 75 Pf. Bogu ergebnis einladet
13322 Robert Schmidt.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellensuche
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort
(setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

10r die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Totalverkauf. Restbestände
Tuch- und Blüschpottieren, Garnitur
2,65, 3,75, 4,85, 5,65, 6,75, 8,50, 9,50
u. m. Weihenbergs Porzellanhaus,
Große Frankfurterstraße 125 2008R
Tuchdecken, extra groß, 1,95,
2,25, 3,35, 4,25 u. m.
Erbsenbrot, entzündende Aus-
führungen, 3,45, 3,85 4,60, 5,25, 6,00
u. m. Gardinenhaus, Große Frank-
furterstraße 125.
Nischenputz Gardinenreste und
einzelne Fenster (3 Schäl) mit
10 Prozent Rabatt, Fenster 1,25,
1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,50 u. m. Gar-
dinenhaus, Große Frankfurter-
straße 125.
Tuchdecken 1,25, 1,75, 2,50, 3,50
u. m.
Wäschdecken 3,85, 4,85, 6,50,
7,55, 9,25 u. m. Große Frankfurter-
straße 125.
Nischenputz Steppdecken, Bolle
und Einliedje, 3,25, 3,85, 4,50, 5,50,
6,50, 7,85 u. m. Große Frankfurter-
straße 125.
Wasserverkauf von Möbelstol-
len, Anleimen- und Ankerstol-
len zu Spottpreisen. Weihenbergs
Teppichhaus, Große Frankfurter-
straße 125.
Teppiche! (schlechte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Renna, Quedlin-
burger Markt 4, Bahnhofs Börse. 20411*

Fünfstäg wöchentlich. Möbel, Gar-
dinen, Uhren, Kinderwagen, Wäsche,
Bettten, Steppdecken, Gardinen, Teppiche,
Porzellan, Eisenmöbel, Kron-
leuchter, Sprechmaschinen, Trauringe,
Kranzton, Stargarderstraße 64. *
Vorwärtsleiter erhalten 5 Prozent
Estrabatt selbst bei nachstehend auf-
geführten Gelegenheitskäufen. Teppich-
Thomas, Oranienstraße 160, Oranien-
platz. 20494R
Teppiche, farbfehlende, spott-
billig.
Schülerpaids, großer Posten,
unter Preis.
Gardinen, Stores, Muster-
exemplare, für halben Wert.
Schlafdecken, ein Posten, für
halben Wert.
Steppdecken, Kusterhüte, spott-
billig.
Vorwärtsleiter, beachtet vor-
stehende 6 Anzeigen.

**Kinderwagen, Sportwagen, Bett-
stellen, juradefekte, gebrauchte,
Größere Katen Kaffapreis. Andreas-
straße 53. 742
Rolle, gut erhalten, verkauft sofort
Danzburgerstraße 30. 787
Sportwagen, Verdel, verkauft
Ulrich, Schleißerstraße 19 Abend
6 bis 8. 74
Nähmaschine billig Kaffapreis,
Nöckerstraße 79, Quergebäude 1.**

Fahrräder.
Fahrräder, Teilzahlungen. An-
zahlendstraße 20, Eschingerstraße 40,
Lammstraße 31. 1820R
Groß-Berlin billige Fahrräder
Bezugsquelle, Fahrradgeschäft Ueber-
lottendurg, Dismarckstraße 62, Kr.
beiter - Radfahrerbund 10 Prozent
Rabatt. 1850R
Fahrräder, Damenrad
einmal benutzt 40,00 Holz, Blumen-
straße 36 b. 1638R
Fahrräder, Damenrad
30,00, 30,00, Eschel, Inselstraße 13.
Geschäftsfahrräder, außerst habil,
50,00 an Holz, Blumenstraße 36 b. *
Fahrräder, Teilzahlungen ohne
Preisauflage, Zubehör, Gummi,
Reinigungsmaschinen taumend billig.
Kohringstraße 40 und Eschlg,
Eschlgstraße 115. 2020R
**1000 Brennabor, Adler, Dürkopp-
räder** usw. 5,—, 10,—, 15,—, 20,—,
25,—. Auch Einzelverkauf, Engros-
preise. Fahrradgroßhandlung,
Kochmeisterstraße 14. 2048R
5000 neue Fahrräder, 35,—, 40,—,
45,—, 50,—, in deganterer Aus-
führung 75,— (Zehnjährige Gar-
antie). Rohnow, größtes Fahrrad-
haus Berlin, Weinmeisterstraße 14.
Jahresumlauf circa 10 000 Fahr-
räder. Tausende Anerkennungs-
schreiben. 2049R
Brennaborräder, Teilzahlungen
ohne Anzahlung, Heide, Däniger-
straße 35. 1917R
Fahrräder, 35,00, 45,00, 55,00,
Nischenputz, langjährige Garantie
Fahrradzubehör spottbillig. Kauf-
männel 1,45, 2,10, Lusthänge 1,45,
2,00. Emailierte Stahlhelme 0,60.
Bernickelte Lenkstangen 1,00. Sattel
1,10. Gepannetes Hinterrad mit
Schwefelkautschuk Freilaufnabe und Rück-
trittbremse 8,00. Freilaufnabe 4,00.
Sattelschalen 0,25. Laternen 0,20.
Nachtlaternen 0,25. Elektrische Laternen
0,40. Fußpumpen 0,50. Radbremsen
0,40. Kettenrad - Garnituren ein-
schliesslich Kurbeln 1,50. Raddrücken
0,10. Schraublich - Verlängerungen
0,40. Gebrauchte Fahrräder 10,00,
15,00, 25,00. Radtemperaturen aller-
billigst. Kuppelplek, Göttingerstraße 15,
Fabrikgebäude; Ladengeschäft Rosen-
thalerstraße 50. Ganzen Sonntag
geöffnet. 2101R

Gerrenfahrer, Damenrad
umständlicher sofort spottbillig,
Baselerstraße 44, I rechts. 2127R
Gerrenfahrer, aufgehäkelte,
Eschingerstraße 19a, II rechts. 796
Musik.
Kaufbaupianos (Gelegenheit)
spottbillig, Baselerstraße 58, Duer-
gebäude 1. 65/18
Pianos, hohes (Schmitz) 130,—
Lammstraße 8, I. 70/13
Violoncellen (neue, doppelt
fördernde Methode bis zur Vollendung)
gibt erfahrener Künstler wöchentlich,
auf Wunsch auch nur eine Lektion
a 1,25 R., bei zwei Schülern je 75 Pf.
Erferten unter D. 2 Expedition des
„Vorwärts“. *

Möbliertes Zimmer Keltower-
straße 10, III rechts. 7131
Schlafstellen.
Möblierte, saubere Schlafstelle
Königsbergerstraße 37, Hof II,
Dorfstraße. 20696
Möblierte Schlafstelle, Herrn,
Gartenweg 63, vorn I Hof. 742
Möblierte Schlafstelle Dresden-
straße 38 III rechts. 27006
Schlafstelle, saubere, ein auch zwei
Herrn. Gärtninger, Ballstraße 19.

Verkaufe.
Totalverkauf. Restbestände
Tuch- und Blüschpottieren, Garnitur
2,65, 3,75, 4,85, 5,65, 6,75, 8,50, 9,50
u. m. Weihenbergs Porzellanhaus,
Große Frankfurterstraße 125 2008R
Tuchdecken, extra groß, 1,95,
2,25, 3,35, 4,25 u. m.
Erbsenbrot, entzündende Aus-
führungen, 3,45, 3,85 4,60, 5,25, 6,00
u. m. Gardinenhaus, Große Frank-
furterstraße 125.
Nischenputz Gardinenreste und
einzelne Fenster (3 Schäl) mit
10 Prozent Rabatt, Fenster 1,25,
1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,50 u. m. Gar-
dinenhaus, Große Frankfurter-
straße 125.
Tuchdecken 1,25, 1,75, 2,50, 3,50
u. m.
Wäschdecken 3,85, 4,85, 6,50,
7,55, 9,25 u. m. Große Frankfurter-
straße 125.
Nischenputz Steppdecken, Bolle
und Einliedje, 3,25, 3,85, 4,50, 5,50,
6,50, 7,85 u. m. Große Frankfurter-
straße 125.
Wasserverkauf von Möbelstol-
len, Anleimen- und Ankerstol-
len zu Spottpreisen. Weihenbergs
Teppichhaus, Große Frankfurter-
straße 125.
Teppiche! (schlechte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Renna, Quedlin-
burger Markt 4, Bahnhofs Börse. 20411*

Fünfstäg wöchentlich. Möbel, Gar-
dinen, Uhren, Kinderwagen, Wäsche,
Bettten, Steppdecken, Gardinen, Teppiche,
Porzellan, Eisenmöbel, Kron-
leuchter, Sprechmaschinen, Trauringe,
Kranzton, Stargarderstraße 64. *
Vorwärtsleiter erhalten 5 Prozent
Estrabatt selbst bei nachstehend auf-
geführten Gelegenheitskäufen. Teppich-
Thomas, Oranienstraße 160, Oranien-
platz. 20494R
Teppiche, farbfehlende, spott-
billig.
Schülerpaids, großer Posten,
unter Preis.
Gardinen, Stores, Muster-
exemplare, für halben Wert.
Schlafdecken, ein Posten, für
halben Wert.
Steppdecken, Kusterhüte, spott-
billig.
Vorwärtsleiter, beachtet vor-
stehende 6 Anzeigen.

**Kinderwagen, Sportwagen, Bett-
stellen, juradefekte, gebrauchte,
Größere Katen Kaffapreis. Andreas-
straße 53. 742
Rolle, gut erhalten, verkauft sofort
Danzburgerstraße 30. 787
Sportwagen, Verdel, verkauft
Ulrich, Schleißerstraße 19 Abend
6 bis 8. 74
Nähmaschine billig Kaffapreis,
Nöckerstraße 79, Quergebäude 1.**

Fahrräder.
Fahrräder, Teilzahlungen. An-
zahlendstraße 20, Eschingerstraße 40,
Lammstraße 31. 1820R
Groß-Berlin billige Fahrräder
Bezugsquelle, Fahrradgeschäft Ueber-
lottendurg, Dismarckstraße 62, Kr.
beiter - Radfahrerbund 10 Prozent
Rabatt. 1850R
Fahrräder, Damenrad
einmal benutzt 40,00 Holz, Blumen-
straße 36 b. 1638R
Fahrräder, Damenrad
30,00, 30,00, Eschel, Inselstraße 13.
Geschäftsfahrräder, außerst habil,
50,00 an Holz, Blumenstraße 36 b. *
Fahrräder, Teilzahlungen ohne
Preisauflage, Zubehör, Gummi,
Reinigungsmaschinen taumend billig.
Kohringstraße 40 und Eschlg,
Eschlgstraße 115. 2020R
**1000 Brennabor, Adler, Dürkopp-
räder** usw. 5,—, 10,—, 15,—, 20,—,
25,—. Auch Einzelverkauf, Engros-
preise. Fahrradgroßhandlung,
Kochmeisterstraße 14. 2048R
5000 neue Fahrräder, 35,—, 40,—,
45,—, 50,—, in deganterer Aus-
führung 75,— (Zehnjährige Gar-
antie). Rohnow, größtes Fahrrad-
haus Berlin, Weinmeisterstraße 14.
Jahresumlauf circa 10 000 Fahr-
räder. Tausende Anerkennungs-
schreiben. 2049R
Brennaborräder, Teilzahlungen
ohne Anzahlung, Heide, Däniger-
straße 35. 1917R
Fahrräder, 35,00, 45,00, 55,00,
Nischenputz, langjährige Garantie
Fahrradzubehör spottbillig. Kauf-
männel 1,45, 2,10, Lusthänge 1,45,
2,00. Emailierte Stahlhelme 0,60.
Bernickelte Lenkstangen 1,00. Sattel
1,10. Gepannetes Hinterrad mit
Schwefelkautschuk Freilaufnabe und Rück-
trittbremse 8,00. Freilaufnabe 4,00.
Sattelschalen 0,25. Laternen 0,20.
Nachtlaternen 0,25. Elektrische Laternen
0,40. Fußpumpen 0,50. Radbremsen
0,40. Kettenrad - Garnituren ein-
schliesslich Kurbeln 1,50. Raddrücken
0,10. Schraublich - Verlängerungen
0,40. Gebrauchte Fahrräder 10,00,
15,00, 25,00. Radtemperaturen aller-
billigst. Kuppelplek, Göttingerstraße 15,
Fabrikgebäude; Ladengeschäft Rosen-
thalerstraße 50. Ganzen Sonntag
geöffnet. 2101R

Gerrenfahrer, Damenrad
umständlicher sofort spottbillig,
Baselerstraße 44, I rechts. 2127R
Gerrenfahrer, aufgehäkelte,
Eschingerstraße 19a, II rechts. 796
Musik.
Kaufbaupianos (Gelegenheit)
spottbillig, Baselerstraße 58, Duer-
gebäude 1. 65/18
Pianos, hohes (Schmitz) 130,—
Lammstraße 8, I. 70/13
Violoncellen (neue, doppelt
fördernde Methode bis zur Vollendung)
gibt erfahrener Künstler wöchentlich,
auf Wunsch auch nur eine Lektion
a 1,25 R., bei zwei Schülern je 75 Pf.
Erferten unter D. 2 Expedition des
„Vorwärts“. *

Möbliertes Zimmer Keltower-
straße 10, III rechts. 7131
Schlafstellen.
Möblierte, saubere Schlafstelle
Königsbergerstraße 37, Hof II,
Dorfstraße. 20696
Möblierte Schlafstelle, Herrn,
Gartenweg 63, vorn I Hof. 742
Möblierte Schlafstelle Dresden-
straße 38 III rechts. 27006
Schlafstelle, saubere, ein auch zwei
Herrn. Gärtninger, Ballstraße 19.

Verkäufe.
Totalverkauf. Restbestände
Tuch- und Blüschpottieren, Garnitur
2,65, 3,75, 4,85, 5,65, 6,75, 8,50, 9,50
u. m. Weihenbergs Porzellanhaus,
Große Frankfurterstraße 125 2008R
Tuchdecken, extra groß, 1,95,
2,25, 3,35, 4,25 u. m.
Erbsenbrot, entzündende Aus-
führungen, 3,45, 3,85 4,60, 5,25, 6,00
u. m. Gardinenhaus, Große Frank-
furterstraße 125.
Nischenputz Gardinenreste und
einzelne Fenster (3 Schäl) mit
10 Prozent Rabatt, Fenster 1,25,
1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,50 u. m. Gar-
dinenhaus, Große Frankfurter-
straße 125.
Tuchdecken 1,25, 1,75, 2,50, 3,50
u. m.
Wäschdecken 3,85, 4,85, 6,50,
7,55, 9,25 u. m. Große Frankfurter-
straße 125.
Nischenputz Steppdecken, Bolle
und Einliedje, 3,25, 3,85, 4,50, 5,50,
6,50, 7,85 u. m. Große Frankfurter-
straße 125.
Wasserverkauf von Möbelstol-
len, Anleimen- und Ankerstol-
len zu Spottpreisen. Weihenbergs
Teppichhaus, Große Frankfurter-
straße 125.
Teppiche! (schlechte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Renna, Quedlin-
burger Markt 4, Bahnhofs Börse. 20411*

Fünfstäg wöchentlich. Möbel, Gar-
dinen, Uhren, Kinderwagen, Wäsche,
Bettten, Steppdecken, Gardinen, Teppiche,
Porzellan, Eisenmöbel, Kron-
leuchter, Sprechmaschinen, Trauringe,
Kranzton, Stargarderstraße 64. *
Vorwärtsleiter erhalten 5 Prozent
Estrabatt selbst bei nachstehend auf-
geführten Gelegenheitskäufen. Teppich-
Thomas, Oranienstraße 160, Oranien-
platz. 20494R
Teppiche, farbfehlende, spott-
billig.
Schülerpaids, großer Posten,
unter Preis.
Gardinen, Stores, Muster-
exemplare, für halben Wert.
Schlafdecken, ein Posten, für
halben Wert.
Steppdecken, Kusterhüte, spott-
billig.
Vorwärtsleiter, beachtet vor-
stehende 6 Anzeigen.

**Kinderwagen, Sportwagen, Bett-
stellen, juradefekte, gebrauchte,
Größere Katen Kaffapreis. Andreas-
straße 53. 742
Rolle, gut erhalten, verkauft sofort
Danzburgerstraße 30. 787
Sportwagen, Verdel, verkauft
Ulrich, Schleißerstraße 19 Abend
6 bis 8. 74
Nähmaschine billig Kaffapreis,
Nöckerstraße 79, Quergebäude 1.**

Fahrräder.
Fahrräder, Teilzahlungen. An-
zahlendstraße 20, Eschingerstraße 40,
Lammstraße 31. 1820R
Groß-Berlin billige Fahrräder
Bezugsquelle, Fahrradgeschäft Ueber-
lottendurg, Dismarckstraße 62, Kr.
beiter - Radfahrerbund 10 Prozent
Rabatt. 1850R
Fahrräder, Damenrad
einmal benutzt 40,00 Holz, Blumen-
straße 36 b. 1638R
Fahrräder, Damenrad
30,00, 30,00, Eschel, Inselstraße 13.
Geschäftsfahrräder, außerst habil,
50,00 an Holz, Blumenstraße 36 b. *
Fahrräder, Teilzahlungen ohne
Preisauflage, Zubehör, Gummi,
Reinigungsmaschinen taumend billig.
Kohringstraße 40 und Eschlg,
Eschlgstraße 115. 2020R
**1000 Brennabor, Adler, Dürkopp-
räder** usw. 5,—, 10,—, 15,—, 20,—,
25,—. Auch Einzelverkauf, Engros-
preise. Fahrradgroßhandlung,
Kochmeisterstraße 14. 2048R
5000 neue Fahrräder, 35,—, 40,—,
45,—, 50,—, in deganterer Aus-
führung 75,— (Zehnjährige Gar-
antie). Rohnow, größtes Fahrrad-
haus Berlin, Weinmeisterstraße 14.
Jahresumlauf circa 10 000 Fahr-
räder. Tausende Anerkennungs-
schreiben. 2049R
Brennaborräder, Teilzahlungen
ohne Anzahlung, Heide, Däniger-
straße 35. 1917R
Fahrräder, 35,00, 45,00, 55,00,
Nischenputz, langjährige Garantie
Fahrradzubehör spottbillig. Kauf-
männel 1,45, 2,10, Lusthänge 1,45,
2,00. Emailierte Stahlhelme 0,60.
Bernickelte Lenkstangen 1,00. Sattel
1,10. Gepannetes Hinterrad mit
Schwefelkautschuk Freilaufnabe und Rück-
trittbremse 8,00. Freilaufnabe 4,00.
Sattelschalen 0,25. Laternen 0,20.
Nachtlaternen 0,25. Elektrische Laternen
0,40. Fußpumpen 0,50. Radbremsen
0,40. Kettenrad - Garnituren ein-
schliesslich Kurbeln 1,50. Raddrücken
0,10. Schraublich - Verlängerungen
0,40. Gebrauchte Fahrräder 10,00,
15,00, 25,00. Radtemperaturen aller-
billigst. Kuppelplek, Göttingerstraße 15,
Fabrikgebäude; Ladengeschäft Rosen-
thalerstraße 50. Ganzen Sonntag
geöffnet. 2101R

Gerrenfahrer, Damenrad
umständlicher sofort spottbillig,
Baselerstraße 44, I rechts. 2127R
Gerrenfahrer, aufgehäkelte,
Eschingerstraße 19a, II rechts. 796
Musik.
Kaufbaupianos (Gelegenheit)
spottbillig, Baselerstraße 58, Duer-
gebäude 1. 65/18
Pianos, hohes (Schmitz) 130,—
Lammstraße 8, I. 70/13
Violoncellen (neue, doppelt
fördernde Methode bis zur Vollendung)
gibt erfahrener Künstler wöchentlich,
auf Wunsch auch nur eine Lektion
a 1,25 R., bei zwei Schülern je 75 Pf.
Erferten unter D. 2 Expedition des
„Vorwärts“. *

Möbliertes Zimmer Keltower-
straße 10, III rechts. 7131
Schlafstellen.
Möblierte, saubere Schlafstelle
Königsbergerstraße 37, Hof II,
Dorfstraße. 20696
Möblierte Schlafstelle, Herrn,
Gartenweg 63, vorn I Hof. 742
Möblierte Schlafstelle Dresden-
straße 38 III rechts. 27006
Schlafstelle, saubere, ein auch zwei
Herrn. Gärtninger, Ballstraße 19.

Verkäufe.
Totalverkauf. Restbestände
Tuch- und Blüschpottieren, Garnitur
2,65, 3,75, 4,85, 5,65, 6,75, 8,50, 9,50
u. m. Weihenbergs Porzellanhaus,
Große Frankfurterstraße 125 2008R
Tuchdecken, extra groß, 1,95,
2,25, 3,35, 4,25 u. m.
Erbsenbrot, entzündende Aus-
führungen, 3,45, 3,85 4,60, 5,25, 6,00
u. m. Gardinenhaus, Große Frank-
furterstraße 125.
Nischenputz Gardinenreste und
einzelne Fenster (3 Schäl) mit
10 Prozent Rabatt, Fenster 1,25,
1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,50 u. m. Gar-
dinenhaus, Große Frankfurter-
straße 125.
Tuchdecken 1,25, 1,75, 2,50, 3,50
u. m.
Wäschdecken 3,85, 4,85, 6,50,
7,55, 9,25 u. m. Große Frankfurter-
straße 125.
Nischenputz Steppdecken, Bolle
und Einliedje, 3,25, 3,85, 4,50, 5,50,
6,50, 7,85 u. m. Große Frankfurter-
straße 125.
Wasserverkauf von Möbelstol-
len, Anleimen- und Ankerstol-
len zu Spottpreisen. Weihenbergs
Teppichhaus, Große Frankfurter-
straße 125.
Teppiche! (schlechte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Renna, Quedlin-
burger Markt 4, Bahnhofs Börse. 20411*

Fünfstäg wöchentlich. Möbel, Gar-
dinen, Uhren, Kinderwagen, Wäsche,
Bettten, Steppdecken, Gardinen, Teppiche,
Porzellan, Eisenmöbel, Kron-
leuchter, Sprechmaschinen, Trauringe,
Kranzton, Stargarderstraße 64. *
Vorwärtsleiter erhalten 5 Prozent
Estrabatt selbst bei nachstehend auf-
geführten Gelegenheitskäufen. Teppich-
Thomas, Oranienstraße 160, Oranien-
platz. 20494R
Teppiche, farbfehlende, spott-
billig.
Schülerpaids, großer Posten,
unter Preis.
Gardinen, Stores, Muster-
exemplare, für halben Wert.
Schlafdecken, ein Posten, für
halben Wert.
Steppdecken, Kusterhüte, spott-
billig.
Vorwärtsleiter, beachtet vor-
stehende 6 Anzeigen.

**Kinderwagen, Sportwagen, Bett-
stellen, juradefekte, gebrauchte,
Größere Katen Kaffapreis. Andreas-
straße 53. 742
Rolle, gut erhalten, verkauft sofort
Danzburgerstraße 30. 787
Sportwagen, Verdel, verkauft
Ulrich, Schleißerstraße 19 Abend
6 bis 8. 74
Nähmaschine billig Kaffapreis,
Nöckerstraße 79, Quergebäude 1.**

Fahrräder.
Fahrräder, Teilzahlungen. An-
zahlendstraße 20, Eschingerstraße 40,
Lammstraße 31. 1820R
Groß-Berlin billige Fahrräder
Bezugsquelle, Fahrradgeschäft Ueber-
lottendurg, Dismarckstraße 62, Kr.
beiter - Radfahrerbund 10 Prozent
Rabatt. 1850R
Fahrräder, Damenrad
einmal benutzt 40,00 Holz, Blumen-
straße 36 b. 1638R
Fahrräder, Damenrad
30,00, 30,00, Eschel, Inselstraße 13.
Geschäftsfahrräder, außerst habil,
50,00 an Holz, Blumenstraße 36 b. *
Fahrräder, Teilzahlungen ohne
Preisauflage, Zubehör, Gummi,
Reinigungsmaschinen taumend billig.
Kohringstraße 40 und Eschlg,
Eschlgstraße 115. 2020R
**1000 Brennabor, Adler, Dürkopp-
räder** usw. 5,—, 10,—, 15,—, 20,—,
25,—. Auch Einzelverkauf, Engros-
preise. Fahrradgroßhandlung,
Kochmeisterstraße 14. 2048R
5000 neue Fahrräder, 35,—, 40,—,
45,—, 50,—, in deganterer Aus-
führung 75,— (Zehnjährige Gar-
antie). Rohnow, größtes Fahrrad-
haus Berlin, Weinmeisterstraße 14.
Jahresumlauf circa 10 000 Fahr-
räder. Tausende Anerkennungs-
schreiben. 2049R
Brennaborräder, Teilzahlungen
ohne Anzahlung, Heide, Däniger-
straße 35. 1917R
Fahrräder, 35,00, 45,00, 55,00,
Nischenputz, langjährige Garantie
Fahrradzubehör spottbillig. Kauf-
männel 1,45, 2,10, Lusthänge 1,45,
2,00. Emailierte Stahlhelme 0,60.
Bernickelte Lenkstangen 1,00. Sattel
1,10. Gepannetes Hinterrad mit
Schwefelkautschuk Freilaufnabe und Rück-
trittbremse 8,00. Freilaufnabe 4,00.
Sattelschalen 0,25. Laternen 0,20.
Nachtlaternen 0,25. Elektrische Laternen
0,40. Fußpumpen 0,50. Radbremsen
0,40. Kettenrad - Garnituren ein-
schliesslich Kurbeln 1,50. Raddrücken
0,10. Schraublich - Verlängerungen
0,40. Gebrauchte Fahrräder 10,00,
15,00, 25,00. Radtemperaturen aller-
billigst. Kuppelplek, Göttingerstraße 15,
Fabrikgebäude; Ladengeschäft Rosen-
thalerstraße 50. Ganzen Sonntag
geöffnet. 2101R

Gerrenfahrer, Damenrad
umständlicher sofort spottbillig,
Baselerstraße 44, I rechts. 2127R
Gerrenfahrer, aufgehäkelte,
Eschingerstraße 19a, II rechts. 796
Musik.
Kaufbaupianos (Gelegenheit)
spottbillig, Baselerstraße 58, Duer-
gebäude 1. 65/18
Pianos, hohes (Schmitz) 130,—
Lammstraße 8, I. 70/13
Violoncellen (neue, doppelt
fördernde Methode bis zur Vollendung)
gibt erfahrener Künstler wöchentlich,
auf Wunsch auch nur eine Lektion
a 1,25 R., bei zwei Schülern je 75 Pf.
Erferten unter D. 2 Expedition des
„Vorwärts“. *

Möbliertes Zimmer Keltower-
straße 10, III rechts. 7131
Schlafstellen.
Möblierte, saubere Schlafstelle
Königsbergerstraße 37, Hof II,
Dorfstraße. 20696
Möblierte Schlafstelle, Herrn,
Gartenweg 63, vorn I Hof. 742
Möblierte Schlafstelle Dresden-
straße 38 III rechts. 27006
Schlafstelle, saubere, ein auch zwei
Herrn. Gärtninger, Ballstraße 19.

Verkäufe.
Totalverkauf. Restbestände
Tuch- und Blüschpottieren, Garnitur
2,65, 3,75, 4,85, 5,65, 6,75, 8,50, 9,50
u. m. Weihenbergs Porzellanhaus,
Große Frankfurterstraße 125 2008R
Tuchdecken, extra groß, 1,95,
2,25, 3,35, 4,25 u. m.
Erbsenbrot, entzündende Aus-
führungen, 3,45, 3,85 4,60, 5,25, 6,00
u. m. Gardinenhaus, Große Frank-
furterstraße 125.
Nischenputz Gardinenreste und
einzelne Fenster (3 Schäl) mit
10 Prozent Rabatt, Fenster 1,25,
1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,50 u. m. Gar-
dinenhaus, Große Frankfurter-
straße 125.
Tuchdecken 1,25, 1,75, 2,50, 3,50
u. m.
Wäschdecken 3,85, 4,85, 6,50,
7,55, 9,25 u. m. Große Frankfurter-
straße 125.
Nischenputz Steppdecken, Bolle
und Einliedje, 3,25, 3,85, 4,50, 5,50,
6,50, 7,85 u. m. Große Frankfurter-
straße 125.
Wasserverkauf von Möbelstol-
len, Anleimen- und Ankerstol-
len zu Spottpreisen. Weihenbergs
Teppichhaus, Große Frankfurter-
straße 125.
Teppiche! (schlechte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Renna, Quedlin-
burger Markt 4, Bahnhofs Börse.